



Politische Berichte

Nummer 15 / 14. Jahrgang

15. Juli 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Zu den Bürgerschaftswahlen im Hamburg am 19.9. tritt ein linkes Personenbündnis an

Bewegung ist in die Diskussion um die am 19.9.93 stattfindenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg gekommen. Die SPD, der Stimmenverluste vorausgesagt werden, hat in den letzten Wochen vieles dafür getan, an einer großen Koalition zu arbeiten. Just an dem Wochenende, da die Landesversammlung der GAL eine eindeutige Entscheidung für rot-grün vollzog, votierten alle Hamburger SPD-Bezirke für Scharping. Bürgermeister Voscherau (SPD) fischte derweil im rechten Lager. Massiv fordert er internationale Kampfeinsätze der Bundeswehr. Und: Scheint einerseits die Abwicklung des drohenden Haushaltskollaps (bis zu 800 Mio. Defizit) über massiven Sozialabbau vorprogrammiert, so wird er umgekehrt nicht müde, lautstark zu betonen: Polizei- und Sicherheitsorgane werden nach der Wahl nicht ab-, sondern ausgebaut. Eine repressive Konzeption in einer Stadt, in der der Abstand zwischen arm und reich immer größer wird.

In Postwurfsendungen von REPS und DVU ist derweil zu lesen: „DVU wählen, das schockt die Polit-Versager!“ und „Scheinasylanten und kriminelle Fremde müssen ausgewiesen werden — denken Sie auch an die Wohnungs- und Arbeitslosigkeit!“

Da schließt sich der Kreis zu Innenminister Hackmann (SPD), dessen Pech es ist, daß dieses Wählerpotential nicht darüber zufriedenzustellen ist, wenn er stolz verkündet: Hamburg habe die rigide Abschiebepolitik.

Die CDU, angeschlagen über das Verfassungsgericht, setzt längst auf eine große Koalition. Ihre innere Verfassung läßt momentan mehr nicht zu. Ihr Einstieg in den Wahlkampf ist eher defensiv.

Interessanter das Geschehen bei der GAL: Bei der KandidatInnenkür setzten sich mehr linke KandidatInnen durch, als in bezug auf die beschlossene Wahlplattform anzunehmen war. Allein die gewerkschaftlich orientierte Gruppe ZAS besetzt 6 der ersten 18 Listenplätze. Dieser Erfolg ist zugleich über ein Wahlprogramm erkauft (allerdings mit unerwartet hohem Erlös), das eher lyrische denn politische Qualität besitzt, auf jede *bezahlbare* Forderung für soziale und ökologische Reformpolitik verzichtet. So wird die Zukunft der GAL, die sich zumindest programmatisch wieder als entmilitarisiert darstellt, mehr über solche Abgeordnete wie Martin Schmidt, Christa Sager und Winfried

Wahlen in Hamburg: PDS: Wir greifen ein!

Maier bestimmt sein, zu deren Ideologie Sozialabbau und Deregulierung genauso gehören wie der ungehemmte internationale Militäreinsatz der Bundeswehr.

Trotzdem gibt es so etwas wie eine Sympathiewoge für rot-grün — auch von links. Nicht ableitbar aus dem, was GAL oder SPD inhaltlich erklären, aber aus folgenden Gründen: Mit REPS und DVU drohen — erstmalig in der jüngeren Geschichte Hamburgs — faschistoide Parteien in die Bürgerschaft einzuziehen — zahlreiche Menschen erhoffen sich über rot-grün ein Gegenklima. Viele spüren, welche Qualität der Sozialkollaps gewinnen wird und erhoffen sich über die GAL eine Art Schadensbegrenzung. Genau diese Illusionen, die weder etwas mit der Realpolitik der SPD zu tun haben, noch eine realpolitische Grundlage in den Wahlaussagen der GAL finden, werden nun über einige (linke) Hamburger Gewerkschaftsführer, wie ÖTV-Chef Rolf Fritsch, befördert. Er erkennt die Gefahr der großen Koalition, hat *deshalb* schon jetzt über eine „Dissensliste“ Forderungen markiert und zum Gegenstand öffentlicher Debatte gemacht (Sozial- und Gesundheitswesen, Privatisierung und Aufgabenkritik, sozialer Kahlschlag). Der inhaltliche Salto-Mortale, aus dieser Dissensliste dann „rot-grün“ zu schlussfolgern, ist zwar sachlich unbegründet, aber zugleich nicht ungeschickt. Nur der

öffentliche Diskurs — gerade auch mit der SPD — kann verhindern, daß die neue Regierung den Kahlschlag in *totaler* Konfrontation zur Stadtgewerkschaft ÖTV und ohne geringste Rücksichtnahme auf sie durchsetzt. So ist es das SPD-Mitglied Fritsch, der Voscherau rot-grüne Verhandlungen als *methodischen Zwischenschritt* aufzwingt, sich über diesen Diskurs — entsprechend heftige Angriffe aus der SPD folgten — auch für einen späteren Zeitpunkt ein wenig Interventionsfähigkeit verspricht — ohne dabei in die Schwierigkeit zu kommen, der Logik einer an Kapitalverwertungsinteressen orientierten Stadtentwicklungspolitik grundsätzlich zu widersprechen. Aber Fritsch erreicht zumindest, daß seine Gewerkschaft politischen Druck auf die neue Regierung (SPD-CDU) schon zu einem Zeitpunkt entwickelt, da diese noch nicht einmal besteht. Daß auch eine rot-grüne Regierung denselben Kahlschlag betreiben würde, interessiert ihn aus seiner Sicht zunächst wenig. Inwieweit diese Strategie aufgehen kann, bleibt abzuwarten. Mit Reformpolitik hat dies alles freilich wenig zu tun. Für die *politische* Linke kann eine solche Salami-Taktik keine Perspektive bilden. Trotzdem demonstriert der Vorstoß des Gewerkschaftslinken Fritsch, wie auch ein anzutreffender, freilich unqualifizierter Projektlobbyismus manches „Alternativprojektes“

(bis hin zur Hafenstraße) die ganze Vielschichtigkeit der Stimmungen in der Stadt.

26 Parteien und Wählervereinigungen haben sich bis zur Stunde beim Landeswahlamt angemeldet. Auch darin drückt sich einiges aus. Markus Wegener — EX-CDU-Mitglied und Sieger des Prozesses vor dem Verfassungsgericht — gründet gemeinsam mit Manfred Silberbach (SPD-Populist vom rechten Rand) und der EX-GAL'erin Dagmar Pelzer die sogenannte STATT-Partei. Unterstützt durch die Medien, wird er SPD und CDU einige Prozente abjagen können und zugleich berechtigten Frust und Ärger kanalisieren. Günter Zimt, St. Paulianer Szene-Fotograf, hat derweil die „Gemeinschaft der Nichtwähler“ gegründet. Er erhebt damit den drohenden Erdbeben in der Wahlbeteiligung zum Programm. Es ist gegenwärtig schwer abzuschätzen, was hinter diesem Projekt steckt, welche Wirkung es auf mögliche Wahlboykotteure von links haben kann, denn Gründungsvater Zimt hält sich ziemlich bedeckt, ist für KritikerInnen aus der Linken derzeit schlicht nicht erreichbar. Zu befürchten steht, daß hier die Herausbildung emanzipatorischer Bezüge eher behindert wird, wenn die berechtigte Kritik am bürgerlich-parlamentarischen System so unpo-

Fortsetzung Seite 2 unten

Mitgliederverluste der Gewerkschaften

Die im DGB organisierten Gewerkschaften haben 1992 785 000 Mitglieder verloren. Die stärksten Verluste mußten die Gewerkschaften in den Ost-Bundesländern hinnehmen. Hier verloren sie insgesamt 766 000 Mitglieder, das entspricht einem Rückgang um fast ein Fünftel. Ein großer Teil der Verluste erklärt sich durch die anhaltende Zerstörung der Industrie im Osten. So verlor beispielsweise die Gewerkschaft Textil-Bekleidung 43,5 Prozent ihrer Mitglieder, im wesentlichen durch die Vernichtung fast der gesamten Ost-Textil- und Bekleidungsindustrie. Die ÖTV gewann im Westen 60 000 Mitglieder, im Osten verlor sie 83 000. Nach Geschlechtern nahm im Westen die Zahl der weiblichen Mitglieder weiter zu, wahrscheinlich eine Folge der weiter zunehmenden Lohnarbeit von Frauen. — (rül)

Schlesiertreffen Faschistische Hetze

Faschistische Gruppen, darunter die „Jungen Nationaldemokraten“, haben am 11. Juli das Treffen des revanchistischen „Schlesierversandes“ in Nürnberg zu faschistischer Hetze gegen die polnische Grenze genutzt. CSU-Sprecher Glos wurde 20 Minuten lang niedergeschrien, faschistische Flugblätter verteilt. Zuvor hatte der Bundesvorsitzende der „Schlesier“, Hupka, die Faschisten durch Bekräftigung der revanchistischen Ansprüche der „Landmannschaft“ auf polnisches Gebiet ermuntert: Schlesien sei „Ostdeutschland“, Deutschland bestehe „für alle Zeiten“ auch aus „Ostdeutschland“. Die „Schlesier“ erhalten öffentliche Finanzhilfe. — (rül)

Von Weizsäcker in Estland — als „Vermittler“?

Letztes Wochenende traf Bundespräsident von Weizsäcker zu einem Staatsbesuch in Estland ein. Die Regierung Estlands steht international und im Inland unter Druck. Das Parlament hat ein Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet, daß etwa 500 000 russisch-sprachige Bewohner, etwa ein Drittel der Bevölkerung, zu „Ausländern“ erklärt. Außerdem enthält das Gesetz eine Klausel, wonach jedem, der „den nationalen Interessen oder dem internationalen Ansehen“ Estlands schade, die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann — eine Klausel, die starke Ähnlichkeiten mit der Ausbürgerungspraxis des deutschen Faschismus gegenüber Juden, Roma und Sinti, Kommunisten usw. hat. Sowohl die russische Republik wie Vertreter des Europarats haben dagegen protestiert. Weizsäcker forderte: Die russischen Truppen sollten abziehen. — (rül)

Solingen: Beschwerde gegen Bundesanwaltschaft

Mehrere Personen und Organisationen aus NRW, darunter ein Vertreter der Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen, der Landesvorsitzende der VVN-BdA, Abgeordnete der Grünen, ein ÖTV-Gewerkschaftssekretär aus Solingen und Vertreterinnen des „Solinger Appell“ und des „Solinger Bündnis gegen Rassismus und Faschismus“, haben beim Bundesjustizministerium Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Generalbundesanwalt von Stahl eingelegt. Die Bundesanwaltschaft „vernachlässigt ... in grober Weise die Untersuchung der Frage des Zusammenhangs der Verhafteten (des Solinger Brandanschlags vor einigen Wochen, d. Red.) mit neofaschistischen Organisationen. Dadurch werden mögliche Drahtzieher des Verbrechens und wichtige Tatgründe gedeckt.“ Nachdem die Kläger zahlreiche Hinweise auf faschistische Drahtzieher des Anschlags aufgelistet haben, folgern sie: „Nach unserer Ansicht machen diese Hinweise deutlich, daß die vier Verhafteten keine ‚Einzeltäter‘ waren“ und fragen: „Warum prüft die Bundesanwaltschaft ... nicht auch die Anwendung des § 220a StGB (Völkermord) ...?“ — (rül)

15 000 gegen Sivas-Massaker

Etwa 15 000 Menschen protestierten am 10. Juli in Köln gegen das Massaker türkischer Fundamentalisten in der (an der Grenze zwischen den türkischen und kurdischen Gebieten gelegenen) Stadt Sivas (siehe auch S. 5). Aufgerufen hatten die alevitischen Gemeinden in der BRD, eine moslemische Glaubensrichtung, der viele der in Sivas ums Leben gekommenen Künstler angehören. Die Aktion wurde unterstützt von türkischen Linken, von ERNK und SPD. — (rül, Bild: af/mz)



General Naumanns Kurdenjagd

Generalinspekteur erklärt türkischen Militärterror „völlig legitim“

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, hat nach einem Besuch beim türkischen Armeechef Dogan Güres in Ankara am 7. Juli den Terrorkrieg der türkischen Armee mit deutschen Waffen gegen das kurdische Volk als „völlig legitim“ bezeichnet.

Wörtlich sagte der Generalinspekteur gegenüber dpa: „Ich möchte nicht wissen, nach welchen Vergeltungsmaßnahmen in unserem Land geschrien würde, wenn in unserem Land 35 unbewaffnete Soldaten in einem Bus abgemetzelt werden. Wenn die PKK-Kämpfer über die Grenzen kommen und Frauen und Kindern in den Dörfern umbringen, was soll denn ein Staat anderes tun, als dagegen seine Streitkräfte einzusetzen? Daß ein Staat sich dagegen zur Wehr setzt, halte ich für völlig legitim.“ Sodann forderte der Generalinspekteur deutsche Touristen auf, sich durch den Bombenanschlag von Antalya nicht „nervös machen“ zu lassen. Die Türkei werde sie auch künftig schützen. Das Bundesverteidigungsministerium hat noch am glei-

chen Tag die Erklärung Naumanns abzuschwächen versucht, indem es erklärte, der General sei „verkürzt und im falschen Zusammenhang“ zitiert worden. Wörtlich wird in der Pressemitteilung des Ministeriums behauptet, der Generalinspekteur habe „zu einer Frage nach dem Einsatz der aus Deutschland gelieferten Waffen gegen die PKK gegenüber dpa auf die Erklärung der Bundesregierung hin(gewiesen), daß diese Waffen nicht gegen die Kurden eingesetzt werden dürfen.“

Das Gegenteil ist richtig. Der Generalinspekteur hat den türkischen Militärterror gegen die Kurden ausdrücklich gerechtfertigt — ohne dafür in irgendeiner Weise gemäßregelt zu werden. Abgeordnete der SPD, der FDP und der CDU haben Naumann vorgeworfen, er dürfe sich als Generalinspekteur „nicht in politische Fragen einmischen“. Auch das scheint ohne Folgen zu bleiben. So unverhüllt haben sich in der Geschichte des deutschen Imperialismus deutsche Generäle bisher nur direkt zu Kriegs-

zeiten in die Außenpolitik eingemischt.

Die Affäre Naumann dokumentiert erneut, in welchem Maße die deutsche Generalität und Regierung den Terrorkrieg des türkischen Militärs gegen das kurdische Volk als ihr eigenes Anliegen behandeln. Die Äußerungen Naumanns sind ein weiterer Beweis, daß die Bundesregierung sich vollständig darüber klar ist, daß die deutschen Waffen an die Türkei für den Krieg gegen das kurdische Volk eingesetzt werden.

Die Strafanzeige, die kurdische und deutsche Organisationen gegen die Bundesregierung wegen Unterstützung des Völkermords an kurdischen Volk eingereicht haben, richtet sich genau gegen diese verbrecherische Politik. Sie verdient nach den Äußerungen des Generalinspektors breitere Unterstützung. Ebenso wird es höchste Zeit, den Protest gegen die Waffenhilfe der BRD an die Türkei zu verstärken. Die Aktionen, die zum Antikriegstag vorbereitet werden, können dafür genutzt werden.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 15/93 — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Teure Bundeswehr-Verkleinerung

Die Bundesregierung läßt sich die Verkleinerung der Bundeswehr viel kosten. Allein für die damit verbundene Verjüngung des Offiziers- und Unteroffizierskorps (Ziel: jüngere und damit kriegstauglichere „Führungskräfte“) durch Frühpensionierungen — bis Ende 1994 sollen ca. 3.000 Unteroffiziere und 3.710 Offiziere frühpensioniert werden — sind 1992 76,6 Millionen DM geplant — für Abfindungen, Umschulungen, Pensionen usw. 1994 sollen diese Zahlungen auf die Rekordhöhe von 313,6 Millionen DM steigen, bis zum Jahr 2001 dann wieder auf 5 Millionen DM im Jahr sinken. Zusammen kostet das Programm der Verabschiedung dieser „in Saft und Kraft stehenden Spezialisten“ (so der SPD-Abgeordnete Wallow) ca. 1 Milliarde DM.

Geldwäschegesetz: Totalitärer Zugriff

Der Bundesrat hat auf seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause am 9. Juli das sogenannte „Geldwäschegesetz“ gestoppt. Das Gesetz soll angeblich „kriminelle Geldbewegungen“, etwa von Drogenhändlern, aufspüren helfen und so die Beschlagnahme der Gelder erleichtern. Dazu wird eine extreme staatliche Kontrolle über Geldbewegungen eingeführt. Die Banken müssen Geldtransaktionen ab 25.000 DM melden, lediglich bei Anwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, bei denen nach Standesrecht Vertraulichkeit gilt, entfällt die Meldung. Die SPD will diese Klausel aufheben und bereits Bewegungen ab 15.000 DM erfassen. Die FDP sträubt sich noch, die CDU ist eher für die SPD-Wünsche. Ergebnis einer solchen „großen Koalition“ wäre eine beinahe kriegswirtschaftliche, totalitäre Staatskontrolle über alle Geldbewegungen.

Schengen-Vereinbarung

Auf ihrer Sitzung in Madrid haben die für Polizei und Geheimdienste verantwortlichen Minister Frankreichs, der Benelux-Staaten, der BRD, Italiens, Spaniens, Portugals und Griechenlands am 30. Juni festgestellt, daß das erweiterte „Schengener Abkommen“ am 1. Dezember in Kraft treten kann. Die Maßnahmen zur gemeinsamen Kontrolle der Außengrenzen, zur gemeinsamen Visa- und Flüchtlingspolitik und zur Kontrolle des Flugverkehrs von Personen sowie der EG-weite polizeiliche Informationsverbund seien dann weitgehend abgeschlossen. Jetzt hat Frankreich die Präsidentschaft im Schengen-Verband. Ab 1.1.94 übernimmt dann die BRD die Präsidentschaft.

AZO-Novelle brutal

Bundesregierung und Kapitalisten wollen ihre Anstrengungen zur Verlängerung der Arbeitszeiten der Lohnabhängigen verstärken. Das ist das Ergebnis eines Treffens zwischen Bundeskanzler Kohl und BDI-Chef Tyll Necker am 5.

Juli. In der gemeinsamen Presseerklärung heißt es: „Bundeskanzler Dr. Kohl kündigte an, daß mit dem neuen Arbeitszeitgesetz der Rahmen für die Flexibilität bei der Gestaltung der wöchentlichen Arbeitszeit deutlich ausgeweitet werde. Damit würden die Voraussetzungen für flexiblere Arbeitszeiten und längere Maschinenlaufzeiten in Deutschland erheblich verbessert. Er appellierte an die Wirtschaft, diesen Rahmen auch in Tarif- und Betriebsvereinbarungen voll auszuschöpfen.“

DGB: Proteste gegen Karenztage

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat Proteste gegen die von der Bundesregierung und den Kapitalisten geplanten „Karenztage“ in der Lohnfortzahlung angekündigt. Ende Juni hatte das Bundeskabinett den entsprechenden Gesetzesentwurf zur Pflegeversicherung verabschiedet. DGB-Vorsitzender Meyer kündigte nun am 7. Juni an, ab September werde der DGB und seine Einzelgewerkschaften Proteste „insbesondere während der Arbeitszeit“ gegen diese Pläne organisieren. Notfalls werde man mit bundesweiten Streiks zurückerkämpfen, was in den 50er Jahren gewonnen wurde. Die geplante Einführung der Karenztage sei „das Einfallstor für einen zentralen Angriff auf den Sozialstaat“.

Klage gegen Junkerhilfe

Die brandenburgische Landesregierung will die Bundesregierung wegen der bevorzugten Rückgabe von Grund und Boden an ehemalige Junker und ähnliche „Altbesitzer“ vor dem Bundesverfassungsgericht verklagen. Ziel sei, eine „verfassungsmäßige Mitwirkung“ des Landes an der Landvergabe zu erreichen und örtliche Landerwerber gleichzustellen mit „Alteignern“. Die Klage richtet sich u.a. gegen das berüchtigte „Bohl“-Papier, das eine Arbeitsgruppe unter dem Kanzleramtchef 1992 verabschiedet hatte und das „Alteigner“ bevorzugt. Allein in Brandenburg gehe es dabei um 400.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche und 300.000 Hektar Wald.

Illegale BND-Waffengeschäfte

Der Bundesnachrichtendienst soll während der Amtszeit des jetzigen Außenministers Kinkel als BND-Chef in den 80er Jahren während des irakisch-iranischen Krieges beide Kriegsparteien rechtswidrig mit Waffen beliefert und dabei notorisch das Außenwirtschaftsrecht verletzt haben. Das berichtete am 6. Juli das ZDF-Magazin „Frontal“, untermauert mit Zeugen und Dokumenten. Regierungssprecher Schäfer dementierte sofort.

Was kommt demnächst?

Am 15. Juli, zwei Tage nach dem Beschluß des Bundeskabinetts über die Grundzüge des Bundeshaushalts 1994, tagt in Frankfurt der Zentralbankrat der Bundesbank. Am 18. Juli sind in Japan Unterhauswahlen. Bundestag und Bundesrat sind in der Sommerpause. Am 6. September soll der Bundestag seine Beratungen wieder aufnehmen, am 24. September ist die nächste Sitzung des Bundesrats angesetzt.

Wilfried Telkämper (MdEP, Grüne) zur Verfassungsklage gegen Maastricht

Anfang Juli beriet das Bundesverfassungsgericht in mündlicher Anhörung mehrere Klagen gegen die Maastrichter EG-Verträge. Zur Anhörung zugelassen waren u.a. die Klagen des FDP-Politikers Brunner und der vier Abgeordneten der Grünen im Europaparlament. Einer der vier Abgeordneten, Wilfried Telkämper aus Freiburg, erklärte nach den Verhandlungen, er rechne nicht damit, daß der Vertrag gekippt werde. Aber es könne sein, daß die Richter sagen, „so geht das nicht weiter“, und Auflagen für die künftige EG-Politik der Regierung erließen. Die Klage der Grünen kritisiert nicht das Ziel einer europäischen Großraum-Marktwirtschaft, auch nicht die mit dieser kontinentalen Großraum-Wirtschaft der großen Konzerne verbundenen sozialen Folgen für die Lohnabhängigen in Europa. Sie lehnt auch die Bildung eines — mit Gewaltorganen nach innen und außen ausgerüsteten — EG-Staates nicht grundsätzlich ab. Sie formuliert aber Kritik gegen die Beseitigung fundamentaler politischer Rechte und demokratischer Grundsätze, die damit einhergeht. — (rül)

„Ziel ist ein kräftiger Demokratisierungsschub für Europa“

„Ein kräftiger Demokratisierungsschub“ für den europäischen Einigungsprozeß ist das Ziel, das die vier Abgeordneten der GRÜNEN im Europa-Parlament mit ihrer Verfassungsbeschwerde gegen den Vertrag von Maastricht verfolgen ... Kurz nach der Verabschiedung der Verträge von Maastricht im Bundestag und Bundesrat hatten die GRÜNEN-Europaabgeordneten Wilfried Telkämper, Hiltrud Breyer, Claudia Roth und Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf im Dezember 1992 mit einer Verfassungsbeschwerde den Ratifizierungsprozeß der Verträge über die geplante Europäische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion zunächst gestoppt. Dreh- und Angelpunkt der GRÜNEN Kritik an dem Maastrichter Vertragswerk ist das Demokratiedefizit der EG. „Wir sagen Ja zu einem gesamteuropäischen Einigungsprozeß, aber dieses Europa muß entschieden demokratisch organisiert sein“, so Wilfried Telkämper, der Initiator der Verfassungsbeschwerde ... Die EG leide zunehmend unter Zentralisierungstendenzen und Entdemokratisierungstendenzen ...

Nach Einschätzung der GRÜNEN wird durch die Maastrichter Verträge ohne ausreichende verfassungsrechtliche Grundlage in die demokratische Struktur der Bundesrepublik eingegriffen. Bei der Übertragung von Hoheitsrechten und Kompetenzen des Bundestages auf den EG-Ministerrat wird das Gewaltenteilungsprinzip verletzt und gehen demokratische Kontrollrechte des Parlamentes verloren. „... Deshalb müssen die mit Maastricht verbundenen fundamentalen Eingriffe in das Gefüge des Grundgesetzes dem Volk im Wege einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorgelegt werden“. ... Die GRÜNEN BeschwerdeführerInnen wiesen auch daraufhin, daß sie sich in ihrer Begründung ganz wesentlich von den Verfassungsbeschwerden nationaler und nationalistischer Gruppen und Persönlichkeiten unterscheiden. Den GRÜNEN gehe es um eine dauerhafte europäische Verankerung menschenrechtlicher Prinzipien und elementarer Grundsätze der parlamentarischen Demokratie und nicht um die Erhaltung nationaler Werte oder Entscheidungskompetenzen ...

aus: Pressemitteilung der vier Abgeordneten vom 30.6.93

Aus der Stellungnahme von W. Telkämper bei der Anhörung vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe

... Wir sind nicht Mitglieder eines Parlamentes, das seine Regierung wählen und wirksam kontrollieren, das Gesetzesinitiativen einleiten und das parlamentarische „Königsrecht“, die Entscheidung über den gesamten Haushalt, ausüben darf, sondern wir sind eine weitgehend machtlose parlamentarische Versammlung direkt gewählter Abgeordneter mit äußerst beschränkten Gestaltungs- und Kontrollrechten. Dies wird prinzipiell auch nach Maastricht so bleiben: Trotz geringer Kompetenzzuwächse des Europäischen Parlaments und neuer Entscheidungsverfahren ändert sich an der fundamentalen Verletzung des demokratischen Prinzips der Gewaltenteilung nichts. Die europäische Gesetzgebung liegt weiterhin im wesentlichen in den Händen des EG-Ministerrats und der EG-Kommission ... Wir haben den Punkt erreicht, wo die Quantität vieler kleiner Integrationschritte in eine neue — politische wie staatsrechtliche — Qualität umschlägt.

Etwas Neues ist im Entstehen begriffen: die Europäische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion ... Durch die Verträge von Maastricht wird in elementarer Weise in das Demokratieprinzip und Grundsätze der Gewaltenteilung eingegriffen, zwei Fundamentprinzipien unserer Verfassung ... Mit Eingriffen in diese Ewigkeitswerte des Grundgesetzes sprengen Bundestag und Bundesrat ihre Kompetenzen. Nur das Volk als ursprüngliche verfassungsgebende Gewalt kann darüber per Volksabstimmung entscheiden ...

aus: Schriftliche Stellungnahme (Auszüge) von W. Telkämper vor dem Verfassungsgericht

Erwidern von Rechtsanwalt Ströbele auf die Stellungnahme der Bundesregierung vom 15. Januar 1993 gegen die Verfassungsbeschwerden der vier Abgeordneten der Grünen, 25.2.93

... der qualitative Sprung, den der Vertrag von Maastricht hin zu einem Europäischen Bundesstaat bedeutet, sind auch unübersehbar:

— Es wird die Europäische Union gegründet. Damit wird ... das Ziel der Integration festgeschrieben.

— Die Organe der Europäischen Gemeinschaften werden unter einer einheitlichen Verfassung zusammengefaßt.

— Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Gemeinschaften werden über den bisherigen wirtschaftlichen Bereich entscheidend ausgedehnt auf Sektoren wie Innenpolitik, Justiz, Gesundheitspolitik und sogar Kultur. Es fehlt zu den Materien, die zu den von der öffentlichen Gewalt zu erfüllenden Aufgaben von grenzüberschreitender Bedeutung zu rechnen sind, eigentlich keine mehr.

— Die gemeinsame Europäische Währung wird eingeführt.

— An die Stelle des Einheitsprinzips wird in einigen Regelungsgebieten zum Mehrheitsprinzip bei Entscheidungen des Europäischen Rates übergegangen.

All diese Aspekte zusammengekommen machen aus der Europäischen Union ein staatliches Gebilde (in NJW 1993, S. 38, 39) ... Solange Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie in einem Europäischen Bundesstaat nicht ebenso geschützt sind wie in der Bundesrepublik Deutschland, ist die ... Überführung der Bundesrepublik in einen Gliedstaat der Europäischen Union nicht zulässig.

Fortsetzung von Seite 1: Wahlen in Hamburg ...

litisch und ohne inhaltliche Positionierungen manifest wird („Vielleicht können wir verhindern, daß Protestwähler für die Republikaner stimmen.“)

Die Lage ist kompliziert. Dies war der Grund, weshalb die PDS/Linke Liste, in Hamburg mit rund 200 Mitgliedern und Förderern durchaus an eine kritische Größe gelangt, in 3 Landesversammlungen, in 2 öffentlichen Veranstaltungen mit Mitgliedern aus 12 Gruppen der politischen Linken, in Briefen, Umfragen etc. — trotz des Termindrucks — zunächst alle Kraft darauf konzentrierte, in öffentlichem Dialog und in Bezugnahme auf die realen Stimmungen und Bewegungen in der Stadt, linke Eingriffsformen gründlicher abzuleiten. Zwei Varianten standen am Anfang: Eine offene Liste der PDS/LL oder ein offenes linkes Wahlbündnis. Weitere Prämissen bestimmten die Diskussion: Im Mittelpunkt einer Wahlbeteiligung von links müßte eine politische Plattform stehen, die die politische Kritik INHALTLICH bündelt, eigene Positionen in den Mittelpunkt rückt; der aktive Streit auf der Straße und ein Beitrag gegenüber faschistoider Formierung sollte befördert werden; nur im gemeinsamen Handeln unterschiedlicher Gruppen, Konkurrenz Kandidaturen möglichst vermeidend, wird etwas zu bewegen sein.

Die Diskussion um eine offene Liste der PDS wurde über mehrere Faktoren erschwert. Erstens beginnt nun mit Hamburg das gesamte Wahlmarathon 93/94. Ein enormer Erfolgsdruck wäre gerade bei einer PDS-Kandidatur gegeben. Zweitens wurde die Hamburger Diskussion auch über bundespolitische (Ausgrenzungs- und Eingrenzungs-) Debatten belastet. Der Parteivorstand der PDS beschloß zum Beispiel, dem Hamburger Landesverband zu empfehlen, auf jedwede Form der Kandidatur-

beteiligung zu verzichten. Drittens konnten organisationspolitische Animositäten in der Kürze der Zeit nicht voll ausgeräumt werden. Eine offene Liste der PDS wäre deshalb gefährdet gewesen, „unter Wert“ abzuschneiden. Und dieses Ergebnis wäre dann ja auch in bestimmter Weise interpretierbar gewesen — gerade auch in Bezug auf die Wahl '94. Viertens wäre bei einer Parteikandidatur mit wirklich offener Liste (etwas anderes stand eh' nie zu Diskussion) auch der inhaltliche Verständigungsprozeß unter möglichen BündnispartnerInnen schwieriger gewesen (ähnlich wie bei einem PARTEIENbündnis).

Entscheidend aber war der politische Wille bei allen HamburgerInnen, quer durch verschiedene Organisationen, aber insbesondere eben auch in der PDS/LL, sich von links einzumischen und möglichst gemeinsam und auf der Basis einer politischen Plattform zu intervenieren. Dieser gesamte Diskussionsprozeß verschiedener Gruppen der Hamburger Linken — und gerade auch das solidarische Umgehen miteinander — hatte durchaus neue Qualität.

Es wird in Hamburg ein linkes PERSONENbündnis geben, das als „Linke Alternative — Wehrt Euch“ von Mitgliedern aus PDS/Linke Liste, Alternativer Liste, DKP, VVN, BWK u.a. getragen wird. Sechs zentrale Punkte der Kritik an herrschender Politik werden in differenzierter Form artikuliert:

- * gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus;
- * gegen das Patriarchat;
- * gegen Kriegskurs und Rüstungsexporte;
- * gegen Demokratieabbau und die Stärkung der Staatsgewalt;
- * gegen soziale Deregulierung, sozialen Kahlschlag und Umverteilung von unten nach oben;
- * gegen menschenfeindliche Stadtplanung.

Im Ergebnis einer unerwartet intensi-

ven Diskussion, die weder der Logik von Parteienbündnissen folgte, bewußt nicht von gegebenen Parteiprogrammen ausging, noch der Unlogik pauschalisierter und inhaltlich unbegründeter Ausgrenzung, konnte eine Plattform erarbeitet werden, die für klare linke Opposition steht, die das Personenbündnis als eine provokante Demonstration gegen rechts erkennbar werden läßt. Ein politischer Zusammenhang, zu dem sich natürlich auch ganze Gruppen wie aber auch Einzelne oder Teile von Gruppen politisch in Bezug setzen können. Hoffentlich ein Zusammenhang, der über den Wahltag hinaus den inhaltlichen Diskurs in der Linken sowie gemeinsame Interventionsfähigkeit befördert wird — und ein Zusammenhang, dessen Erfolg eben nicht in erster Linie in Prozenten zu messen sein wird.

Die PDS/Linke Liste Hamburg hat — einstimmig, bei einer Enthaltung, die Bildung dieses Bündnisses begrüßt und GenossInnen, die hier mitmachen, volle Unterstützung garantiert. Zugleich ist — ähnlich wie bei anderen Gruppen — auf eine eigene Kandidatur verzichtet worden. Unterstützung erhalten aber auch die, die ihren Schwerpunkt mehr auf die sachlich-kritische Auseinandersetzung mit rot-grün richten möchten.

Gemeinsame Aufgabe wird es darüber hinaus sein, auch eigene landes- und bundespolitische Ziele der PDS mit dem Gegenstand des öffentlichen Diskurses zu machen und einen wirksamen Beitrag dafür zu leisten, daß REPS und DVU nicht in die Bürgerschaft kommen.

In der Gesamtanlage ist eine Form gefunden, wie — in erster Linie ausgehend von den realen Gegebenheiten vor Ort (die Methodik dieses Entscheidungsprozesses dürfte auch für andere interessant sein) — in verantwortungsvoller und neuer Weise auch von links in schwierige wahlpolitische Auseinandersetzungen eingegriffen werden kann.

— (Andreas Grünwald, Hamburg)



Mit Verlusten an Stimmen und Sitzen in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen für gewerkschaftliche Listen haben die diesjährigen Sozialwahlen geendet. Nach ersten Berichten verlor insbesondere die DAG zahlreiche Sitze und Stimmen. So erreichte die DAG bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) nur noch 6,55% der Stimmen und statt bisher vier nur noch zwei Sitze. Bisher stellte die DAG bei der BfA den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden. Der DGB verlor zwei seiner bisher acht Sitze und hält jetzt nur noch 6 der 30 Versicherten-Sitze bei der BfA. Die übrigen Sitze fielen an „Versichertengemeinschaften“. Bei den sieben großen Ersatz-Krankenkassen stellen der DGB und die DGB-Gewerkschaften 50 (bisher 51) Sitze, die DAG verlor acht ihrer bisher 20 Mandate, während „Mitgliedervereinigungen“ 194 Sitze errangen (bisher 162 Sitze). (Bild: af/mz)

Am 2. Juli hat der Deutsche Bundestag mit 336 Ja-Stimmen gegen 184 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen die Somalia-Intervention der Bundesregierung gebilligt. Der Beschlußantrag, den die Regierungsfractionen eine Woche vorher vorgelegt hatten, war schon formal eine Unverfrorenheit:

„In Ansehung des Urteils des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 1993 — Az. 2 BvQ 17/92 — und in Bekräftigung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 21. April 1993 „Hilfseinsatz der Bundeswehr für humanitäre Maßnahmen der Vereinten Nationen in Somalia“, Drucksache 12/4759, und der Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD vom 17. Juni 1993 „Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr in Somalia“, Drucksache 12/5140, ... stimmt der Deutsche Bundestag dem Beschluß der Bundesregierung vom 21. April 1993 in vollem Umfang zu: ...“ (es folgt der

Bundestag beschließt Somalia-Intervention Dokumente gegen die Kriegspolitik der BRD

Beschluß des Bundeskabinetts über die Entsendung der Bundeswehreinheiten nach Somalia und der Auftrag an die Bundesregierung, regelmäßig über die Erfüllung dieses Auftrags zu berichten).

Das Parlament wurde damit offen zum Akklamationsorgan der Regierung bei Entscheidungen über Krieg und Frieden herabgesetzt.

Gleichzeitig scheint der neue SPD-Vorsitzende entschlossen, seine Partei nach der Zustimmung zur „Asylrechtsreform“ nun zur Zustimmung zu Bundeswehreinheiten im Ausland zu treiben. Die Entscheidung darüber soll auf dem nächsten SPD-Parteitag fallen. Die

14 „Enthaltungen“ bei der Somalia-Entscheidung im Bundestag sind bereits ein Vorzeichen dafür: Sie stammen sämtlich von SPD-Abgeordneten, die bereits offen für Bundeswehreinheiten im Ausland auftreten.

Ob dieser immer offeneren Kriegskurs der Bundesregierung zu stoppen ist, hängt jetzt u.a. davon ab, ob und wie in den Gewerkschaften und unter der Jugend eine Front gegen diesen Kurs, gegen Waffenexporte und für Kriegsdienstverweigerung errichtet werden kann. Die Aktionen zum Antikriegstag können dabei helfen.

Quelle: Bt-Drucksache 12/5248 — (rül)

desregierung, verleiht sie dem Parlament eine reine Alibifunktion und gestaltet die parlamentarische Debatte letztlich zu einer Farce.

Die Haltung eines wachsenden Teils in der SPD beginnt sich, wie schon in der Asylfrage, der CDU/CSU anzugleichen. Jemand, der — in der letzten Woche Herr Verheugen; Herr Klose heute anders, muß ich sagen — nicht klipp und klar sagt, daß er aus politischen, moralischen und historischen Gründen den internationalen interventionistischen Einsatz der Bundeswehr ablehnt, sondern daß ihm lediglich die Beschlußlage in der eigenen Partei eine Zustimmung verbietet, sagt damit, daß er gerne zustimmen würde, nur eben noch nicht darf. Das ist keine Oppositionshaltung, das ist keine alternative Politik, sondern indirekte Zustimmung und die Vorbereitung — wie bei der Asylfrage — zur Änderung der parteiinternen Beschlußlage.

In den letzten Wochen und Monaten — das muß man mit Respekt Herrn Schäuble lassen — hat er die SPD ziemlich am Nasenring durchs Land geführt. Nur glaube ich, daß das eine politische Katastrophe für die Bundesrepublik ist.

Immer mehr prominente Mitglieder beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben frühere pazifistische Positionen auf und fordern zumindest die Einbeziehung der Bundeswehr bei Blauhelm-Einsätzen. Die Entwicklung ist leider noch nicht abgeschlossen ...

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich einer weiteren Entwicklung des internationalen Einsatzes der Bundeswehr? Die USA haben 23 Raketen gegen Bagdad abgeschossen und dabei auch mehrere Wohnblocks ge-

troffen und Zivilisten getötet. Letzteres finden die USA — so wörtlich — bedauerlich. Ich finde es verbrecherisch.

Eine Zustimmung des Sicherheitsrates für diese militärische Aktion lag nicht vor.

Dieser mörderische Aggressionsakt findet in der UN-Charta keine Rechtfertigung, will man nicht auch hier Recht prostituieren.

Seit wann, so frage ich, ist es Rechts, völlig unbeteiligte Zivilisten zu töten wegen eines nicht bewiesenen, aber auf jeden Fall nicht ausgeführten Attentates? ...

Aber der amerikanische Präsident hatte Mitwisser, u.a. den deutschen Bundeskanzler. Dieser fand diese militärische Tötungsaktion — wörtlich — „berechtigt“, ebenso der Außenminister.

Hier wird es nun ganz gefährlich; denn die USA meinten, zu diesem Aggressionsakt durch Art. 51 der UN-Charta befugt zu sein, der in Wirklichkeit nur die Selbstverteidigung bei einem Angriff rechtfertigt.

Die Koalition will nun eine Klarstellung des Grundgesetzes für internationale militärische Einsätze der Bundeswehr u.a. durch direkten Bezug eben auf diesen Art. 51 der UN-Charta. Da der Bundeskanzler der Interpretation des amerikanischen Präsidenten hinsichtlich dieses Artikels zustimmt und dessen Aggression für berechtigt hält, bedeutet dies, daß er auch solche militärischen Aktionen seitens der Bundesrepublik für berechtigt hielte.

Das läßt für die Zukunft Schlimmes ahnen ...

Quelle: Protokoll des Bundestages, 2. Juli 1993, Seite 14590f.

„Großmachtpolitik“ und „Schürung von Kriegsstimmung“ (Gregor Gysi, PDS)

Bundestagsrede am 24. Juni (Auszüge)

Zunächst einmal scheint mir die Interpretation der Bundesregierung und der Regierungskoalition, wonach die vom Bundesverfassungsgericht erlassene einstweilige Anordnung ihr Erfolg und nicht ein Erfolg der SPD ist, zutreffend zu sein; denn die einstweilige Anordnung verhindert wie schon beim AWACS-Einsatz nicht, daß die Bundesregierung ihre Politik der militärischen Intervention fortsetzen kann. Sie benötigt im vorliegenden Fall dafür lediglich eine einfache Mehrheit des Deutschen Bundestages und damit die Mehrheit der Regierungskoalition, die sie natürlich ohne jede Schwierigkeit bekommen wird.

Die Bundesregierung kann auch künftig solche Einsätze planen und durchführen. Damit werden in einem Umfang Tatsachen geschaffen, daß sich jede und jeder schon ausrechnen kann, wie die Urteile des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache zum AWACS-Einsatz und Somalia-Einsatz aussehen werden. Das ist, glaube ich, kein Sieg — auch nicht des Parlaments —, sondern eine Niederlage in der Politik und vollzieht außerdem eine Wende in dieser Politik.

Ich finde es deshalb bedauerlich, daß nicht von Anfang an auch und gerade durch die SPD-Fraktion im wesentlichen eine scharfe politische Auseinandersetzung zu den eigentlichen Fragen geführt wurde und statt dessen daraus eine Rechtsfrage gemacht worden ist und immer im Nebel blickt, ob die SPD nun letztlich einem solchen Einsatz zustimmen würde und unter welchen Bedingungen oder nicht, wenn sie denn darüber mit zu entscheiden hätte. Ich finde, daß diese politische Auseinandersetzung dringend erforderlich ist; denn es geht doch darum, ob deutsche Soldaten nunmehr weltweit eingesetzt werden können oder nicht.

Es geht auch nicht mehr um die Frage, ob sie nur zu humanitären Zwecken oder aber zu Kampfeinsätzen eingesetzt werden können; denn wie das Beispiel Somalia zeigt, ist eine solche Unterscheidung praktisch überhaupt nicht möglich. Es ist ein militärischer Einsatz, und täglich kann es auch zu kriegerischen Handlungen kommen. Damit wird dann Blut auf allen Seiten fließen. Ziel der Bundesregierung und der Regierungskoalition ist, die Menschen in der Bundesrepublik an solche Einsätze und damit verbundene Opfer zu gewöhnen.

In einer politischen Auseinandersetzung muß es doch wohl um folgende Fragen gehen. Der Bundesaußenminister hat gestern darauf hingewiesen, daß durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts garantiert sei, daß die Bundesrepublik auch künftig ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden könne.

Bedeutet dies im Umkehrschluß, daß die Bundesrepublik über 40 Jahre lang ihrer internationalen Verantwortung deshalb nicht gerecht geworden ist, weil sie keine deutschen Soldaten in die Welt entsandte? Wenn es das nicht bedeutet, wieso kann man dann heute einer internationalen Verantwortung nur noch dadurch gerecht werden, daß man seine Soldaten weltweit einsetzt? Wieso kann internationale Verantwortung nicht poli-

tisch, ökonomisch, sozial und kulturell wahrgenommen werden?

Wie muß sich diese Welt verändert haben, wenn nach Wegfall des Ost-West-Konflikts internationale Verantwortung und militärische Einsätze gleichgesetzt werden.

Und eine andere Frage steht ja wohl auf der Tagesordnung: Überall, wo gegenwärtig militärische Konflikte und Bürgerkriege in der Welt ausbrechen, gibt es reichlich Waffen. Woher kommen eigentlich diese Waffen?

Es ist eine Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland zumindest an dritter Stelle der waffenexportierenden Länder steht und um die zweite Stelle kämpft und sie wohl inzwischen auch schon erreicht hat.

Wer heute aber Waffen exportiert, exportiert Krieg oder Bürgerkrieg, und er weiß es auch.

Es gibt aber nicht die geringsten Ansätze seitens der Bundesregierung, seitens der Koalition und leider auch nicht seitens der SPD-Fraktion, Waffenexporte durch die Bundesrepublik Deutschland generell zu verbieten.

Wir empfinden es als heuchlerisch, zunächst Waffen in die Welt zu entsenden, um nach Kriegs- oder Bürgerkriegsbeginn dann die eigenen Soldaten friedensstiftend hinterherzuschicken.

Inzwischen ist es so, daß in der Regel der Einsatz des Militärs an erster Stelle steht, bevor dann Friedenskonferenzen oder anderes einberufen werden. Der Krieg soll auf diesem Wege wieder zum normalen Mittel der Politik gemacht werden. Dabei will die Bundesrepublik Deutschland nicht unbeteiligt sein.

Damit verletzt aber die Bundesregierung ein Versprechen, das sie zum Zeitpunkt der Einheit abgegeben hat durch den damaligen Außenminister, nämlich keine Großmachtrolle anzustreben. Sie strebt diese aber täglich deutlicher an, kämpft um einen ständigen Sitz im Welt-sicherheitsrat und um eine internationale Stellung, die es ihr ermöglicht, weltweit militärisch einzugreifen. Und das ist Großmachtpolitik.

Negiert wird vor allem die Tatsache, daß nicht nur die praktische Politik, sondern auch die öffentliche Diskussion immer stärker in die Richtung verläuft, ob Afrika neu kolonialisiert werden soll. Die Zeitschrift *Die Woche* hat bereits eine ganze Seite dieser Frage gewidmet. Ich hoffe, daß es nicht gelingt, das Rad der Geschichte so weit zurückzudrehen.

Wer auf solche riesigen Herausforderungen nur zwei Antworten hat, nämlich den Einsatz von Militär und die eigene Abschottung, der wird diesen Herausforderungen nicht im geringsten gerecht, sondern spitzt sie weiter zu. Das ist eine Tatsache, mit der wir uns beschäftigen müssen.

Die Migrationsprobleme verursachen wir ja auch noch selbst, um dann hier das Asylrecht praktisch abzuschaffen und unser Militär hinzuschicken — eine unheilvolle Einheit.

Es wird etwas vollzogen, was in der deutschen Geschichte immer katastrophale Folgen hatte: Der Pazifismus wird gesellschaftlich ausgegrenzt, an den gesellschaftlichen Rand gedrückt und letztlich verhöhnt. Das war immer der Beginn zur Schürung von Kriegsstimmung.

Quelle: Bundestagsprotokoll vom 24. Juni 1993, Seite 14335f.

Bundestagsrede am 2. Juli (Auszüge)

Heute soll das Parlament nachträglich beschließen, was die Bundesregierung bereits vollzogen hat und weiter vollzieht: den Einsatz der deutschen Bundeswehr außerhalb des Verteidigungs- oder eines Bündnisfalles. Dieses Mal in Somalia.

Indem die Mehrheit des Parlaments den Beschluß der Bundesregierung wörtlich übernimmt und das parlamentarische Verfahren innerhalb einer guten Woche durchpeitscht, degradiert sie das Parlament zu einer Einrichtung der Bun-



VVN-BdA NRW: Dringender Appell an Bundestagspräsidium und Abgeordnete

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin, sehr geehrte Fraktions- und Gruppenvorsitzende des Deutschen Bundestags, in drei Tagen wollen Sie erstmals in der Geschichte des Bundestages darüber abstimmen, ob die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland außerhalb der Grenzen unseres Landes und des Bündnisses, dem es angehört, eingesetzt werden sollen.

Wir appellieren an Sie dringend, gegen einen solchen Einsatz zu stimmen.

Bitte beachten Sie, daß das Grundgesetz nur den Einsatz der Bundeswehr im Verteidigungsfall kennt. Nur zu diesem Zweck durfte unser Land — nach all den schrecklichen Erfahrungen, die die Menschheit mit deutschen Streitkräften machen mußte — wieder Streitkräfte aufstellen. Und nur für diesen Fall sieht das Grundgesetz eine Ermächtigung zum Einsatz der Bundeswehr vor: Die Feststellung, daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates, und zwar mit zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, wobei mindestens die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein müssen.

Es kann doch wohl nicht angehen, daß sogar im Verteidigungsfall — bei Gefahr

im Verzuge — der Bundestag und der Bundesrat mitentscheiden, der Bundestag sogar mit zwei Dritteln der Stimmen, aber in der Frage eines Einsatzes unserer Truppen in Übersee dies mit einfacher Mehrheit der Regierungskoalition ohne Zustimmung der Bundesländer möglich ist. Dies wäre ein Verfassungsbruch.

Die Militärs in unserem Lande, die sich immer mehr anschicken, die Politik zu bestimmen, operieren gern mit einem angeblichen Auftrag der UNO, der Bundeswehreinheiten in aller Welt rechtfertigt, möglichst ganz ohne Zustimmung des Parlaments. Aber der Artikel 24/2 des Grundgesetzes aus dem Jahre 1949: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“ und „wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern,“ sah keine deutschen Streitkräfte vor. Die waren damals noch undenkbar, da die UNO in ihrer Charta formulierte: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschheit gebracht hat.“ Zweimal

waren deutsche Truppen in alle Welt gegangen, und sie hatten unsagbares Leid und millionenfachen Tod verbreitet! Und was die Beschränkung der Hoheitsrechte der Bundesrepublik Deutschland anbelangte, für die jeder vernünftige Mensch sein muß, so waren diese unzweideutig im Grundgesetz benannt worden, wo u.a. in Artikel 139 des Grundgesetzes „die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften“ bekräftigt werden. Ein Antimilitarismus wurde Deutschland als völkerrechtliche Pflicht auferlegt.

Unserer Organisation gehören zahlreiche Menschen an, die zweimal zu ihren Lebzeiten die Geißel des Krieges erlebten — und die sich ihr entgegenstimmten. Sie und alle Mitglieder unserer Organisation appellieren an Sie: Verweigern Sie sich dem Verfassungsbruch! Keine Abstimmung ohne Zweidrittelmehrheit und keine Zustimmung zu mehr als einem militärischen Verteidigungsauftrag! Holen Sie die deutschen Soldaten zurück — aus Somalia und anderswo.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten, Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen, Wuppertal, den 30.6.1993

Auf Einladung der PDS/Linke Liste Stuttgart referierte Dr. Karel Pomaizl aus Prag auf einer Veranstaltung am 18. Juni. Dr. Pomaizl beantwortete uns einige Fragen schriftlich; wir ergänzen sie um Ausführungen, die er auf der Veranstaltung machte, zunächst ein paar Angaben zu seiner Person:

Ich studierte Philosophie, ich arbeitete in der Akademie der Wissenschaften, speziell auf dem Gebiet der Philosophie, Methodik der Geschichte und speziell Theorie der nationalen Beziehungen. Ich bin heute im Ruhestand, ich bin 71 Jahre alt. Wir sind Mitglieder einer Gruppe in der Kommunistischen Partei, der Selbstverwaltungsgruppe der Kommunisten.

Gegen den Parteivorsitzenden Svoboda und sein Handeln entstand die Opposition in der ganzen Partei, von mehreren Blättern der oppositionellen Gruppierungen unterstützt, darunter auch unserem Blatt *Názory* (Einsichten) und vor allem der Ostrauer Wochenzeitung *Náš pravda* (Unsere Wahrheit).

Warum können die Tschechen und Slowaken nicht mehr miteinander?

Die Frage ist falsch gestellt. Die gewöhnlichen Leute können und wollen miteinander leben. Aber sie wurden nicht gefragt. Sie haben Parteien gewählt, von denen keine die Zerlegung der Republik im Programm gehabt hatte (möglicherweise mit Ausnahme der kleinen Slowakischen Nationalpartei). Stufenweise kam es dann unter den regierenden Parteien in den tschechischen Ländern und in der Slowakei zu Streitigkeiten, anfangs in Prestigefragen, dann immer tiefer und tiefer und immer mehr gezielt. Entscheidend wurde der Entschluß, von der tschechischen Mehrheit initiiert, die Rüstungsproduktion, konzentriert in der Slowakei, sofort zu stoppen. Dadurch wurde die Slowakei schwer betroffen. Im Unterschied zu der tschechischen Schocktherapie wollten die Slowaken vorsichtiger und mit mehr sozialer Rücksicht handeln. Das war für den tschechischen Ministerpräsidenten Klaus nicht annehmbar. Als er seine Therapie im ganzen Staat nicht durchsetzen konnte, ging er an die Spaltung. Die Slowaken ließen sich in Provokationen hineinziehen. Mečiar, der früher mit Hilfe Prags aus der Regierung beseitigt wurde, kehrte in die slowakische Spitze zurück, und, impulsiv wie er immer ist, wurde er unnachgiebig. Letzten Endes vereinbarten die beiden, Klaus und Mečiar, die Spaltung. Die Leute wurden vor fertige Tatsachen gestellt.

Die Spaltung beseitigte die Spannungen nicht. Gegenwärtig entfaltet sich der Streit um Tausende Probleme, und die beiden Nationen werden gegeneinander gehetzt. Man fragt sich, in wessen Interesse das alles geschieht. Die Worte der tschechischen Politiker, ihre Innen- und Außenpolitik, lassen vermuten, daß es sich um ein vorher verabredetes Spiel „zum Wohle des preußischen Königs“ handelt.

Selbstverständlich werden in den künstlich hervorgerufenen und angeheizten Streit auch die historischen, geschichtlichen — d.h. einseitig — beleuchteten Traditionen hinzugezogen. Denn die wahre Geschichte der Beziehungen der beiden Völker als Völker spricht für ihre Bruderschaft und Zusammenarbeit.

Hat nicht eine unausgewogene Wirtschaftsentwicklung in der Vergangenheit diese Spaltung begünstigt?

Selbstverständlich war nicht alles in Ordnung. Aber die Zentralisierung führte dazu, daß man Mittel aus der Tschechei in die Slowakei überführte, und das hob das Niveau der Slowakei in den vierzig Jahren auf das der tschechischen Länder. Ein Beispiel, worauf wir stolz sind: Es kamen zu uns Leute aus Italien, nicht nur Genossen, sondern auch Bürgerliche, die sagten, das ist in Italien nicht möglich, den großen Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden zu beseitigen, und wir haben das gemeistert. 1968 sprachen einige Leute vom Genozid der Slowaken, weil einige Slowaken hingerichtet wurden bei den Prozessen in den fünfziger Jahren, aber es waren auch Tschechen, Juden usw.

Es ist etwas anderes passiert. Es entstand eine neue Arbeiterklasse in der Slowakei, eine neue Intelligenz, aber sie konnten sich nicht durchsetzen: die politischen Maßnahmen entsprachen nicht der ökonomischen Entwicklung. Schon im Jahre 1945, noch in Moskau, forderten die Slowaken die Föderation von Tschechen und Slowaken. Damals waren die tschechischen Länder noch nicht

Kapitalismus, realsozialistisches Erbe, soziale Probleme und Parteiverständnis

Veranstaltung und Interview mit Dr. Karel Pomaizl, Mitglied der KP Böhmen und Mähren

dafür reif. Benesch (der damalige bürgerliche Präsident, d. Red.) war antislowakisch. Gottwald griff zu einem Kompromiß. Die Slowaken wurden gegen den Willen Beneschs zur selbständigen Nation erklärt, sie bekamen ihre Vertretungsorgane, aber die Form wurde nicht gelöst. Und dann, weil sich die Slowakische Kommunistische Partei als die schwächere erwies, wurde von Prag regiert. Die Rechte der slowakischen Organe wurden verengt. Es fanden die Prozesse statt.

Nach dem Tode Stalin wuchs die Unzufriedenheit. Die Parteikonferenz von 1956 erweiterte die Rechte der slowakischen Organe. Man kann sagen, von einer administrativen Autonomie kam man zur politischen Autonomie. Aber schon 1960, vier Jahre später, als man proklamierte, daß wir schon den Sozialismus erbaut haben, machte man viele Schritte zurück: man nahm den slowakischen Organen ihre Rechte, es wurde aus Prag regiert.

Der „Prager Frühling“ begann mit dem Auftreten Bylaks, der damals der Sekretär der Slowakischen Partei war, gegen Novotny für seine nationale Politik, im Dezember 1967. Es kam dann verspätet zur Föderation, Husak, der Slowake, wurde zum Präsident und Ersten Sekretär; Bylak, er ist Ukrainer, wurde der zweite in der Partei. Es wurde wieder von Prag in der ganzen Republik regiert. Also die Tschechen waren unzufrieden, daß uns die Slowaken beherrschten, und die Slowaken waren wegen des Prager Zentralismus unzufrieden.

Und trotzdem war es eine große Leistung, die Entwicklung der Tschechoslowakei, auf die wir stolz sein können.

Wie weit ist die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Tschechischen Republik vorangekommen?

Etwa so weit wie in der DDR. Die Industriebetriebe werden privatisiert. Das Volkseigentum wird schamlos geraubt — billig, begleitet von Betrügern, Korruption und ähnlichem — von den neu aufgetauchten Kapitalisten, die manchmal nur Strohmänner sind, hinter denen das fremde Kapital steckt. Große Vermögen werden an die Adligen, an die Kirche zurückgegeben.

Die Landwirtschaft, die auf hoher, vom Ausland bewundener Stufe stand und die die Selbstversorgung des Landes zu sichern fähig war, wird planmäßig ruiniert. Von den LPG-Großbetrieben soll man aus ideologischen Gründen zu Einzelbetrieben zurückkehren. Im Interesse der Einfuhr von Überschüssen aus dem Westen, von denen das Land überflutet wird, während die eigenen Betriebe zugrunde gehen.

Sozial: Es entwickelt sich eine dünne Schicht von Neukapitalisten — aus früheren Bürokraten, Direktoren, Schiebern, Wechslern, Dieben, Strohmännern des fremden Kapitals, aus führenden Politikern und Funktionären. Es entsteht eine Mittelschicht von kleinen und kleineren Privatunternehmern, die hoffen, in die obere Schicht durchzudringen, jedoch schon jetzt beginnen, ruiniert zu sein. Die Masse der Beschäftigten sinkt immer niedriger — besonders die Familien mit mehreren Kindern, Rentner, Arbeitslose. Zehntausende leben in sozialer Unsicherheit, denn die Produktion sinkt, und man erwartet eine Welle von Bankrotten.

Politisch: Einzelherrschaft von rechten Parteien, die zu den reaktionärsten im Ostblock zählen, mit begrenzter, mehrheitlich aber zäher Opposition. Kommunismenhaß, planmäßig angeheizt, um die Aufmerksamkeit der Leute abseits zu lenken; Belebung des Klerikalismus.

Wie stellt Ihr Euch zu den Bestrebungen der Tschechischen Republik, in die EG einzutreten?

Wir unterstützen den Prozeß der Integration nicht, wir sagen nur, das ist eine objektive Tendenz. Wir können uns nicht gegen diese Tendenz stellen. Aber wir müssen uns bemühen, daß es auf demokratische Weise vor sich geht. Also, wir werden gegen die Integration der Monopole kämpfen, gegen die Nato usw. Wenn wir uns grundsätzlich gegen

die Integration stellten, stellten wir uns in die Position von Maschinenstürmern des 19. Jahrhunderts. Die Integration an sich ist nicht schlecht, sie ist eine Notwendigkeit, eine historische Notwendigkeit. Aber die Art und Weise, wie sie zustande kommt, die ist schlecht, dagegen werden wir kämpfen.

Welche Schlussfolgerungen hat die KP Böhmens und Mährens aus dem Scheitern des Sozialismus gezogen?

Die Antwort hängt davon ab, wer damit gemeint ist. Die Schlussfolgerung der Rechten, Svoboda und Konsorten: Der Sozialismus sei historisch gescheitert, habe sich als unzureichende Utopie erwiesen, die sowieso in nebliger Zukunft schwebte. Man solle sich deswegen den bestehenden Realitäten zuwenden; das soll nicht zum Kapitalismus heißen. Denn der sollte sich so verändern, daß der Begriff schon nicht mehr paßt. Es gäbe eine entwickelte, moderne, prosperierende, soziale Marktwirtschaft, die der erreichten Stufe der Zivilisation entspräche; zwar nicht frei von Problemen, die jedoch in ihr lösbar seien. Man solle sich auf ihre Basis stellen (oder anstreben, sie zu erreichen) und sich nur um ihre sozialen Aspekte kümmern. Dem entspricht die Politik der Sozialistischen Internationale, in Richtung zu der wir uns bewegen sollten.

Die Kommunisten beurteilen es ganz anders. Es handelt sich um das Scheitern der ersten realen Versuche zum Sozialismus, unter schweren Bedingungen — in der Mehrzahl in wenig entwickelten oder sogar unterentwickelten Ländern —, umkreist vom feindlichen Kapitalismus, der seinen historischen Vorsprung dazu benutzt hat, um den Sozialismus als erdenklichen Hindernis in den Weg zu stellen. Trotz der schweren Bedingungen waren die konkreten — nennen wir es bedingt — Fehler nicht unvermeidbar, obwohl die objektiven Bedingungen sie stark beeinflusst haben. Richtige Schlussfolgerungen: die Geschichte des sogenannten realen Sozialismus gründlich zu erforschen. Die objektiven Unausweichlichkeiten von den subjektiven Fehlern trennen, um sie in der Zukunft, die unvermeidlich zum Sozialismus führt, zu vermeiden.

Der sogenannte reale Sozialismus war und konnte noch kein Sozialismus als solcher, kein entwickelter Sozialismus oder sogar Sozialismus, der vor dem Übergang zum Kommunismus steht, sein. Er war nur eine Vorstufe, ein Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der noch weit entfernt war. Es war eine Selbsttäuschung, möglicherweise psychologisch begreiflich, jedoch falsch und schädlich, wenn man glaubte, sich schon im Sozialismus zu befinden. Diese Täuschung wurde von den Feinden bereitwillig übernommen, denn es diente gut der Diskreditierung der Idee des Sozialismus.

Jetzt kurz zu den Lehren aus der Vergangenheit des sog. realen Sozialismus: — die Vergesellschaftung wurde falsch pauschal als Verstaatlichung begriffen; — der Staat, statt demokratisch zu werden und zu beginnen abzusterben, wurde bürokratisiert und gefestigt; — von der Überzeugungsarbeit ging man zu einem Kommandosystem über; — die Führung entfernte sich von den Massen, hob sich — politisch, sozial — über sie, formte sich zu einer privilegierten Kaste; — die Initiative der Massen wurde betäubt, unterdrückt; — das Einparteiensystem, ursprünglich in der UdSSR aus Not und als Übergangserscheinung eingeführt, wurde verabsolutiert; — die für den Sozialismus unentbehrliche Planung wurde zur starren Institution, was mit der falschen Vorstellung von der Nichtvereinbarkeit des Sozialismus mit dem Marktsystem verbunden war;

— infolge dessen wurde der Antritt der wissenschaftlich-technischen Revolution versäumt; — die Kompromisse des Jahres 1945 wurden verabsolutiert, was zum Beharren auf den alten Staatsgebilden, Grenzen, zur nationalen Begrenztheit geführt hat; die Internationalisierung, die Integration wurde nicht nur nicht begriffen,

sondern anfangs sogar als etwas kapitalistisches abgelehnt;

— als Theoretiker erlaube ich mir zu behaupten: eine der größten Fehler war die Vernachlässigung der Theorie, der flache, oberflächliche, kurzzeitige Pragmatismus.

So, ganz kurz, die Lehren. Die gründliche, Zeit bedürftige Analyse der ganzen Geschichte des sog. realen Sozialismus im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Welt steht noch bevor. Es wird daran gearbeitet. Wir halten es für eine der aktuellsten Aufgaben.

Wie steht ihr zu den sogenannten Reformkommunisten von 1968?

Der Sieg vom Februar 1948 öffnete den Weg zum sozialistischen Aufbau. Auf diesem Weg erntete die Partei anfangs große Erfolge, obzwar politisch betroffen durch die Prozesse Anfang der 50er Jahre beim Beginn des kalten Krieges, der in einen heißen Überzug überging. Allmählich zeigte sich aber, daß die alten Methoden des Wirtschaftens nicht genühten. Es wurden Reformversuche unternommen, jedoch nicht konsequent. Auch die politische Lage begann sich nach den Enthüllungen des XX. Parteitages der KPdSU und nach den Ereignissen in Ungarn und Polen zu verschlechtern, besonders in Kreisen der Intelligenz und auch in der Slowakei.

Die Unzufriedenheit brach Ende 1967, Anfang 1968 aus, und infolge der Spaltung in der Führung der Partei begannen die Ereignisse der Partei aus den Händen zu gleiten und wandten sich immer mehr gegen sie. Die schwache Dubček-Führung konnte alledem nicht standhalten. So kam es zum Eingreifen des Warschauer Paktes als letztem Mittel, um die Konterrevolution aufzuhalten. Der Aufmarsch der Truppen stieß auf großen Widerstand. Er zerbrach, was bis dahin mit großer Mühe für die Freundschaft unter den sozialistischen Ländern und besonders mit der UdSSR getan wurde. Obzwar heute die Protagonisten des sog. „Prager Frühlings“, wie z.B. Mlynář, zugeben, daß sie möglicherweise die Konterrevolution nicht haben aufhalten können, und obzwar die Entwicklung nach der sog. „sanften Revolution“ vom Jahre 1989 zeigt, wohin sich die Ereignisse im Jahre 1968 nach den Plänen der Reaktionen entwickeln sollten, — dessen ungeachtet war es ein unglücklicher Schritt, durch frühere Fehler vorprogrammiert.

Es kam zwar zur Konsolidierung, aber nur mittels Parteiausschlüssen, Abberufen von Posten usw. Das Schlimmste war jedoch, daß die Kommandowirtschaft der Partei statt beseitigt zu werden gestärkt war, was zu nie gewesener Erstarrung auf allen Gebieten führte. Das Parteileben starb ab, in der Wirtschaft begann es wieder schiefe zu gehen. Man spürte zwar, daß etwas geschehen sollte, aber fürchtete erforderliche Maßnahmen zu treffen.

Als die Perestrojka in der Sowjetunion begann, waren wir alle begeistert. Schon damals spürten wir einige theoretische Mängel. Wer die Sowjetunion kennt, wußte, daß etwas geschehen mußte, es war alles erstarrt, die Bürokratie war ungeheuer. Aber Gorbatschow war nicht vorbereitet, und den schlimmsten Fehler, den er gemacht hat, nach unserer Meinung, ist, daß er die Arbeiterklasse vergessen hat. Er stützte sich auf die Bürokratie und verlor die Arbeiterklasse. Es war nötig, die Bürokratie abzubauen, Gorbatschow konnte es mit Hilfe der Arbeiter machen. Ich kann mich auf unser Beispiel berufen: Was machten wir 1947, als die Bourgeoisie zur Sabotage überging? Wir gründeten Arbeiterkommissionen, die kontrollierten die Kapitalisten und die Betriebe, und das half uns, die Bourgeoisie zu besiegen.

Wir erlauben uns zu behaupten, wenn es nicht zu der Schiefentwicklung in der UdSSR gekommen wäre, hätte man bei uns die Situation in Händen behalten. Denn die Veränderungen der Partei näherten sich schnell.

Warum wehren sich Teile der Partei gegen Namensänderung?

Ich zitiere, was ich in der Nummer 6 unseres Blattes geschrieben habe:

Der Streit um die Namensänderung würde nicht solch eine Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wenn hinter dem Streben um die Veränderung nicht das Streben stünde, den prinzipiellen Charakter der Partei zu verändern.

Das heißt: Man könnte sich das kommunistische Parteileben auch unter anderem Namen vorstellen. Marx hielt den Namen „Sozialdemokratie“ zwar für theoretisch falsch, aber hielt das für eine zweitrangige Frage, wenn sich die Bewegung dabei gut entwickelt. Aber heute steht bei uns die Frage scharf. Die Reaktion attackiert, verlangt von uns völlige Absage vom Kommunismus. Die Erschrockenen in der Partei, nicht zufällig die privilegierte Führungsschicht, wollen sich vor diesem Druck beugen. Um ihre Positionen zu behalten, wollten sie sich in das jetzige System integrieren als die geduldete „Opposition Ihrer Majestät“. Wer würde dann die Interessen und Rechte der Arbeitenden gegen die Angriffe von rechts verteidigen, wer würde gegen die Gefahren seitens des Kapitalismus kämpfen? Wer würde dann die Massen von der Unsinnigkeit der Kapitulation vor der Reaktion überzeugen, wer würde sie zur Systemänderung führen, gerade in der jetzigen Situation, bei uns, in der Welt, wo sich die Widersprüche des Kapitalismus verschärfen und offenbaren? Gerade jetzt halten wir die Kommunistische Partei für unentbehrlich und unverwundbar. Deswegen beharren wir auf dem Namen.

Es ist illusorisch, daß die Umbenennung etwas Positives brächte. Man würde sowieso in uns immer die Kommunisten sehen, sogar auch in denen, die auf die andere Seite überlaufen würden.

Die Rechten argumentieren, daß sie der Name hindert, in solch einer Partei Mitglieder zu sein. Es wird nicht zum Schaden der Partei sein, wenn sie sie verlassen. Denn sie verhindern nur ihre aktive Tätigkeit, sorgen für innere Streitigkeiten, lenken die Partei abseits zu unnützen Ersatzproblemen. Die Leute sind dessen schon satt.

Eine größere Gefahr sehen wir darin, daß nach der Umbenennung die Partei von überzeugten Kommunisten verlassen wird. Danach würde die Partei in mehrere Gruppierungen zerfallen, die kommunistische Bewegung geschwächt, von der Szene verjagt, von den Neuanfang gestellt.

Die Rechten behaupten, der Name hindert die Menschen, ihr beizutreten. Es sei ein Stigma der verworfenen Vergangenheit, der Anlaß zu Verfolgungen seitens der Herrschenden usw. Man muß sagen, daß die Rechten die Vergangenheit manchmal mehr verteuern als die Gegenwart. An angenehme Paraphrasen gewöhnt, schrecken sie die Leute vor möglichen Folgen ihrer Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei statt die Angriffe abzuwehren.

Die Anfragen und die Erfahrungen aus dem Parteimilieu zeigen etwas anderes: Die Leute erwarten und verlangen von der Partei Taten. Handelt sie, erwirbt sie wieder Vertrauen. Darum geht es und nicht um den Namen. Es ist eine Ausrede, wenn die Rechten von der Passivität der Massen sprechen und dabei ihre Untätigkeit rechtfertigen wollen.

Die Veränderung der Partei zu einer halb-sozialdemokratischen hat keine Chancen. Das zeigt das Schicksal schon früher abgespaltenen Gn. Mohorita-Kraus. In unserer Gesellschaft gibt es keinen Raum für zwei sozialdemokratische Parteien. Die Hoffnung, in der Mitte fischen zu können, Wahn. So viele bemühen sich, dort angeln, jedoch ohne Erfolg. Die Gesellschaft scheint sich mehr zu polarisieren. Gabe es nicht eine konsequente Linkspartei (die Sozialdemokraten stellen solche bei weitem nicht vor), dann die Gefahr, daß sich die Massen der radikalen Rechten, den Schisten zuwenden. Das lehrt auch Geschichte. Auch bei uns beginnt sich die Verdrossenheit in Bezug auf die geblierten Parteien zu zeigen. Das die Mahnung an alle Linken sein: manchmal kleinlichen Hindernisse setzen zu legen und zur effektiven gegen die drohenden Gefahren rechts sich vereinigen, ohne die Identität aufzugeben.

(Zusammenfassung)

Über den Streik bei Sachs-Iberica

Vertreter der baskischen Gewerkschaft LAB stellen im folgenden ausführlich Ablauf und Hintergründe des Streiks im baskischen Sachs-Werk und die Bedingungen des gewerkschaftlichen Widerstands in der Krise im Baskenland dar.

Die Mitgliedschaft der Arbeiter in Gewerkschaften ist sehr niedrig, in Spanien nicht mehr als 10 % und im Baskenland etwas mehr als 20 %. Bezüglich der Angehörigkeit der Gewerkschaften zu den politischen Parteien waren, bis vor drei bis vier Jahren, UGT politisch der PSOE (Sozialisten), CCOO der PCE (Kommunisten), und im Baskenland LAB der Herri Batasuna („Baskische Vereinigung für nationale Befreiung“) und ELA der P.N.V. (konservative baskische Nationalisten) zuzuordnen.

Bei Sachs-Iberica ist LAB die stärkste Gewerkschaft. Bei den Betriebsratswahlen 1990 gaben die 300 Belegschaftsmitglieder der LAB mit sieben Repräsentanten die Mehrheit, die UGT erhielt fünf und ELA eins von insgesamt 13 Betriebsratsmandaten.

Der Provinz-Tarifvertrag hat heute fast nur noch in den kleinen Firmen Bedeutung. In diesen kleinen Firmen gibt es kaum Betriebsräte und Gewerkschaftsvertretungen.

Verhandelt und abgeschlossen wird der Provinz-Tarifvertrag, der nur Mindestbedingungen regelt, für den Sektor Metall jedoch von den Gewerkschaften und Geschäftsführern der großen Firmen. Für diese großen Firmen werden durch zusätzliche individuelle Verhandlungen Verbesserungen über den Tarifvertrag hinaus vereinbart. Die zentralen Gewerkschaften und die E.L.A. haben den Provinztarifvertrag auf dieses Mindestniveau hingeführt und das System individueller Verhandlungen entwickelt.

1991, als die Belegschaft wegen der neuen Stoßdämpfer-Montagelinie auf fast 300 anwuchs, wurde bei Sachs-Iberica erstmals ein Haustarifvertrag durchgesetzt.

Im nach fünf Wochen Streik abgeschlossenen Haustarifvertrag wurde geregelt: Lohndifferenzierung: Annäherung der Direktarbeiter zu den Arbeitern 3. Klasse in zwei Jahren (0,3 %); die vier entlassenen Arbeiter mit befristetem Arbeitsvertrag werden als erste wieder eingestellt, wenn Personal eingestellt wird; Unfall: Ab dem 1. Tag 100 % Lohnfortzahlung bei Unfall, inbegriffen Treuegeld; Krankheit: Ab dem 45. Tag 100 % mit Treuegeld; Lohnerhöhung um 5,1 % und 10000 Ptas (146 DM) zur Prämie im Mai (entspricht 0,3 % auf das ganze Jahr); Unfallversicherung über 250000 Ptas (36500 DM); Beibehaltung der gewerkschaftlichen Rechte.

Die Geschäftsführung wollte von Anfang des Jahres an keine Tarifvertrags-

verhandlungen für dieses Jahr führen. Am 24. Februar wurden die Gewerkschaften zusammengeholt, um zu erreichen, daß kein Tarifvertrag unterschrieben wird. Die Geschäftsführung sagte, sie wolle das Stoßdämpferwerk retten, da dieses für 1995 keine Aufträge mehr habe.

Vom 17. März bis zum 19. April wurde versucht zu verhandeln. Doch dies war unmöglich, da die Geschäftsführung absolut nicht dazu bereit war und in keinem einzigen Punkt nachgab und die Gehälter für drei Jahre einfrieren wollte.

Am 6. 4. 93 entschied die Belegschaft für Streik, falls die Verhandlungen nicht vorwärts kommen sollten. Am 27. April, dem ersten Streiktag, wurde mit der Ausrede, daß 45 Kollegen nicht tarifgebunden seien, die baskische Polizei von der Geschäftsleitung gerufen, um uns vor dem Betrieb niederzumachen. Dies gelang jedoch nicht, weil diese 45 Kollegen sich weigerten, mit der Polizei den Betrieb zu betreten.

Am 6. 5. erhielten wir Briefe an unsere Privatadressen, in denen die Geschäftsführung erklärte, daß der Lohn vom April nicht gezahlt werden könnte, da aufgrund des Streiks Aufträge von Kunden verloren gingen und die Fabrik in große Gefahr gebracht wurde.

Der unbefristete Streik, der am 27. 4. 93 begonnen und am 28. 5. 93 beendet wurde, hat letztlich dazu geführt, daß wieder ein Tarifvertrag unterschrieben werden mußte.

Die Krise behinderte den Arbeitskampf! Wer traut sich seinen Arbeitsplatz zu verlieren, bei einer Arbeitslosenquote von 25 % im Baskenland und 18 % im Rest von Spanien?

Dieser Streik war für die Firma sicher sehr wichtig bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Lohnkosten. Doch wieviel kosten denn eigentlich die Streikbrecherarbeiten? Wie hoch waren die Kosten für die 45 außertariflichen Kollegen, die den höchsten Lohn in der Firma erhalten, und die während des Streiks weiter bezahlt wurden?

Was kosteten die getätigten Reisen der Geschäftsleitungen während des Streiks, um unsere Arbeiten anderweitig zu organisieren? Ist dies nicht auch alles gefährlich teuer für die Zukunft der Firma?

Wenn wir als soziale Kräfte nicht zusammenhalten, erwartet uns die Gefahr einer rückwärts gehenden Sozialentwicklung wie im letzten Jahrhundert, anstatt des angezielten Modells für das kommende Jahrhundert.

Letztes Jahr wurden allein im Baskenland 1000 Firmen geschlossen.

Auf was warten die verschiedenen Regierungen, um nach Lösungen zu suchen? Müßen wir Arbeiter uns demnächst wegen eines Arbeitsplatzes umbringen?

Quelle: *nachrichten & standpunkte* Nr. 14/93

Italien: Sozialpakt statt Tarifkampf?

„Eine Einigung ohnegleichen, die unsere Glaubwürdigkeit im In- und Ausland erhöht“, jubelte der italienische Ministerpräsident Ciampi und brachte die Vereinbarung „zur Senkung der Arbeitskosten“ brühwarm auf den G7-Gipfel nach Tokio. „Ein Wunder“, fand der Arbeitsminister. Die zwischen Regierung, Unternehmensverbänden und offiziellen Gewerkschaften getroffene Vereinbarung listet im Umfang von etwa zwei Zeitungsseiten eine Fülle der verschiedensten Maßnahmen auf, mit denen die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Wirtschaft gesteigert werden soll. Im Mittelpunkt steht dabei die gewerkschaftliche Tarifpolitik, genauer: die Einpassung der Tarifpolitik in eine inzwischen EG-weit koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Lohnpolitik bestand in Italien traditionell aus drei Säulen: einem nationalen Branchentarif, dem automatischen Teuerungsausgleich Scala mobile und einer betrieblichen Verhandlungsebene. Die Unternehmensverbände verlangen seit Jahren die Reduzierung auf eine nationale Vereinbarung und haben 1992 erfolgreich die Scala mobile beseitigt. Die jetzige Vereinbarung sieht vor, daß nationale Branchentarife bei den Ein-

kommen zwei Jahre, bei den Arbeitsbedingungen vier Jahre laufen. Eine zweite betriebliche (oder bei kleineren Unternehmen territoriale) Verhandlungsebene ist zwar möglich, aber an „Produktivität, Qualität und andere Elemente der Wettbewerbsfähigkeit“ dieser Unternehmen gekoppelt. Laufzeit auch hier: vier Jahre. Obendrein wären die Gewerkschaften mit der Vereinbarung in ein umfassendes System von Einrichtungen und Verpflichtungen eingebunden, mit denen die offiziellen Ziele der Wirtschafts- und Finanzpolitik durchgesetzt und eine an den Interessen der Beschäftigten orientierte und auch zu Arbeitskampf fähige Gewerkschaftspolitik ausgeschaltet werden soll.

Endgültig unterschrieben werden soll das ganze Paket am 22. 7. Bis dahin wollen die offiziellen Gewerkschaften in allen Betrieben teils offene, teils geheime Abstimmungen durchführen. Wie diese Abstimmungen auch ausgehen, die offiziellen Gewerkschaften stecken in ihrer schwersten Krise. Sie werden weiter Mitglieder verlieren. Die Diskussion der letzten Monate auch in linken Kreisen, neben den offiziellen Gewerkschaften etwas Neues aufzumachen, wird zunehmen. — (rok)

Internationale Umschau



Etwa 400000 Menschen demonstrierten am 7. Juli in Ankara aus Anlaß der Beerdigung der Opfer des Massakers von Sivas gegen die fundamentalistischen Kräfte und gegen den türkischen Staat. Am 2. Juli hatten in Sivas fundamentalistische Kräfte ein Hotel angezündet. 50 Menschen, darunter zahlreiche Künstler, kamen dabei ums Leben. Sie wurden teilweise von den Fundamentalisten mit Gewalt in das brennende Hotel zurückgejagt, aus dem sie hatten flüchten wollen. Der Anschlag galt dem Schriftsteller Aziz Nesin, der die „Satanischen Verse“ auf türkisch herausgegeben hatte. Die örtliche Polizei sah dabei zu, der Bürgermeister von Sivas hatte die Fundamentalisten direkt aufgehetzt. Die türkischen Fundamentalisten stehen unter enger Kontrolle des türkischen Staates. Die Stadt Sivas liegt an der Grenze zwischen den türkischen und kurdischen Siedlungsgebieten. Die Proteste in Ankara und anderen Städten nach dem Massaker richteten sich deutlich gegen den türkischen Staat, zum Teil wurden Parolen laut wie „PKK, komm nach Sivas!“ — (rül, Bild: Özgür Gündem)

Niederlande: Renten für Invalide verschlechtert

Das niederländische Parlament hat am 6. Juli nach langen Auseinandersetzungen eine deutliche Verschlechterung der Invalidenrenten beschlossen. Bisher lagen die Invalidenrenten bei 70 % des letzten Arbeitsentgelts. Diese Zahlungen sollen durch das neue Gesetz drastisch gesenkt werden.

Vor der Verabschiedung des Gesetzes durch die Mehrheit von Christdemokraten und Sozialdemokraten, die gemeinsam die niederländische Regierung stellen, hatten Gewerkschaften und Behindertenverbände im ganzen Land zahlreiche Protestaktionen durchgeführt, um die Regierungspläne zu Fall zu bringen. In diesen zwei Jahren dauernden Auseinandersetzungen war es den Gewerkschaften gelungen, für etwa zwei Drittel aller Lohnabhängigen Tarifverträge abzuschließen, die eine kollektive Zusatzversicherung bei privaten Versicherungen oder Pensionsfonds vorsehen, durch die chronisch kranke Lohnabhängige zusätzlich versichert sind. Am Ende mußte die Regierung dann auch im Parlament noch etwas zurückstecken. Bevor das neue Rentengesetz verabschiedet werden konnte, mußte die Regierung zusagen, durch ein neues Gesetz private Versicherungen zu verpflichten, einen zusätzlichen Garantiefonds für chronisch Kranke zu errichten.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung*, 7. Juli — (rül)

Griechenland: Proteste gegen Privatisierungen

In Griechenland wächst der Widerstand gegen das Privatisierungsprogramm der Regierung Mitsotakis. Seit ihrem Amtsantritt nach den Wahlen im April 1990 versucht die Regierung, zahlreiche öffentliche Betriebe zu privatisieren. Darunter sind städtische und regionale Verkehrsbetriebe, staatliche Werften, das Telefon- und Telegrafennetz, das staatliche Elektrizitätsunternehmen. Ein Teil der Unternehmen ist bereits an griechische Kapitalisten und ausländische Konzerne (die u.a. an dem staatlichen Telefon- und Telegrafennetz wegen der damit verbundenen langfristigen Aufträge im Telekommunikationsbereich interessiert sind) verkauft worden. Weitere Unternehmen stehen zum Verkauf an. Dagegen fanden Anfang Juli erneut große Protestkundgebungen u.a. in der Hauptstadt Athen und in der zweitgrößten Stadt des Landes, in Saloniki, statt. Die Protestkundgebungen, die der Auftakt zu einer neuen Welle von Protestaktionen sein sollen, werden von allen linken Parteien und Gewerkschaften einschließlich der sozialdemokratischen PASOK, der Linksalianz und der griechischen KP (KKE) organisiert und unterstützt. Die PASOK, Linksalianz und KKE verfügen im griechischen Parlament zusammen über fast die Hälfte der 300 Sitze, so daß die Regierung befürchten muß, bei einem Streit in den eigenen Reihen ihr Privatisierungsprogramm nicht durchs Parlament zu kriegen. Mit Neuwahlen kann die Regierung nicht drohen — nach Umfragen drohen ihr schwere Verluste.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. 7. — (rül)

Kurdistan: Ungeheurer Militärterror und Massaker

Mit einer beispiellosen Terrorkampagne und Massakern an der kurdischen Bevölkerung will die türkische Armee und Regierung versuchen, bis Frühjahr 1994 den Widerstand der kurdischen Bevölkerung zu brechen. Hintergrund ist, daß im Frühjahr 1994 in der Türkei Kommunalwahlen anstehen. Die türkische Regierung fürchtet, daß die PKK und mit ihr verbundene Kräfte dabei die Kommunalverwaltungen in den kurdischen Gebieten mit ihren Leuten gewinnen. Vorsorglich hat Generalstabschef Güres deshalb bereits angekündigt, wenn die PKK nicht bis Frühjahr 1994 „vernichtet“ sei, werde man über die kurdischen Gebiete das Kriegsrecht verhängen.

Die kurdische Nachrichtenagentur KURD-HA veröffentlichte das folgende Dokument über die Ermordung von 24 Zivilisten und sechs türkischen Soldaten durch das türkische Militär.

— (rül, aus: *Kurdistan-Rundbrief* 15/93)

Am 2. Juli wurden 24 von 27 gefangen genommenen Bauern und sechs Soldaten, die sich gegen die Ermordung von Zivilisten stellten, von türkischen Armeekräften in Şırnak ermordet. Die Operation am Fuß der Gabar (Küpel)-Berge wurde von dem Kommandanten Mete Sayar geleitet und versucht, als Operation gegen „Terroristen“ in der Öffentlichkeit darzustellen. Die kurdische Nachrichtenagentur KURD-HA veröffentlichte einen Funkmitschnitt der Befehle des Kommandanten, der den Charakter der Massakerpolitik des türkischen Staates in Kurdistan wieder einmal beweist. Acht Soldaten wehrten sich gegen die Ermordung von Zivilisten. Sechs von ihnen wurden deshalb ebenfalls ermordet, die anderen zwei wollte Sayar zu sich geschickt bekommen. Außerdem verlangte Sayar, daß die ermordeten Bauern und Soldaten und drei noch lebende Bauern aus einem Hubschrauber geworfen werden. Die staatstreue Zeitung *Hürriyet* berichtete als Propagandamedium des Militärs von dem „großen Erfolg in der Terrorismusbekämpfung“ unter der Schlagzeile „23 PKK'ler getötet“.

Hier Auszüge aus dem Funkmitschnitt zwischen Mete Sayar und den verantwortlichen Militärs vor Ort:

... Sayar: Wie ist die Lage, gibt es Probleme?

Antwort: Alles läuft wie geplant ... Wir haben den Punkt gesäubert. Es waren 27 Personen dort, wir haben sie alle.

Sayar: Vernichtet sie alle ... Es soll keine Probleme geben, ist das klar ...

Antwort: Ok, Ufuk 10, wir haben die Sache erledigt wie geplant, aber ...

Sayar: Warum, was wollen diese Hurensohne (d. Übers.: gemeint sind die Soldaten, die sich gegen die Ermordung der Zivilisten stellten). Erst gestern wurden so viele neben ihnen erschossen. Waren das denn nicht alle ihre Kameraden? Warum haben sie mit denen kein Mitleid? Diese Hurensohne, erledigt sie! ...

Antwort: Sie waren auf einmal alle dagegen. 24 haben wir schon erledigt, bei dreien haben sie nicht mitgemacht. Ich sagte: „Wir legen Waffen zu ihren Leichen und rufen den *Hürriyet*-Reporter“, aber das klappte nicht ...

Sayar: Verstanden, Uyum 10. Schicke mir die zwei und erledige die anderen.“



Die Betriebsführung des belgischen VW-Montagewerks in Vorst verstärkt den Druck auf die Belegschaft. Am 21. Juni kam es in einigen von Schließung bzw. Entlassungen bedrohten Abteilungen (u.a. in der Polstererei) zu Proteststreiks, u.a. gegen die unerträgliche Arbeitshetze. Infolge dieser Proteststreiks stand die gesamte Produktion im Werk kurzzeitig still. Auf der Betriebsversammlung neun Tage später wurde dann bekannt, daß die Betriebsführung die ausgefallene Produktion durch Streichung von drei Urlaubstagen nachholen will! Begründung: Man habe Lieferverpflichtungen gegenüber dem Konzern, die eingehalten werden müßten. Die Gewerkschaften lehnen diese Forderung der Betriebsleitung ab, Vertrauensleute wollten Ende Juni versuchen, durch neuerliche Proteststreiks die Betriebsführung zur Rücknahme der Urlaubsstreichung zu zwingen. Bild: Streikposten bei dem Proteststreik am 21. Juni. — (rül, Bild: Solidair)

Der Kampf der Roma für Bleiberecht geht weiter

München. Die Roma, die sieben Wochen lang auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Dachau gegen ihre Abschiebung protestiert haben, mußten ihre Fluchtborg auf Druck der bayerischen Staatsregierung und der Kirchenleitung räumen. Die vielen Proteste und Demonstrationen haben leider kein Umdenken dieser Institutionen bewirkt. Am Mittwoch, den 7.7., hat deshalb Rudko Kawczynski (Roma National Congress) mit ca. 150 Roma die KZ-Gedenkstätte verlassen und ist nach Straßburg gefahren, um vor dem Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen die Bundesrepublik wegen Verstoß gegen das Völkerrecht zu stellen. Am Tag darauf fand in München zusammen mit den anderen Roma, die inzwischen auch Dachau in Richtung Straßburg verlassen haben, eine Protestkundgebung des Bündnisses gegen Rassismus statt. Den Roma wird auf ihrem weiteren Weg des Kampfes für ein Bleiberecht viel Erfolg gewünscht und Solidarität bekundet.

Während des evangelischen Kirchentages waren die Roma „gern gesehene Gäste“ der Kirche. Auch die Bayerische Staatsregierung hielt es nicht für angebracht, einzugreifen und vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit Roma von einem ehemaligen KZ-Gelände gewaltsam zu vertreiben. Doch kaum war

der Kirchentag vorbei, drohte das bayerische Innenministerium den Roma mit polizeilicher Räumung und Abschiebung, falls sie nicht bis zum 20. Juni die KZ-Gedenkstätte verlassen. Dieses Ultimatum konnte zwar durch Protestaktionen etwas hinausgezögert werden. So wurde am 22. Juni das Büro des Landesbischofs Hanselmann in München besetzt, um eine Pressekonferenz zur Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma durchzuführen und den Bischof und die Kirchenleitung zu bewegen, ihre bisherige Haltung zu überdenken. Diese Aktion wurde mit polizeistatistischen Mitteln beendet. Am 3. Juli fand eine bundesweite Demonstration mit ca. 500 Leuten in Dachau statt. Hier wurden auch Erklärungen aus dem gewerkschaftlichen Bereich, der Gewerkschaft HBV und der Frauendelegiertenkonferenz der IG Metall bekannt. Das Bleiberecht konnte aber auch mit diesem Protest nicht durchgesetzt werden.

Das Unrecht, das Nazi-Deutschland an den Roma begangen hat, werde heute von der Bundesregierung auf andere, „moderne“ Weise fortgesetzt, lautet die Kritik. Roma werden an den „deutschen Ostgrenzen“ mit Infrarot-Kameras und Spezialeinheiten der Grenztruppen gejagt, in Lager gesperrt und massenhaft deportiert. — (dil)

Gemeinderatsinitiative von Bürgerblock gekippt

Konstanz. Ende letzten Jahres beschloß das Antifaschistische Bündnis Konstanz, einen Antrag an den Gemeinderat zu formulieren, der die Verwaltung auffordert, „Organisationen und Personen, wenn sie oben umschriebenes faschistisches Gedankengut vertreten, künftig keine städtischen Räume mehr zu vergeben; sie darf für diese keine Demonstrationen, Kundgebungen und keine anderen Arten öffentlicher Auftritte mehr genehmigen und soll ihnen Stände und Plakatafeln verweigern.“ Im vorhergehenden Abschnitt wird faschistisches Gedankengut beschrieben: „Ausländerhaß und Rassismus, völkische, nationalistische und militaristische Propaganda, sowie Gedankengut, das nicht den Zielen der Völkerverständigung verpflichtet ist, dürfen keinen Platz in der Öffentlichkeit haben. Solche Aktivitäten stellen einen Angriff auf die im Grundgesetz festgeschriebenen Menschenrechte dar und widersprechen der „internationalen Konvention gegen jede Form der Rasediskriminierung“, deren Bestimmungen (seit 1969) auch in der Bundesrepublik Gültigkeit haben.“

Mit dieser Gemeinderatsinitiative wollte das Antifaschistische Bündnis eine breite Diskussion über faschistische Umtriebe in Konstanz in Gang bringen. Deshalb wurde in verschiedenen Flugblättern die Gemeinderatsinitiative inhaltlich begründet und das Rechts- und Ordnungsmäßig wegen seiner Haltung bei der Vergabe von Ständen an faschistische Organisationen von den Republikanern bis hin zur „Nationalen Offensive“ angegriffen. Von Februar bis Mitte Mai wurden 1600 Unterschriften zur Unterstützung des Antrages gesammelt. Freie Grüne Liste (FGL) und SPD haben den Antrag in den Gemeinderat eingebracht. Auf der Sitzung am 1. Juli sollte er verabschiedet werden.

Die Verwaltung hatte zu diesem Termin eine eigene Vorlage ausgearbeitet, in der aber im wesentlichen die Formulierungen aus dem Antrag des Bündnisses übernommen wurden. Einzig bei der Frage nach den rechtlichen Möglichkeiten der Stadt, Stände von Faschisten zu verbieten, wich die Vorlage vom eigentlichen Antrag ab. Während im Antrag des Bündnisses die Verwaltung aufgefordert wird, Stände zu verbieten und dies mit deren faschistischer Propaganda begründet wurde, ging der Antrag der Verwaltung davon aus, daß nur verboten wird, wenn eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt. Der Schluß, daß für diese Gefährdung „linken Chaoten“ (Oberbürgermeister Eickmayer) verantwortlich gemacht werden, liegt nahe. Alles in allem bot der Antrag jedoch eine Grundlage, um faschistische Auftritte in

Konstanz wirksam zu bekämpfen.

Was sich die bürgerliche Fraktionen auf der Gemeinderatssitzung erlaubten, läßt die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage auf kommunaler Ebene schwinden. Im Gegenteil: Es ist den Bürgerlichen gelungen, einen Antrag, der sich gegen menschenverachtende Politik und Handeln richtet, in einen Antrag gegen linke Opposition und ausländische Gruppierungen umzuwandeln. Dabei ist es aber nicht so, daß die Schwarzen und Braunen in diesem Gemeinderat besonders ideologisch bewandert wären. Das verstärkt die Sorge, daß weite Teile der Gesellschaft erstens immer noch nicht begriffen haben, was sich in diesem Staat anbahnt; viele haben jedoch begriffen und sich entschieden mitzumachen. Bei ihnen gilt nach wie vor: Der Feind steht links. Und so weit rechts, wie die Damen und Herren im Gemeinderat stehen, ist für sie eben schon links, wenn man versucht, z.B. zu verhindern, daß die „Nationale Offensive“ eine Stand abhält, auf dem sie in Flugblättern „Freiheit für Schwammberger“ fordert.

Um das klarer zu machen, stellen wir dem ursprünglichen Text die Änderungsvorschläge (kursiv) der CDU gegenüber:

„Der Gemeinderat der Stadt Konstanz verurteilt schärfstens die Welle von Haß und Gewalt, der sich Menschen aus dem Ausland in den letzten Wochen und Monaten gegenübersehen. Er verpflichtet sich, alle zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Aktivitäten faschistischer und linksextremer Organisationen sowie von Einzeltäterinnen und Einzeltätern und militanter ausländischer Organisationen zu unterbinden.“

Satz eins bleibt gleich und dann weiter „Er tritt dafür ein, alle zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Möglichkeiten in dieser Beziehung auszuschöpfen, um Aktivitäten faschistischer und linksextremer Organisationen sowie von Einzeltäterinnen und Einzeltätern und militanter ausländischer Organisationen zu unterbinden.“

Weiter wollte die CDU „militaristische Propaganda“ durch „militante Propaganda“ ersetzt haben.

Beide Änderungsvorschläge wurden in den dann von SPD, FWG, FDP und CDU verabschiedeten Antrag übernommen. Die FGL hat sich bei der Abstimmung enthalten und vom OB verlangt, den ursprünglichen Antrag des Bündnisses als weitergehenden Antrag abstimmen zu lassen, was dieser dann aber nicht tat. Die SPD begründete die Zustimmung damit, daß „eine nach allen Seiten vertretbare Position“ gefunden wurde. „80 bis 90 Prozent“ des ursprünglichen Antrags seien verwirklicht. — (wmo)

Streik im Kfz-Handwerk 4,3%, 36-Std.-Woche 1996

Kiel. Nach 8 Wochen Streik, dem längsten Streik von Handwerkern in der Geschichte der Bundesrepublik, wurde in Schleswig-Holstein im Kfz-Handwerk eine Löhnerhöhung von 4,3 Prozent und die Einführung der 36-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ab dem 1.2.1996 vereinbart. Die regelmäßige Arbeitszeit wurde auf Montag bis Freitag festgelegt. Wochenlang hatte sich der Kfz-Verband geweigert, über eine Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Er konnte sich dabei auf die Propaganda für eine Arbeitszeitverlängerung der Bundesregierung bis hin zur schleswig-holsteinischen Landesregierung stützen. Die Streikenden haben mit vielen ideenreichen Aktionen, Kraft und Mut gezeigt, daß man gemeinsam etwas bewirken kann, und das gesetzte Tabu der Arbeitszeitverkürzung durchbrochen. — (kaq)

OB Wahlen: Gebt Gauweiler keine Chance! Stoppt REP!

München. Zu den OB-Wahlen am 12. September stehen mit Peter Gauweiler (CSU) und Christian Ude (SPD) die beiden aussichtsreichsten Kandidaten fest. Die Republikaner und einige weitere rechte Gruppen wollen ebenfalls mit Kandidaten antreten. Die Münchner Grünen setzen auf eine Entscheidung im ersten Wahlgang und wollen dort alle demokratischen, ökologischen und liberalen Kräfte in München bündeln. In einer Pressemitteilung heißt es, daß auch ohne eigene Kandidatin (die 3. Bürgermeisterin Sabine Csampa) ein tatkräftiger Wahlkampf geführt werden solle, um den skrupellosen Rechtsaußen Peter Gauweiler in die Wüste zu schicken. Ein Münchner Bündnis verschiedener linker

Organisationen will am 11. September eine große Demonstration zu den Wahlen unter dem Motto: „Gebt Gauweiler keine Chance! Stoppt die Republikaner! Den Nazis und Rassisten keinen Fußbreit Boden in unserer Stadt!“ organisieren. — (dil)

Einzelhandel NRW noch ohne Abschluß

Köln. Die Tarifverhandlungen für den Einzelhandel in NRW sind letzte Woche erneut abgebrochen worden. Nach wie vor ist der Einzelhandelsverband nicht bereit, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vom ersten Tag an in den Manteltarifvertrag aufzunehmen. Wegen der Bedeutung der Auseinandersetzung hat sich die Gewerkschaft HBV um Unterstützung an den DGB gewandt. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandelsverbands behauptete, die Tarifparteien trügen den Streit „ohne Not auf dem Rücken der Beschäftigten im Einzelhandel“ aus. Der Verband setzt auf die gesetzliche Einführung von Karenztagen, um den Arbeitsdruck zu verschärfen. — (anl)

Proteste bei Fa. GRAU: Weg mit den Karenztagen!

Heidelberg. Fast 90% der in der Betriebsversammlung der Fa. GRAU am 28.6.93 Anwesenden haben folgenden Brief an die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP unterschrieben: „Aus der Presse mußten wir entnehmen, daß Sie am 1.7.93 einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen wollen, der die Einführung von ‚Karenztagen‘ bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall beinhaltet. Die Unterzeichneten nehmen nicht hin, daß kranke Arbeitnehmer/innen doppelt bestraft werden, indem sie

die Pflegekosten für ältere Menschen bezahlen müssen und die Arbeitgeber entlastet werden. Mit Empörung stellen wir fest, daß die Regierungsparteien sogar vor einem verfassungswidrigen Eingriff in die Tarifautonomie nicht zurückschrecken wollen, indem Ihr Gesetzentwurf vorsieht, tarifliche Lohnfortzahlungsbestimmungen außer Kraft zu setzen. Wir werden unseren Protest am Tag der Lesung fortsetzen und nicht ruhen, bis Ihr Vorhaben vom Tisch ist. Wir fordern Sie auf, ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück, verabschieden Sie eine Pflegeversicherung auf Basis der gesetzlichen Sozialversicherung! Keine Karenztage bzw. Feiertags-Streichung!“ Am 1.7.93 haben ca. 300 Beschäftigte bis zu 1,5 Stunden verspätet die Arbeit aufgenommen. Ab 6.30 Uhr haben sie sich vor dem Firmenter versammelt. IGM-Bevollmächtigter Fischer und Betriebsratsvorsitzender Knauer forderten, die geplanten Karenztage bzw. die Streichung von Urlaubs- oder Feiertagen sofort zurückzuziehen. — (aro)

Wunsiedel: „Gedenken an Heß“ verboten

Wunsiedel. Wie bereits in den zurückliegenden Jahren wollten faschistische Gruppierungen in Wunsiedel Mitte August den Todestag des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Heß zum Anlaß nehmen für eine bundesweite Demonstration. Eine Kundgebung „zum Gedenken“ wurde angemeldet. Das Landratsamt Wunsiedel hat diese Kundgebung verboten und das Anfang Juli in einer kurzen Presseerklärung mitgeteilt. Eine Gefährdung der Sicherheit sei zu erwarten, mit einer großen Zahl „gewaltbereiter Gruppierungen“ sei zu rechnen und außerdem mit der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes. — (uth)



3.7.: Demonstrationen für kurdische Rechte

Köln In Köln, Frankfurt, Hannover, Stuttgart, Bern, Paris und Graz fanden am 3. Juli Demonstrationen von insgesamt mehr als 35.000 Kurden und Kurden statt. Die Demonstrationen richteten sich gegen die Ermordung des Kurden Şesettin Kurt am 24. Juni in Bern durch türkische Konsultsbeamte bei einer Protestaktion vor dem Konsulat und gegen den anhaltenden türkischen Staatsterror. Zu den Aktionen hatte ein breites Bündnis türkischer und kurdischer linker Organisationen aufgerufen, darunter PKK, PSK, KAWA, Rizgari, RNK/KUK und andere Organisationen. In Köln (Bild) beteiligten sich etwa 10.000 Personen. — (rül, Bild af/mz)

VW-Rationalisierungskurs verschärft regionale Ungleichheit

Hannover. Die berühmte Lopez-Linie des VW-Konzerns scheint ihr erstes Zulieferer-Opfer gefunden zu haben. Die Gießerei Mittelmann Guß GmbH in Vebert schließt Ende September, 600 Beschäftigte sind betroffen. VW hatte für etwa ein Drittel der Produktion Preisnachlässe von 28 Prozent gefordert. Diese Preise deckten laut Konkursverwalter nicht mal mehr die Personal- und Materialkosten. Die Politik des VW-Konzerns wird schwere Verwerfungen in den Konzernbetrieben selbst und bei den Zulieferern nach sich ziehen. In den niedersächsischen VW-Betrieben arbeiten etwa 100.000 Menschen, in den 2.300 niedersächsischen Zulieferbetrieben noch einmal etwa 130.000. Durch Umorganisation der Zulieferkette werden von den weltweit 10.000 Zulieferern noch 400 Systemzulieferer übrigbleiben, die komplette Aggregate liefern und selbst wiederum Zulieferer beauftragen. Der niedersächsische Wirtschaftsminister glaubt, daß 100 solcher Systemlieferanten in Niedersachsen ansässig sein könnten. In den VW-Konzernbetrieben selbst droht Personalabbau durch Verringerung der Fertigungstiefe. Wenn wie im Werk Mosel das gesamte „Frontend“ in Wolfsburg vergeben würde, sind 4.000 Beschäftigte ihre Arbeit los. Wenn Lieferanten von Ausrüstungen das technische Management dieser Anlagen übernehmen würden, z.B. in der Lackiererei, wären in Wolfsburg 3.000 Arbeits-

plätze gefährdet. Den Standort Braunschweig mit seinem Werkzeugbau sieht der VW-Gesamtbetriebsrat in seiner ganzen Existenz bedroht. Zu dieser Rationalisierungspolitik gesellen sich noch Konjunkturschwäche und weltweite Automobilüberkapazitäten von 10 Millionen Fahrzeugen.

In dieser Situation verstärkt die niedersächsische Landesregierung ihre „industriepolitischen“ Anstrengungen zur Erhaltung der „industriellen Wachstumskerne“, also des VW-Konzerns. Den Zulieferern soll durch Ausbau der Forschungs- und Bildungsinfrastruktur zur Verringerung des Innovationsdefizits auf die VW-Sprünge geholfen werden. Dem Konzern selbst sollen die Rahmenbedingungen noch günstiger gestaltet werden, vor allem hinsichtlich der Ökologie, der Abfallwirtschaft und der Verkehrspolitik. Auch soll den niedersächsischen Zulieferern ermöglicht werden sich an ausländischen VW-Standorten wie Mexiko und China anzusiedeln. Es sollen mehr „höherwertige“ Fertigungen in Niedersachsen gehalten werden, etwa die Mikroelektronik im Auto, anderes kann ruhig in Billiglohnländern verschwinden. Daß mit dieser Linie die Konzentration in der Automobilbranche gefördert und die einseitige automobilen Wirtschaftsstruktur Niedersachsens noch verstärkt wird, nimmt die Landesregierung in Kauf. Hauptsache es nützt dem großen VW-Konzern. Schreibt

Wirtschaftsminister Fischer doch in seinem Jahreswirtschaftsbericht: „Der Staat unterstützt durch eine kompletäre Industrie- und Dienstleistungspolitik die Unternehmen in ihrem Bemühen um internationale Wettbewerbsfähigkeit.“

Doch was nutzt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des VW-Konzerns, wenn Braunschweig ganz zur Industriebrache wird? Was der steuerfördernde Standort eines High-Tech-Zulieferers in Mexiko, wenn durch Reimporte von Billigwaren hier ein Druck auf den Tarifstandard und Armut entsteht? Und in Mexiko zudem inhumane Arbeitsbedingungen? Eine Wirtschaftsstruktur von wenigen High-Tech-Kernen und dazwischen sozial verödete Flächen verstärkt die regionale Ungleichgewichte in Niedersachsen immens. Zu fragen wäre, ob eine so gezielte staatliche Industriepolitik mit dem Verfassungsgebot, für gleiche Chancen zu sorgen, nicht in Konflikt gerät? Vor dem Aufstieg des VW-Konzerns gab es ein Landesentwicklungsprogramm, das regionale Ausgewogenheit verwirklichte wollte. Hier gilt es wieder anzusetzen, zumal ja nicht ausgemacht ist, ob VW nicht genau der Konzern ist, der in den nächsten zehn Jahren der Überproduktion halber die Flügel streckt?

Quellen: HAZ, versch. Ausg.; HAZ, versch. Ausg.; metall 25.6.93; Nds. Wirtschaftsbericht 1993, Hannover — (gta)



Schweinfurt. Ohne Zivis läuft nichts! — am 4. 7. demonstrierten Zivildienstleistende auf dem Marktplatz gegen weitere Kürzungen im sozialen Bereich, von denen sie betroffen sind. Herabgesetzt werden sollen das Entlassungsgeld, der Tagessatz und das Verpflegungsgeld. — (aus: Nachrichten und Standpunkte Schweinfurt)

Ehrenamtlich Denunziant?

München. Das Bayerische Kabinett stimmte einem Gesetzentwurf zur Etablierung einer „Sicherheitswacht“ zu. Wird der Gesetzentwurf im Herbst im Landtag verabschiedet, dann sollen ab Frühjahr 1994 in einem sechsmonatigen Test in Nürnberg, Ingolstadt und Deggendorf ehrenamtliche „Sicherheitswächter“ gegen Straßkriminalität, Sachbeschädigung und Vandalismus eingesetzt werden. Sie sollen unbewaffnet sein, nicht uniformiert, aber ein Abzeichen und ein Funkgerät tragen. Sie dürfen Zeugen befragen, Personalien feststellen und Personen bis zum Eintreffen der Polizei festhalten. Sie bekommen eine pauschale Aufwandsentschädigung von 12 DM pro Stunde und werden in einem 40-Stunden-Kurs eingewiesen. Ihre Zuverlässigkeit soll überprüft werden, polizeiliche Erkenntnisse sind dabei zu berücksichtigen. Der Innenminister stellt sich z.B. „altgediente Reservisten“ oder „qualifizierte Frauen und Ausländer“ vor. Die SPD hat „verfassungsrechtliche Bedenken“, weil „hoheitsrechtliche Befugnisse“ (Personen festhalten) nur Berufsbeamten übertragen werden dürfen. — (uth)

SS-Offizier Sprecher des Deutschland-Forums

Köln. Zum 1. Sprecher des „Christlich-Konservativen Deutschland-Forums“ NRW wurde Ende Juni Kurt Meyer aus Mülheim gewählt. Dieser Mann hat eine bemerkenswerte Laufbahn. Von der FDP trennte er sich 1969, trat der CSU bei und beteiligte sich an verschiedenen Projekten, die CSU bundesweit durchzugründen, wechselte dann wieder zur

FDP und dann zur CDU. Die *Antifaschistischen Nachrichten* Nr. 15/93 berichten, daß Meyer ein strammer Nationalist war: Als Mitglied der Waffen-SS gehörte er als Panzeroffizier der sogenannten „Totenkopf-Division“, der Division „Hitlerjugend“ und anderen SS-Verbänden an. Später war er führendes Mitglied der HIAG. — (jöd)

Katholische Kirche muß Homosexuelle ausbilden

Freiburg. Am 24. 6. hat das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg Freiburg in einem Berufungsverfahren das St. Josephshaus Herten, eine katholische Einrichtung der Behindertenpflege, dazu verurteilt, einen Fachschüler für Heilerziehungspflege, den sie unter dem Vorwand der Homosexualität von ihrer Fachschule für Sozialpädagogik hatte weissen wollen, auszubilden. Siegeszuversichtlich hatte die kirchliche Institution die Berufung gegen das gleichlautende Urteil des Arbeitsgerichts Lörrach angestrengt, um ihre sittliche Annahme durchzusetzen. Das Landesarbeitsgericht hat jetzt entschieden, daß die Kirche kein Recht habe, andere als die im formalmäßigen Ausbildungsvertrag festgehaltenen Bedingungen (passender Schulabschluß, Praktikum, Verhalten gemäß der Schulordnung im Geist der caritas usw.) an die Durchführung der Ausbildung zu stellen. Die Verweigerung der Ausbildung nach Abschluß des berufspraktischen Jahres unter Berufung auf Homosexualität verstöße gegen den Grundsatz von Treu und Glauben. Das Gericht hat außerdem die Revision gegen sein Urteil zum Bundesarbeitsgericht nicht zugelassen, so daß die Kirche kaum Aussicht hat, das Urteil doch noch zu kippen. Az. 11 Sa 39/93 — (chf)

Siemens-Nixdorf Augsburg: „Outsourcing“ und Entlassungen

Augsburg. Ende Mai wurde kurzfristig zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung eingeladen. Das gab es hier bisher noch nicht. Dauer ca. 3 Stunden, die ganze Belegschaft an einem Termin mitten am Vormittag, Platz ausreichend, da in einer großen, bereits leeren Werkshalle. Der Werksleiter wurde erstmals mit deutlichen Buhrufen empfangen, mußte wegen „Aufhören-Rufen“ unterbrechen, am Ende kein Applaus.

Anlaß war die neue Werksstruktur, d.h. Aufteilung in Segmente. Darunter kann man Fertigungsbereiche oder Vertriebsbereiche verstehen. Es wurde ein Vortrag zu den „neuen“ Aufgaben gehalten. Dabei kam heraus, daß genaue genommen innerhalb der kommenden zwei Jahre die Belegschaft nochmals bis auf ein Drittel reduziert werden soll. Was steckt dahinter?

1. Die Konjunktur ist in einem Tief, von dem die Investitionsgüterindustrie (u. a. wegen der langen Dauer) diesmal ebenso betroffen ist.

2. Wesentliche Teile des Marktes von SNI im Bereich der Großrechner werden von vier bis fünf Konzernen beherrscht.

3. Die Neuentwicklungen kommen in immer schnellerer Folge auf den Markt. Die Ankündigung neuer Systeme erfolgt, bevor die Entwicklung vollständig abgeschlossen ist. Bei Verzögerungen der Neuentwicklungen sind alte Systeme nur noch schwer absetzbar, neue noch nicht zu haben.

4. „Lean production“ wird auch bei SNI praktiziert. Man hat als wesent-

liches Element das „outsourcing“ durchgesetzt. So wurde nahezu die gesamte mechanische Fertigung plattgemacht.

5. Bei einem so angespannten Weltmarkt mit dem Konkurrenzkampf der Monopole sind Firmenzusammenbrüche an der Tagesordnung. Das ist im Werk Augsburg deutlich zu spüren, denn von sieben Werken, die Baugruppen fertigen, sind mindestens drei nach Auffassung des Vorstandes zuviel. Zwei Werke sind bereits liquidiert.

6. Der „technische Wandel“ ist enorm. So wurde die Entwicklung der neuen Systemgeneration der BS2000-Modelle, die nach 1996 auf dem Markt erscheinen sollte, gestoppt. Sie wird derzeit auf völlig veränderter Bauteiltechnologie wieder aufgesetzt. Hat ein Rechner der eben anlaufenden Serie ca. 6,5 Kubikmeter, so wird der Nachfolgetyp noch ca. 1,2 Kubikmeter haben. Entsprechend auch der Arbeitsinhalt. Dabei ist der Zukauf ganzer Module („Lean production“) noch eins obendrauf.

Diese ganzen technisch/wirtschaftlichen Erklärungen helfen der Belegschaft natürlich nicht weiter. Zu der in Augsburg ohnehin schon kritischen Lage im Maschinenbau und Textil kommen jetzt noch die Arbeitslosen aus der EDV-Branche. Auch die „leitenden“ Angestellten werden zunehmend unruhig, da auch im sog. Führungskreis die Arbeitsplätze nicht mehr sicher sind. Erschwerend kommen die Schwächen und Alleingänge des Werksleiters hinzu. Die geforderte Loyalität bleibt aus. Tumulte

auf der Betriebsversammlung sind also kaum verwunderlich. Der als Spaltergruppe gedachte Sprecherausschuß funktioniert nicht mehr so ganz, indem er jetzt erkennen muß, daß er wenig Macht hat, denn eine große Belegschaft kann er ja nicht hinter sich vereinen, wie der Betriebsrat. Von der Werksleitung verschaukelt, nimmt daher dieser Kreis einen eigenen Kampf auf und die Werksleitung in die Mangel. Die große Rettung ist an dieser Front nicht zu erwarten, doch etwas Schadenfreude über den nach hinten losgehenden Schuß mit den Sprecherausschüssen der leitenden Angestellten ist angebracht.

So ist auch die relativ breite Unterstützung der Forderungen des Betriebsrates zu verstehen: Stop dem Outsourcing, Erhalt und Ausbau der am Standort vorhandenen Qualifikationen, Entwicklung und Vertrieb von OEM-Produkten (d.h. Anlagenteile und Ausgangsprodukte für andere Hersteller, Baugruppen) und Erhalt des Werkes. Die Schließung wird immer stärker diskutiert. So stammt aus den Maßnahmen des Betriebsrats auch ein „Ideenwettbewerb“, eigentlich eine klassische Führungsaufgabe für einen Werksleiter. Positiv daran ist: Die eingegangenen Ideen werden breit auf den Betriebsversammlungen diskutiert. Das Informationsblatt des Betriebsrats, „WIRUS“, ist inzwischen zur allgemeinen Informationsquelle geworden, auch für die jeweiligen Vorgesetzten. Peinlicher Zustand für die Werksleitung. Gute Arbeit lohnt sich! — (mat)



Bild: Siemens-Werke und Vertriebsstätten weltweit.

Hetze gegen „Punker Penner, Asylanten“

Hamburg. Unter der Überschrift „Es reicht, Altona darf nicht verkommen!“ hetzen verschiedene „Bürgervereine“ in den Hamburger Stadtteilen Altona und St. Pauli gegen Obdachlose, Punks und Flüchtlinge. Zusammengeschlossen haben sich Geschäftsleute unter dem Vorsitz des Geschäftsführers von Karstadt-Altona zu einer „Aktionsgemeinschaft“. Die Verarmung ganzer Stadtteile in Hamburg führt zu Umsatzrückgängen in den Altonaer Einkaufszentren. etliche Läden haben geschlossen.

Um wieder die besserverdienenden Schichten z.B. aus den Elbvororten anzulocken, soll die sichtbare Armut vertrieben werden. Gefordert wird die „Verlegung von Punkern und Pennern aus den Fußgängerzonen“ und der „Schutz des Stadtteils“ vor der „Überschwemmung durch Asylbewerber“. Mit „mehr Abschiebungen“, „mehr Polizei“, dem Einsatz „Schwarzer Sheriffs“ sollen diese Forderungen durchgesetzt werden.

Eine Aktionseinheit von Stadtteil- und antifaschistischen Initiativen, die am 22. 6. zu einer Demonstration gegen ein Treffen der „Bürgervereine“ aufgerufen hatte, schreibt u.a.: „Hintergrund der Kampagne ist die geplante Umstrukturierung der Einkaufszentren. (...) Zu diesem Zweck wird skrupellos mit rassistischen Ressentiments gearbeitet. Es hat eine solche Allianz aus Großkapital, krisengeschütteltem Mittelstand und

verhetztem Kleinbürgertum in der deutschen Geschichte schon öfter gegeben ...“

An der Demonstration am 22. 6. beteiligten sich etwa 250 Leute. Eine heftige Auseinandersetzung zwischen der Polizei und Punks im Anschluß an die Demonstration griff die bürgerliche Presse begierig auf, um ihre These von der Verwahrlosung des Stadtteils erneut zu belegen.

Die Aktion hat die Rolle der „Bürgervereine“ deutlicher gemacht. In den örtlichen Wochenblättern werden diese Vereine jetzt schon mal mit dem Attribut „rechtsextrem“ in Zusammenhang gebracht. Der Bezirksamtsleiter Strenge (SPD) verweigerte den Vereinen, ihre wegen der Demonstration abgesagte Konferenz im Altonaer Rathaus stattfinden zu lassen.

Der Altonaer Bürgerverein verstärkt dabei seine Hetze. In seinem Juli-Mitteilungsblatt nehmen die Asylbewerber auf den Flüchtlingsschiffen den größten Raum ein. Um „Wirtschaftsflüchtlingen den Aufenthalt in Hamburg weniger attraktiv zu machen“, wird „eine drastische Verringerung der Sozialhilfe“ sowie die „Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen“ gefordert. Um die „innere Sicherheit in Hamburg zu gewährleisten, soll noch massiver abgeschoben werden: „Abschiebung bedeutet aktiven Schutz der einheimischen Bevölkerung“. — (res)

Privatmanager für alle städtischen Krankenhäuser

Stuttgart. Möglichst zum 1. Januar 1995 sollen die städtischen Krankenhäuser in sogenannte Eigenbetriebe umgewandelt werden. Mit dieser Entscheidung hat sich der Gemeinderat gegen die GmbH als Rechtsform ausgesprochen. Die ÖTV, die sich seit vielen Monaten nachdrücklich gegen eine GmbH eingesetzt hatte, begrüßte diese Entscheidung.

Gegenüber dem bisherigen Status der Krankenhäuser als städtische Regiebetriebe erhalten sie als Eigenbetriebe — entsprechend dem baden-württembergischen Eigenbetriebsgesetz — partielle organisatorische und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Da die Krankenhäuser sowieso schon bisher einen eigenen Wirtschaftsplan hatten und viele Angelegenheiten (z.B. Einstellung von Personal) unabhängig von der städtischen Verwaltung regeln konnten, wird sich in der Praxis nicht mehr allzuviel ändern: Politisch verantwortlich bleiben der Gemeinderat und der Krankenhausausschuß des Gemeinderats als Betriebsausschuß. Die Gefahr besteht nur darin, daß in der noch zu erstellenden Betriebssatzung der Krankenhäuser (Gemeinderat) weitreichende Zuständigkeiten an die Betriebsleitung abgibt, um sich damit nicht mehr im Detail befassen zu müssen. Erheblich problematischer ist der gleichzeitig vom Gemeinderat gefaßte Beschluß, die Betriebsführung der Krankenhäuser an Manager von Privat-

firmen zu übertragen, mit der Begründung, daß damit die Krankenhausdefizite eher gesenkt werden könnten.

Die ÖTV erklärte dazu vor der Presse am 22. Juni: „Durch die Bindung der Krankenhausbetriebe an Verträge mit Privatfirmen verliert die Stadt ihre Handlungsfähigkeit bei Fehlentscheidungen oder anderen umstrittenen Entscheidungen der privaten Manager. Es darf dabei auch nicht übersehen werden, daß Privatunternehmen wie z.B. die Sana, deren Gesellschafter die großen Privatkassen sind, ganz eigene Interessen im Gesundheitswesen vertritt, die sie im Zweifelsfall gegen städtische Interessen durchsetzen könnte.“



Die Stadt wäre Angriffen der Öffentlichkeit und der Beschäftigten ausgesetzt, ohne reagieren zu können. So privatisiert die Sana im Katharinenhospital bestimmte Teilbereiche, obwohl die Stadtverwaltung händeringend nach Umsetzungsmöglichkeiten für Beschäftigte, deren Stellen gestrichen werden, sucht, um niemanden zu entlassen ...

Diese Unterwerfung unter Privatinteressen der beauftragten Unternehmen will sich die Stadt Stuttgart auch noch einiges kosten lassen: Ein städtischer Manager würde ca. 300000 DM Kosten pro Jahr verursachen. Die Sana im Katharinenhospital erhält z.B. aufgrund des Managementvertrags nach einem Jahr Defizitsenkung, ohne daß das Defizit in den nächsten Jahren weiter sinken muß, bis 1997 insgesamt ca. 10 Mio. DM ...

Die geplante Verschwendung in Millionenhöhe ist eine Ohrfeige für alle, die unter den Sparmaßnahmen der Stadt Stuttgart zu leiden haben. Seien es Beschäftigte, deren Stelle oder gar der Arbeitsplatz bedroht ist oder betroffene Bürger/innen, denen die Stadt Leistungen drastisch kürzt. Anscheinend ist genügend Geld vorhanden, wenn es darum geht, die Verantwortung scheinbar loszuwerden, obwohl dies die Gesetze gar nicht zulassen ...

Quelle: Gemeinderatsdrucksache Nr. 302/1993, Presseerklärung der ÖTV vom 22. 6. 93 — (evo)

Kurz berichtet

Steuerzahlerbund fordert Entlassungen im ö. D. Ost

Die Entlassung von 440 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland fordert der Steuerzahlerbund. Ein Vergleich zwischen den west- und ostdeutschen Ländern zeige, daß im Westen auf 10 000 Einwohner 233, im Osten 304 „Staatsdiener“ komme, bei den Gemeinden stelle sich das Verhältnis auf 10 000 Einwohnern sogar mit 195 zu 427 dar. Folglich, so der Steuerzahlerbund, müßten die ostdeutschen Gemeinden die Hälfte ihrer Beschäftigten entlassen. Dabei sollen sie nach seiner Auffassung von der erleichterten Kündigung „mangels Bedarf“ nach dem Einigungsvertrag Gebrauch machen. Dieser Sonderkündigungstatbestand ist noch bis zum 31. 12. 93 möglich.

Nicht verglichen bzw. berücksichtigt hat der Steuerzahlerbund offensichtlich die erschwerten Bedingungen, unter denen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihre Arbeit leisten: so müssen sie sich nach wie vor in ihnen völlig fremde Materien einarbeiten, haben zusätzliche „einigungsbedingte Aufgaben“ (z. B. Entschädigungen, Grundstücksübertragungen usw.), die im Westen nicht anfallen, und alles bei mangelhafter Infrastruktur.

Man darf gespannt sein, ob sich die Gemeinden an die „Empfehlung“ halten werden. Dann dürften Massenentlassungen vor der Tür stehen. — (har)

Belfa-Werk privatisiert Hungerstreik beendet

Berlin. Die Belfa-Batteriefabrik war einst der größte Batteriehersteller der DDR. Während der letzten zwei Jahre hatte die Belegschaft drei Angriffe der Treuhand auf Belfa abgewehrt. Die Belegschaft befürwortet den Verkauf an den Münchner Immobilienentwickler Härtl, der bereits den Lampenproduzenten Narva übernommen hat. Härtl hat nach Aussagen des Betriebsrates versprochen, alle Mitarbeiter zu übernehmen. Der Treuhand sind Härtls Forderungen (150 000 DM pro Arbeitsplatz) jedoch zu hoch. Auch die zwischenzeitlich geplante Einrichtung einer Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft (ABS) erwies sich als nicht machbar.

Nachdem am Freitag, den 25. 6., allen 127 Mitarbeitern die Kündigung zum 30. 6. zugegangen war, haben die Beschäftigten am 28. 6. auf der Betriebsversammlung beschlossen, das Werk zu besetzen. 14 Mitarbeiter traten in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie forderten die Rücknahme der Kündigungen bis zur Privatisierung oder eine rechtsverbindliche Zusage, daß Belfa nur mit der Garantie der Übernahme der gesamten Belegschaft verkauft wird. Am 30. 6. verkaufte die Treuhand Belfa an den Münchner Batteriehersteller Batropa — ohne Betriebsgelände. Batropa will jedoch nur 82 der gegenwärtig 127 Mitarbeiter übernehmen. Sie plant die Produktion von Designer-Batterien (analog

den Swatch-Uhren). Für die Sicherheit der Arbeitsplätze „die beste und seriöseste Lösung“, meint die Treuhand. Dabei sind die 82 Arbeitsplätze nur für drei Jahre pönalisiert (d. h., sie dürfen während dieser Zeit unter Strafe nicht verringert werden).

Am Donnerstag, den 1. Juli hat die Belfa-Belegschaft die Besetzung beendet, der Hungerstreik wurde abgebrochen. Die 45 nicht übernommenen Mitarbeiter wollen nun vor Gericht ihre Weiterbeschäftigung erzwingen.

Der Tagesspiegel div. Ausgaben; Aufruf des Betriebsrates und der Belegschaft von Belfa v. 29. 6. 93 — (har)

Aus für Bischofferode? Beschäftigte kämpfen

Bischofferode. Seit rund drei Monaten halten die Beschäftigten des Kali-Bergwerks im thüringischen Bischofferode ihr Werk besetzt. Anlaß für die Besetzung und weitere Aktionen ist die beabsichtigte Fusion der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) mit dem einzigen westdeutschen Kaliproduzenten Kali und Salz (K + S), als deren Ergebnis u. a. die Schließung des Werkes in Bischofferode feststeht. Für 700 der ursprünglich 2000 Beschäftigten würde dies mit Sicherheit Dauerarbeitslosigkeit bedeuten. Für die BASF, 80 % iger Mehrheitseigner, dagegen ein Kali-Monopol.

Am 30. 6. befaßte sich erneut der Treuhand-Ausschuß des Bundestages mit der Fusion. Trotz der Interventionen von Thüringens Ministerpräsident Vogel, des Landesvorstandes der CDA und eines offenen Briefes der katholischen und evangelischen Bischöfe Wanke und Demke an Bundesfinanzminister Waigel stimmte der Treuhand-Ausschuß der Fusion zu. Am 6. 7. gab auch das Bundesfinanzministerium „grünes Licht“. „Eine schlimmere Enttäuschung kann es nicht geben ... Wir lassen uns nach 86 Tagen Kampf für das Überleben des Werkes nicht unterkriegen“, so ein Vertreter des Sprecherrates der Bergleute. Ihrer Auffassung nach wird Bischofferode ohne Not platgemacht, weil ein westdeutscher Konzern keine Konkurrenz haben will. Dieser Vorwurf wird auch nicht durch das Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit widerlegt. Im Gegenteil. Die Absicht, die noch verwendungsfähigen Anlagen aus Bischofferode in den verbleibenden Werken (4 im Westen, 2 im Osten) zu nutzen und den bisherigen (insbesondere im westlichen Ausland bestehenden) Kundenstamm „umzuleiten“ (Waigel), bestärkt die Beschäftigten in ihrem Kampf. Daß es auch um ein Ausspielen der Beschäftigten in West und Ost geht, kam nach der Stellungnahme Waigels entgegen. Dort wird gemutmaßt, daß ein Überleben Bischofferodes die Entlassung in andern — westlichen — Werken zur Konsequenz haben werde. Um so erfreulicher die Solidaritätsaktion am 10. 7., an der rund 5000 Menschen teilnahmen und auf der Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter den Erhalt der Arbeitsplätze in Bischofferode forderten. 40 Beschäftigte befinden sich seit dem 2. 7. im unbefristeten Hungerstreik. — (har)

DDR-Kommunalverfassung in ihrer letzten Etappe

Die Gemeindevertretungen und -verwaltungen in der DDR waren vor allem örtliche Staatsorgane und damit Bestandteil des einheitlichen Systems der staatlichen Leitung und Planung.

Dabei ließen die engen Rahmenbedingungen dieses Systems zweifelsohne auch Freiräume für eigenverantwortliches Handeln. Ein effizientes System kommunaler Verwaltung, geschweige denn eine gemeindliche Selbstverwaltung aber konnte nicht entstehen.

Als besonders problematisch erwies sich der fehlende rechtliche Schutz für die Städte und Gemeinden wie auch für die Kreise. An der Tagesordnung waren Eingriffe in die Rechte der Volksvertretungen und ihrer Organe, begünstigt durch juristisch nicht faßbare Formulierungen zu ihrer Rechtsstellung.

Erst mit dem Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise der DDR (Kommunalverfassung) vom 17. Mai 1990 wurden Schritte zur Wiederbelebung der kommunalen Selbstverwaltung in der DDR gemacht.

Die politischen Veränderungen des Herbstes '89 hatten akuten Handlungsbedarf geschaffen. Im Prozeß der Formulierung des Gesetzestextes wurde sowohl die Entwicklung der örtlichen Volksvertretungen in der DDR aufgearbeitet als auch die bundesdeutsche Gesetzgebung analysiert.

Man unternahm den Versuch, aus den Gemeinde- und Kreisordnungen der alten Bundesländer jeweils das „Beste“ zu entnehmen.

Daß das, was seit den zwanziger Jahren in Deutschland auf der Tagesordnung stand, nämlich eine Kodifizierung des deutschen Kommunalverfassungsrechts in den wenigen Monaten nicht erreicht werden konnte, ist verständlich.

Ungeachtet dessen war das Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in den vergangenen drei Jahren eine solide Grundlage für die Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung auf einer Stufe von Demokratie, wie sie in einigen neuen Bundesländern aufgrund der derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnisse in naher Zukunft nicht mehr möglich sein wird.

Kommunalverfassung — nur Zukunftsmusik!

Nachdem die Fraktion der Linken Liste/PDS in Mecklenburg-Vorpommern bereits im Frühjahr 1991 einen Gesetzentwurf für eine Gemeinde- und Landkreisordnung vorgelegt hat, gelang es der Regierung bisher nicht, einen eigenen Entwurf vorzulegen.

Seit kurzem gibt es allerdings einen Entwurf eines Kommunalwahlgesetzes, der deutlich macht, was CDU, F.D.P. und SPD wollen. Worin liegt die Kritik?

Die Anzahl der Vertreter in den Gemeindevertretungen wird gesetzlich fixiert und führt zu deutlicher Verringerung der Zahl der Vertreter.

Die Nähe zu den Wählern wird zurückgehen.

Der Gesetzentwurf sieht eine undemokratische 5-Prozent-Hürde vor. Parteien und Wählergruppen, die derzeit nicht in den Vertretungen oder im Landtag vertreten sind, benötigen für Wahlvorschläge „nur“ Unterschriften von mindestens der doppelten Anzahl der Mandate, in Gemeinden über 1000 Einwohner von mindestens dreimal der zu vergebenden Mandate.

Ein kommunales Wahlrecht für AusländerInnen ist nicht vorgesehen.

Neu gegenüber dem gegenwärtigen Kommunalwahlgesetz wird u. a. sein: Die Wahlzeit beträgt künftig fünf Jahre. Die Wählbarkeit ist gebunden an den Wohnsitz im Wahlgebiet seit mindestens drei Monaten.

Nachrücken ist dann ausgeschlossen, wenn der Nachrücker aus der Partei ausgetreten ist bzw. ausgeschlossen wurde.

Der Referentenentwurf zur Kommunalverfassung sieht u. a. vor:

- * Direktwahl des Bürgermeisters und Amtszeit von sieben Jahren;
- * Unvereinbarkeit von Mandat und beruflicher Tätigkeit;
- * Beibehaltung der Funktion des Gemeindevorstehers (Präsidenten der Stadtverordnetenversammlung), der die Sitzungen der Vertretungen leitet und die Vertretung nach außen repräsentiert.

Bürgernähe erhalten

Der Gesetzentwurf der Gemeinde- und Landkreisordnung der Landesregierung in Thüringen stimmt in einer ganzen Anzahl von §§ und auch Abschnitten mit dem der Fraktion Linke Liste/PDS zu einer Kommunalverfassung überein. In entscheidenden Grundsatzfragen der kommunalen Selbstverwaltung aber vertritt die Fraktion einen grundsätzlich anderen Standpunkt.

Das Quorum für Bürgerbegehren ist mit 20 % zu hoch und sein Erreichen mit einem nicht zu vertretenden Aufwand verbunden.

Die Regelungen über die Unzulässigkeit von Bürgerentscheiden machen im Grunde genommen die direkte Einflußnahme der Bürger über wichtige kommunale Angelegenheiten unmöglich.

Die Linke Liste/PDS unterstützt ebenfalls die Direktwahl des Bürgermeisters und Landrats.

Bedingung dabei müsse jedoch sein, eine übermäßige Machtkonzentration zu verhindern.

Die Fraktion ist gegen die vorgesehene Reduzierung der kommunalen Abgeordnetenmandate.

Konsequenzen dieser geplanten Reduzierung wären eine Verringerung der Stärke der Ausschüsse auf sechs Mitglieder und den Landrat; die undemokratische Ausgrenzung kleinerer Fraktionen; in Kreistagen zum Beispiel Fraktionen mit weniger als 16 Prozent, also eine zweite Sperrklausel — vor allem aus der Sacharbeit des aufgewerteten und beschließenden Hauptausschusses.

Kommunalverfassung für Brandenburg

Im Januar 1993 behandelte der Landtag in 1. Lesung den Entwurf eines Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung im Land Brandenburg, den die Fraktion PDS-Linke Liste eingebracht hatte. Der Entwurf stand in der Zeit von September bis Dezember 1992 zur öffentlichen Diskussion.

Die Landesregierung legte daraufhin im April 1993 ihren Entwurf dem Landtag vor. Diese Vorlage ist allerdings in wesentlichen Punkten durch das zwischenzeitlich bereits beschlossene Kommunalwahlgesetz des Landes Brandenburg vorbestimmt.

Danach ist für die Kommunalwahlen eine Direktwahl aller Bürgermeister festgelegt, wobei die hauptamtlichen Bürgermeister für den Zeitraum von acht Jahren gewählt werden.

Dem steht eine erhebliche Reduzierung der Mandate in den Vertretungen gegenüber, die in den größeren Städten mehr als die Hälfte der jetzigen Mandatszahlen beträgt.

Der Regierungsentwurf der Kommunalverfassung weist neben progressiven Elementen (so zum Beispiel bei den Mitwirkungsrechten der Bürger) auch Regelungen auf, die nicht akzeptiert werden können. Dazu gehört u. a.

- * die alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters für Pflichten und Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung,
- * eine schwache Stellung des Vorsitzenden der Vertretung,
- * der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit der Tätigkeit der Ausschüsse,
- * eine sehr starke Stellung des Hauptausschusses.

Zur Zeit werden der Entwurf der Fraktion PDS-LL und der Regierungsentwurf gemeinsam im Innenausschuß beraten.

Das Anliegen der PDS-Linke Liste-Fraktion besteht darin, in der künftigen Kommunalverfassung des Landes Brandenburg einen möglichst hohen Anteil ihres Entwurfes fest zu verankern.

Fürstentümer Biedenkopfscher Prägung

Am symbolträchtigen 18. März 1993 hat der Sächsische Landtag gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Grüne und Linke Liste-PDS die Sächsische Gemeindeordnung angenommen.

Wieder einmal zeigt sich der Freistaat als Vorreiter — diesmal im Ablösen der DDR-Kommunalverfassung durch eine stockkonservative autokratische Bürgermeisterordnung, die weder den sächsischen Traditionen gerecht wird noch den

Anforderungen des Neuaufbaus kommunalen Selbstverwaltungsorgans spricht.

Von den Bürgerinnen und Bürgern für sieben Jahre direkt gewählt, wird der Bürgermeister „kraft Amtes“ dem Gemeinderat und allen beschließenden Ausschüssen vorstehen (hauptsächlich Bürgermeister allerdings erst in Gemeinden ab 3000 Einwohner, unkenntlich mit dem Ziel, daß sich mehrere Gemeinden zum Zusammenschluß entschließen).

Die bisherigen Gemeinderatsvorsitzenden (Stadtverordnetenpräsidenten) werden somit wegfallen, auch Fraktionen sind nicht mehr vorgesehen.

Abwahlmöglichkeiten des Bürgermeisters durch die Bürger sind zwar vorhanden, die dafür erforderlichen Zustimmungsquoren aber so hoch, daß diese Möglichkeiten wohl eher theoretische sind.

Hinzu kommt, daß die Bürgermeister mit einem stark ausgebauten Eilentscheidungs- und Widerspruchsrecht ausgestattet sein werden.

Somit ist die Festlegung der Gemeindeordnung, der Gemeinderat sei das „Hauptorgan der Gemeinde“ milde ausgedrückt irreführend, denn es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß zukünftig in Sachsen der Bürgermeister zum unumstrittenen Dreh- und Angelpunkt des kommunalen Geschehens wird, während der Gemeinderat wohl eher zum reinen Zustimmungsgremium mutiert.

Die Linke Liste/PDS konnte diesem Gesetz nicht zustimmen.

Kommunalfragen noch ungelöst

Die Generalkritik zur Kreisgebietsreform seitens der Landtagsfraktion der PDS richtete sich insbesondere auf die bewußte Abkoppelung der Funktionalreform seitens der Landesregierung; das heißt die inhaltlichen Fragen wie zum Beispiel die Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Land, Landkreis und Kommune, die dazu notwendige Finanzausstattung, die Stellung des Bürgermeisters bzw. des Landrates sowie der entsprechenden Vertretungen, Regelungen zur Bildung von Verwaltungsgemeinschaften und deren innere Struktur zu kommunalen Unternehmungen sowie zu plebiszitären Elementen wurden außen vor gelassen.

Unter dem Feigenblatt der Freiwilligkeit, welche allein durch finanzielle Regelungen zur schnellen Zusammenführung von Gemeinden und Landkreisen unterlaufen wurde, wurde alles seitens der Landesregierung getan, um nicht nur die Bezirksregierungen zu retten, sondern auch der Regierungskoalition für die nächsten Wahlen günstige Voraussetzungen zu schaffen.

So erregte der Gesetzentwurf, der von einer Einwohnergröße von mindestens 80 000 und einer Territorialgröße von maximal 1500 Quadratkilometer ausging, nicht nur die Gemüter der im Landtag vertretenen Parteien, sondern insbesondere die Gemüter der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, weil bereits im Entwurf dieses Leitbild in vielen Fällen ausgehebelt wurde.

Dies alles führte zu breitem Bürgerunwillen.

Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen setzten die Landesregierung zunehmend unter Druck, die dann auch Zugeständnisse zuließ.

Nach zwei Anhörungen war die Situation so, daß eigentlich der Regierungsentwurf zurückgewiesen werden mußte.

Emotional eskalierte der Bürgerwille zur Frage des künftigen Kreissitzes. Hier zeigte sich sehr deutlich, daß eine Kreis- und Gebietsreform ohne entsprechende Kommunalverfassung nicht durchführbar ist.

Trotz aller Kritik wurde das Gesetz am 3. Juni 1993 gegen die Stimmen der PDS- und SPD-Landtagsfraktionen angenommen.

Dr. Renate Haecke, Gerd Böttger, Hans-Jürgen Schenk/Gerd Dolge, Dr. Hans-Jürgen Schafenberg, Dr. Michael Friedrich, Gerald Grünert

gekürzt entnommen aus: „Linke Kommunalpolitik“ Nr. 12/93



Am 22. Juni beschloß der Berliner Senat einstimmig die Schließung mehrerer kultureller Einrichtungen, darunter das Schiller-Theater. Eine Maßnahme unter vielen, um das große Haushaltsloch zu verkleinern. Ein Sturm des Protestes brach los. Eine „unverzeihliche Barbarei“ nannte es Hilmar Hoffmann, Präsident des Goethe-Institutes, einen „terroristischen Akt“ gar Kurt Masur. Während 20 nordrhein-westfälischen Theaterchefs einen Berlin-Boykott angekündigt, andere ein „Mortatorium“ forderten, wieder andere ihre „Verdienstorden des Landes Berlin“ an den Regierenden zurückgaben, klagt die F.D.P.-Fraktion gegen diese „Kulturschande“.

Nach dem Direktor der Schaubühne am Lehniner Platz soll das Personal an den Berliner Theatern im nächsten Jahr aus Solidarität auf Tarifanhebungen verzichten. Der Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins fordert u. a. eine Vereinheitlichung aller Theatertarifverträge sowie eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, besonders bei Technikern und Bühnenarbeitern sowie den Orchestermusikern. Ist das des „Pudel's Kern“? — (har)

Schule im Osten — Warum sächsische Lehrer streiken

Ende Juni nehmen Tausende sächsischer Lehrer an Warnstreiks teil. Landesvater Biedenkopf rügt seine Landeslehrer deshalb nachdrücklich.

Was ist der Anlaß für das ungehörliche Betragen der Lehrer? Anfang Juni, also kurz vor Schuljahresende, stellte man im Kultusministerium in Dresden fest, daß die 42 250 Lehrerstellen für das neue Schuljahr nicht ausreichen. Ein Rechenfehler? Mitnichten: von eben diesem Ministerium (CDU-geführt, wie alle sächsischen Ministerien) war in den vergangenen zwei Jahren eine in der heutigen Welt beispiellose Entlassungswelle bei LehrerInnen ausgegangen, deren Ziel jene magische Zahl war. Dazu wurden etwa 12 000 LehrerInnen mit dem Kainsmal der „Systemnähe“ oder mit der formalen Behauptung der „Nichtverwendbarkeit“ aus dem Schuldienst entlassen. Darunter waren Tausende von LehrerInnen, für die sich Eltern, Kollegen und Schüler einsetzten. In der Abschlusfeier am Humboldt-Gymnasium in Leipzig resümierte die Schülersprecherin am vergangenen Freitag dazu resigniert: „Es stimmt uns sehr traurig, daß unsere Meinung so gar keine Rolle gespielt hat.“

Nun also stellte man fest, daß für das neue Schuljahr etwa 20 000 Lehrerstunden fehlen.

Trotz dieser prekären Situation ist der Freistaat Sachsen nicht gewillt, zusätzliche Lehrerstellen zu beschließen. Die Lösung des Problems liegt für Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und seinen Kultusminister Friedbert Groß auf der Hand: die sächsischen Lehrer müssen mehr Unterrichtsstunden geben. Und weil die Gymnasiallehrer mit bisher 24 Wochenstunden die geringste Stundenzahl haben, sollen sie ab August 28 Wochenstunden erteilen. Dann stimmt die Rechnung vorerst wieder. Das Problem soll also auf Kosten von Schülern und Lehrern gelöst werden. Für die Lehrer ist das Anlaß, Mißstände in Sachsens Schulen öffentlich zu machen: Die meisten Lehrbücher passen nicht zu den sächsischen Lehrplänen, es gibt keine Abminderungsstunden für Weiterbildung und Klassenleiterstätigkeit, die materielle Ausstattung der Schulen ist z. T. miserabel, die Schülerzahl in den Klassen zu groß, es gibt immer noch keine Schulordnung ... und das zuständige Ministerium stellt zwar Forderungen an die Lehrer, schafft aber kaum Weiter-

bildungsmöglichkeiten für sie ... Sachsens Lehrer machen deutlich, daß sie nicht nur „Dienstleister“ sein wollen.

Und Ministerpräsident Biedenkopf, versteht er, wozu es den Lehrern geht? Wohl kaum, denn er greift mit Entlassungsandrohungen und Forderung der namentlichen Registrierung der Streikenden in den Konflikt ein (Mitarbeiter der „bewährten“ Leipziger Entlassungskommission gingen tatsächlich durch die Reihen der Streikenden). Nach dem altbewährten Regierungsprinzip „teile und herrsche“ versucht er dann die Entsolidarisierung der LehrerInnen der verschiedenen Schulformen zu betreiben. Und damit ja nicht bei Schülern und Eltern Verständnis für die Probleme der Lehrer aufkommt, verleumdet er die gesamte Lehrerschaft als Berufsgruppe, die nicht bereit wäre, auch Lasten zu tragen. Bald hört man nicht nur an Stammtischen seinen Satz: „Denen gehts doch gut, festen Arbeitsplatz und 80 % des Westgehalts, die sollen sich nicht so haben wegen der paar Stunden.“ Dabei wird überhaupt nicht bedacht, daß unbezahlte Überstunden jetzt schon gang und gäbe in Sachsens Schulen sind. Und wer weiß schon, daß LehrerInnen an den Mittel- und Grundschulen, die genötigt

wurden, Teilzeitverträge zu unterzeichnen, häufig die Wochenstunden einer Vollzeitbeschäftigung erteilen müssen.

Wer hält da Verträge nicht ein? Das alles geschieht im Umfeld von Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen. Und wenn zu Hause der Segen schief hängt, weil Vater und Mutter arbeitslos sind oder aus anderen Gründen die „Wende“ nicht verkraftet haben, ist oft der Lehrer der einzige, der die fehlenden „Streicheleinheiten“ gibt, sich Zeit nimmt für den Heranwachsenden.

Wenn in Sachsens Schulen ein Geist einziehen soll, in dem der Schüler sich zu einem mündigen Bürger entwickeln kann, dann braucht es dazu Lehrer, die ohne staatliche Bedrückung eben für dieses Ziel leben und arbeiten können. Reglementierung schafft Widerspruch oder gebieter Duckmäuserei. Ducken wollen sich Sachsens Lehrer nicht.

Bleibt zu hoffen, daß die Landesregierung die Sommerpause für eine solche Lösung des Konflikts nutzt, die den sächsischen Schülern und ihren Lehrern solides, freudvolles, also zeitgemäßes Lernen und Lehren ermöglicht.

— Erika Brand, Leipzig



So werden Frauen besänftigt

Im Editorial zur aktuellen EMMA-Ausgabe stellt Alice Schwarzer fest, daß es schlimmer hätte kommen können. Ostdeutsche Frauen konnten sich am Freitag vor Pfingsten kaum etwas Schlimmeres vorstellen als diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Strafparagrafen 218.

So vielen Fragen und Problemen sahen wir uns hilflos gegenüber. Wo kann frau sich beraten lassen? Das flächendeckende Netz von Schwangerschaftsberatungsstellen wurde in den letzten Jahren zerschlagen. Über neue Einrichtungen gibt es kaum Informationen. Wie soll eine solche Beratung aussehen? Ist es überhaupt eine Beratung für die konkrete Konfliktsituation einer Frau, wenn der Schutz des ungeborenen Lebens dabei von vornherein festgeschrieben ist? Wo können Abtreibungen vorgenommen werden? Staatliche Kliniken dürfen nicht, private gibt es nicht. Zu DDR-Zeiten durften solche Eingriffe stationär durchgeführt werden. Welche gerade erst eröffneten Privatpraxen verfügen über die entsprechenden Möglichkeiten für einen Abbruch? Welche ÄrztInnen sind dazu bereit? Wie hoch werden die Kosten? Zuerst wird sich frau bei den verschiedenen Einrichtungen erkundigen müssen, wer das beste Preis-Leistungs-Verhältnis anbietet. Früher alles unvorstellbar. Und überhaupt: Billig ist so ein Eingriff auf keinen Fall — im Vergleich zu Ostlöhnen, zu Arbeitslosigkeit, zur sozialen Situation insgesamt. Wer hat Anspruch auf Unterstützung vom Sozialamt, und wie funktioniert das alles? Fragen über Fragen und keine Antworten. 12 Wochen sind kurz, frau hat eigentlich keine Zeit, sich zu entscheiden, ihre eigene Situation genau zu durchdenken, sie ist im Streß, um alle Wege zu erledigen.

Der 16. Juni 1993, der Tag des Inkrafttretens des BVG-Urteils, sollte ein Aktionstag in vielen Städten werden. Die Teilnahme war vielerorts überraschend gering — wieso?

Beispiel Leipzig: Ein Frauenaktionsbündnis ist ins Leben gerufen worden, eine gemeinsame Kundgebung wurde vorbereitet, an der Universität fand ein Aktionstag mit verschiedensten Veranstaltungen statt — die *Leipziger Volkszeitung* druckte Vorankündigungen recht großzügig ab. Aber genau am 16. Juni stand in dieser Tageszeitung auch folgendes: „... bisherige Beratungs-

stellen ... dürfen bis zum 31. Dezember 1994 ihre Tätigkeit fortsetzen ... Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK) wie in Sachsen ... wollen Abbrüche zunächst weiter bezahlen ... In Sachsen reicht eine eidesstattliche Erklärung zu den finanziellen Verhältnissen ... Die letzte Entscheidung habe die Frau. Ähnlich sieht es Renate Seiffert von der Caritas: „Keine Frau wird in eine bestimmte Richtung gedrängt“ ... Auch künftig werden im Eitgön (Städtische Frauenklinik - K.K.) ungewollte Schwangerschaften unterbrochen. Ebenfalls in der Uni-Frauenklinik: Adressen und Telefonnummern wurden veröffentlicht.

Für so manche Frau hat sich die Situation dadurch wirklich erleichtert, aber damit wurde auch ihr Protest gebrochen. Der Strafparagraf wird annehmbar gestaltet, damit wir schweigen — zu dieser Verletzung unserer Menschenwürde.

Die Frage bleibt aber, wann wird es den Abbau dieser Vergünstigungen geben? Ein Abbau — scheinbarweise. Wer wird aufschreiben und auf die Straße gehen, wenn nicht konfessionell gebundenen Beratungsstellen die finanzielle Unterstützung gestrichen werden, wenn in Krankenhäusern keine ÄrztInnen mehr da sind, die bereit sind, Abbrüche vorzunehmen, wenn bei Sozialausgaben diesbezüglich gekürzt wird?

Im oben erwähnten Artikel der EMMA schreibt Alice Schwarzer außerdem: „Wann eigentlich dürfen wir Frauen endlich weiterdenken, über die Mutterschaft, gewollt oder nicht gewollt, hinaus? Ist das eines der wahren Motive dieser nicht endenden Abtreibungsdebatte: Daß wir ewiglich auf der Stelle treten, statt endlich nach neuen Horizonten zu blicken?“ Und genau dies ist auch mein Problem. Es gibt so viele Probleme: im Osten sanken zwar im Monat Mai vielerorts die Arbeitslosenzahlen, aber die Zahl der betroffenen Frauen stieg; die nächste Mieterhöhung ist angekündigt; Kinderbetreuungseinrichtungen werden weiter geschlossen.

Und sind dies nicht auch die Fragen, die auf die Tagesordnung unserer Politiker (und Politikerinnen) gehören, wenn sie ehrlich daran interessiert sind, daß Frauen sich für ihre Kinder entscheiden? Der Paragraph 218 nützt da nichts. Und dieser schon gar nicht. Rechtswidrig — aber straffrei. Ein bißchen schwanger — oder wie?

Kerstin Köditz, PDS Leipzig

Zwei Männer Jahrgang 1940

Mitte Mai 93 wird in den Tageszeitungen über einen Professor des neugegündeten Instituts für Soziologie der Leipziger Universität berichtet.

Ich erfahre, daß G.B., Jahrgang 40, verheiratet ist, drei Töchter hat und „Trabant“ fährt. Früher, damit meint man hierzulande vor dem Herbst 89, war dieser Mann Professor an der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus der Karl-Marx-Universität zu Leipzig.

Gut, gut, wird der wohlmeinende Leser sagen, damit ist bewiesen, daß in Sachsen jeder Wissenschaftler seine Chance hat, wenn er nur fähig ist, den Zipfel des Glücksmantels im rechten Augenblick zu erfassen. Kommt der Mann also als Beweisstück gerechter Personalpolitik des Sächsischen Staatsministeriums für Bildung und Wissenschaft in die Schlagzeilen der Regionalpresse?

Weit gefehlt, solch rühmliche Geschichten können von hier nicht berichtet werden, permanente Ausgrenzung ostdeutscher Wissenschaftler ist anfehlen.

REP-Chef ist der Mann, zum Landesparteitag in Freital, wurde er von der Mehrheit ihrer Anhänger gewählt.

Da muß ich an einen anderen Mann denken, auch Jahrgang 40, verheiratet, eine Tochter, begeisterter Großvater, untersetzt, warmherzig, lebensfroh und klug. Früher lehrte er an der Martin-Luther-Universität zu Halle bürgerliche Philosophie. Dann stellte er sich den Evaluierungskommissionen. Ergebnis — positiv.

Jetzt, im Sommer 93, läuft seine ABM aus. Während der letzten zwei Jahre bewarb er sich an vielen deutschen und ausländischen Universitäten. Der Zipfel des Glücksmantels streifte ihn manch-

mal — für eine Gastdozentur. Das Trommeln seiner begeisterten Studenten bei seinem wohl letzten Bewerbungsvortrag im Winter 93 half nicht, ein junger Kollege aus München erhielt den Lehrstuhl.

G. wußte es vorher, aber er mußte sich wohl diesen Schmerz noch zufügen. Denn, Prof. G. hat nicht abgeschworen, für ihn, den Sohn einer Briefträgerin aus dem Mannsfeldischen war und ist die Utopie des Sozialismus eine Zukunftsvision, mit der er, nun auch parteilos, lebt. Den real existierenden, egal in welchen Farben, nannte er absterbenden Seitenzweig der Evolution, schon lange bevor die Massen auf dem großen Dresdener Platz dem massigen Mann hofierten. Aber er widerrief nicht, wurde keiner der bekanntesten Vögel hier im Osten. Sein letztes Buch, erschienen in der „Bibliothek Mitteldeutscher Denker“, trägt den Titel „CHRISTIAN WOLFF oder von der ‚Freiheit zu philosophieren‘ und ihre Folgen“.

Und Professor B., der Führer der sächsischen REPs? Sicher ist auch er ein guter Familienvater, vielleicht Großvater.

„Ein Spötter manchmal, aber zuverlässig und kollegial“, beurteilt ihn eine langjährige Kollegin. Regimekritische Gedanken wurden von ihm, wenn er sie denn hatte, in der Vergangenheit nicht bekannt. Wie jetzt zu hören ist, war der Mann bis vor wenigen Tagen Ausländerbeauftragter seines Instituts. Und gegen Ausländer habe er auch nichts, geradlinig, wie immer wolle er leben.

Über die Motive seiner parteipolitischen Rechtsschraubung kann man nur spekulieren. Bei der SPD soll er sich vergeblich um eine Mitgliedschaft beworben haben. Sein Zeitvertrag an der

Universität läuft im Sommer nächsten Jahres aus. Was macht ein über 50-jähriger Geisteswissenschaftler im Osten Deutschlands dann? Mancher wirft sich vor den Zug, aber die meisten geben nicht auf. Einer wurde REP-Chef.

„Wir werden aus den Hinterzimmern herauskommen“, prophezeite B. in Freital. Im Juni soll das Wahlprogramm der REPs in Augsburg entstehen. Da hat Herr Schönhuber den rechten Mann gefunden: Professor B. hat sozialökonomisches und philosophisches Wissen und kennt die ostdeutschen Probleme genau. Sein erster „öffentlich-rechtlicher“ Auftritt ließ auch keinen Zweifel daran, daß er die Antihaltung vieler Menschen zu derzeitiger Regierungspolitik demagogisch nutzen kann, um mit Forderungen nach populistischer Tagespolitik, wie derzeit der Rattenfänger von Hameln, Stimmen zu fangen. Der Landesvorsitzende der REPs des Freistaates Sachsen will sich nicht nur in Diskussionen einbringen ...

Prof. G. bleibt nur noch eine Woche an der Halle'schen Universität — viel zu wenig Zeit, um vorgenommene Arbeit zu bewältigen ...

Was wird bleiben? Bleiben wird ganz sicher auch seine bisher letzte wissenschaftliche Arbeit zur Vorbereitung einer würdigen 400-Jahr-Feier der Martin-Luther-Universität. Zwei Männer Jahrgang 40 im Osten Deutschlands im Jahre 1993. Wie werden sie vor den kritischen Fragen ihrer Enkel bestehen? P.S.: Offensichtlich müssen sich in westdeutschen Ländern die Leistungen von Prof. G. herumgesprochen haben. Vor wenigen Tagen wurde ihm eine Gastprofessur von der Universität Mainz angetragen.

E. B.; Nachdruck aus *Leipzigs Neue*, Juni 93

Schildersturm blieb aus

Nach wie vor geht in Berlin das Gespenst der Straßenumbenennung um. Es gibt keine Ruhe und ist besonders in Berlin-Lichtenberg gegenwärtig, wo es immer wieder und immer noch auf Straßenum- und Rückbenennungen aus ist. Es geht um die Veränderung von elf Straßennamen, sämtlich Straßen, die Namen von Antifaschisten tragen.

Zum wiederholten Male stand im Lichtenberger Bezirkskulturausschuß ein entsprechender CDU-Antrag zur Diskussion.

Die Christdemokraten schlugen vor, die nach Berliner Antifaschisten benannten Johannes-Zoschke-, Rudolf-Grosse-, Ursula-Götze-, Alfred-Kowalke-, Otto-Schmirlgal-, Josef-Orlopp-, Paul-Junius- und Karl-Lade-Straßen zu streichen und andere, alte wie auch neue dafür einzusetzen.

Unter den neuen waren solche wie Warmbacherstraße und Dewetallee. Namen, die dem Berliner nichts sagen, bei näherem Hinsehen aber Bedeutung bekommen: In Warmbach wurde 1907/1908 ein Aufstand der südwestafrikanischen Stämme Herero und Nama von deutschen kaiserlichen Truppen blutig niedergeschlagen. Dewet, ein Burenführer, gilt als Wegbereiter der seit 1948 in Südafrika betriebenen Apartheid-Politik. Gespenstig, welche Ideen in den CDU-Köpfen entstanden sind!

Schon im Mai wurde der Antrag der CDU im Kulturausschuß von einer PDS-, Bündnis-90- und SPD-Mehrheit abgelehnt.

Unterdessen ging bei Bezirksbürgermeister Mucha (Bündnis 90) ein Schreiben von Emil Carlebach, 1. Vizepräsident der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora ein, in dem er die „Verhinderung der Hexenjagd“ fordert und da-

rauf besteht, daß der Name der Robert-Siewert-Straße erhalten bleibt.

Der Name Siewert stehe „in Dutzenden Staaten dafür, daß es neben Verbrechern und Feiglingen in Deutschland der Jahre 1943-45 auch mutige Vorkämpfer für die Menschenrechte“ gegeben habe.

Diese Hexenjagd — so Carlebach auch gleichlautend an den Regierenden Bürgermeister — sei „eine schreiende Ungerechtigkeit wie kapitale Dummheit“. Insbesondere angesichts der gegenwärtig „das Deutschland-Bild in der Welt beherrschenden“ Morde von Mölln und Solingen sowie der Tatsache, daß „Judenmörder der lettischen SS Staatsrente aus Steuermitteln beziehen“.

Bezirksbürgermeister Mucha, der alle in der BVV vertretenen Parteien über diesen Protest informierte, äußerte, daß er „die Gründe gut verstehen kann“. Neben diesen Protesten haben sich in den betroffenen Stadtbezirken Bürgerinitiativen gegründet, die sich für den Erhalt der gegenwärtigen Straßennamen aussprechen.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Umbenennung runde 5000,- DM Kosten verursachen würde, was dem Monatsgehalt eines höher verdienten Ostdeutschen entspräche. Die Bürgerinitiativen haben auf ihre Weise ihren Protest durch Aktionen kundgetan und den Kulturausschuß aufgefordert, dem CDU-Antrag nicht zuzustimmen.

Mit neun gegen zwei Stimmen der CDU stimmte der Kulturausschuß Mitte Juni gegen die Änderung. Die nach acht Antifaschisten benannten Straßen bleiben erhalten. Über weitere Änderungen, z.B. der Robert-Siewert-Straße, soll eine Anwohnerbefragung durchgeführt werden. — (abe)

Daimler fordert DDR-Grundbesitz, schlagzeilte am 1. Juli die Tageszeitung Die Welt. Und der Stern vermutet unter der Überschrift „Milliarden-Grab für Bonn“ zur Klage des Konzerns gegen die Bundesregierung: „Haben die Stuttgarter Erfolg, müßte fast die gesamte deutsche Großindustrie entschädigt werden.“ Im folgenden ein Beitrag von Reinhard Kotschi, wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS/LL im Bundestag und dort Mitarbeiter im Arbeitskreis Ökologie, Soziales und Wirtschaft.

Mit der Klage der Daimler-Benz AG auf Rückgabe von in den Jahren 1945 bis 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone enteigneten Firmen-Immobilien wird eine neue Runde in der Verteilung von aus der DDR übernommenen Vermögenswerten eingeleitet.

Die Verwirklichung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) vom 31. August 1990 hat vielen Menschen in den neuen Bundesländern zahlreiche Vorteile gebracht und Einschränkungen und Entmündigungen aufgehoben, denen sie in der DDR ausgesetzt waren. Zugleich hat die Politik der Regierungskoalition große Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern in soziale und kulturelle Probleme geführt. Das steht in direktem Zusammenhang mit der Übergabe eines großen Teils von in der DDR vorhandenen und erarbeiteten Werten.

Kapitaleignern und solchen, denen es gelang, sich als solche darzustellen, wurden Vermögenswerte der DDR zu geringen Preisen überlassen oder faktisch geschenkt. Das entsprach einem Konzept der schnellstmöglichen Privatisierung der Wirtschaft der DDR. Ein Überangebot von zu verkaufenden Firmen wurde zu einem Billig-Angebot für die erheblich geringere Zahl potentieller Käufer. Gravierend unterbewertet bei diesem Ausverkauf wurde Grund und Boden. Die Bodenfläche der 8500 Unternehmen der Industrie und der Bauwirtschaft der DDR umfaßte 1989 ca. 4 Milliarden Quadratmeter. Als Grundlage für die Veräußerungen ging diese Fläche in die Eröffnungsbilanz der Treuhandanstalt mit 30 Milliarden DM ein. Das sind 7,50 DM pro Quadratmeter. Das 10-fache würde dem wirklichen Wert näher kommen. Die Differenz von 270 Milliarden DM ist bereits überwiegend in die Vermögen der „Käufer“ gewandert. Den Bürgerinnen und Bürgern wird die Differenz als Schulden der Treuhandanstalt dargestellt und damit Steuererhöhungen begründet. Zum Beispiel wurde das für 360 Millionen DM durch die Treuhandanstalt veräußerte Grundstück des Berliner Palasthotels von den Erwerbern in ihrer Bilanz mit 600 Millionen DM bewertet. Nach dem Wert des Grundstücks befragt, antwor-

Weitere Milliarden DM für die Konzerne?

Zur Klage des Daimler-Benz-Konzerns auf Rückgabe der 1945 bis 1949 beschlagnahmten Ost-Vermögen des Konzerns

tete die Bundesregierung: Den privaten Erwerbern steht es frei, wie sie ihre Aktive bewerten. Zahlreiche Betriebe wurden, wie die Geräte- und Reglerwerke Teltow, für 1 DM „verkauft“, obwohl sie über mehrere hunderttausend Quadratmeter Betriebsfläche verfügten.

Das geltende Treuhandgesetz fordert, „die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.“ Im Gegensatz dazu wurden die übertragenen Werte nur zu einem geringen Teil genutzt, um mit Hilfe von Modernisierungsinvestitionen Arbeitsplätze umzugestalten und neue zu schaffen. Heute fehlen in den durch die Treuhandanstalt privatisierten Betrieben in den neuen Ländern mehr als 2 Millionen Arbeitsplätze. Auch in den anderen Bereichen wurden keine Voraussetzungen geschaffen, daß die Menschen sich durch Arbeit ihre Existenzgrundlage sichern und bei der Bewältigung gesellschaftlicher Probleme, wie Beseitigung der Wohnungsnot oder der Gewährleistung eines verbesserten Umweltschutzes, mitarbeiten können.

Ein realistisches Herangehen an die Fragen einer wirtschaftlichen Vereinigung in den alten und neuen Ländern hätte erfordert, nicht in erster Linie das Prinzip der Rückgabe von Eigentum der DDR mit den Regelungen des Einigungsvertrages zu verankern. Grund und Boden hätten in erster Linie für eine wirtschaftliche Umgestaltung, als wirtschaftliche Grundlage für die neuen Länder, für die Kommunen, Bäuerinnen und Bauern eingesetzt werden müssen bzw. wären als Kreditsicherheit für viele unerlässlich gewesen. Mit den überaus komplizierten Regelungen und der bis heute nicht in erforderlichem Maße funktionierenden Verwaltung wurden die Eigentumsregelungen zu einem Investitionshemmnis ersten Ranges. In den Grundbuchämtern, Katasterämtern und Vermessungsämtern stapeln sich die unerledigten Vorgänge. Sie behinderten Investitionen in den neuen Ländern und somit die Umstrukturierung und das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen. Gleichzeitig sind Menschen, die mit geringen Weiterbildungsaufwendungen diese Tätigkeit ausführen könnten, arbeitslos. Der Bundesverband der deutschen Industrie bezieht den aus der mangelhaften Arbeit der Verwaltungen resultierenden Investitionsstau auf mehrere hundert Milliarden DM. Sicherlich darf man diese Zahl nicht überbewerten, weil sich mit diesen Argumenten die Unternehmen aus verbalen Versprechungen an die Regierung, in den neuen Ländern zu investieren, herausreden. Aber eine Kernfrage wirtschaftlichen Auf-

baus in den neuen Ländern wird damit zweifellos berührt.

Von dieser Eigentumsübertragung waren bisher entsprechend den Regelungen des Einigungsvertrages die Vermögenswerte ausgenommen, die infolge von Enteignungen auf besatzungsrechtlicher Grundlage 1945 bis 1949 erfolgt sind. Diese Regelung wurde vom Bundesverfassungsgericht im Gegensatz zu einer Klage von 13 enteigneten Grundbesitzern 1991 in der Hauptsache bestätigt. Nun behauptet Daimler-Benz, herausgefunden zu haben, daß es nie eine Bedingung von sowjetischer Seite gegeben habe, daß enteigneter Besitz nicht zurückgegeben werden darf. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, das Bundesverfassungsgericht mit der Behauptung getäuscht zu haben, daß der Ausschluss der Rückgabe der nach dem Krieg von den Sowjets enteigneten Vermögenswerte eine unabdingbare Bedingung Moskaus für die Zustimmung zu den Zwei-plus-Vier-Verträgen gewesen sei.

Auf die gravierende völkerrechtliche Seite und die außenpolitische Verantwortung gegenüber Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion soll an dieser Stelle nicht gesondert eingegangen werden. Für die sowjetische Seite war zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland die Unantastbarkeit der Enteignungen auf besatzungsrechtlicher Grundlage auf engste mit der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen gegen den faschistischen Aggressorstaat verbunden.

Grundstücke von Daimler-Benz wurden, wie Grundstücke vieler anderer deutscher Konzerne, in Durchführung des Potsdamer Abkommens zur Bestrafung von an der faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion Verantwortlichen und zum Ingangsetzen wirtschaftlichen Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone enteignet. Der enteignete Besitz von Mercedes wird auf über 10 Millionen Quadratmeter geschätzt. Er befindet sich zum Teil in besten Lagen in Berlin, Dresden und Leipzig und umfaßt ganze Straßenzüge. Heute sind dort Betriebe, Wohnungen, kommunale Einrichtungen.

Zweifellos werden die anderen Konzerne Daimler-Benz im Falle eines Erfolges oder Teilerfolges auf keinen Fall nachstehen. Die zum großen Teil städtischen Immobilien der Konzerne erreichen schätzungsweise eine Größenordnung von ein paar hunderttausend Hektar.

Die Bürgerinnen und Bürger müßten die Rückgabe von Vermögenswerten an die Konzerne direkt oder indirekt bezah-

len. Zwar gehören viele dieser Vermögenswerte gegenwärtig Bund, Ländern und Kommunen, aber sie verkörpern real eingesetzte Vermögenswerte. Eine Rückgabe an die Konzerne würde die ohnehin schon prekäre finanzielle Situation insbesondere der Kommunen weiter verschlechtern. Auch gehört ein nicht unerheblicher Teil der 1945 bis 1949 enteigneten Vermögenswerte jetzt Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel das Bodenreformland. Aber auch Grundstücke und Häuser, die aus enteignetem Besitz stammen, wurden von ihnen rechtmäßig erworben. Letztendlich wären vom Rückgängigmachen besatzungsrechtlicher Enteignungen Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern betroffen.

Insgesamt könnten allein die enteigneten Flächen nach Schätzungen bis zu 80 Milliarden DM ausmachen.

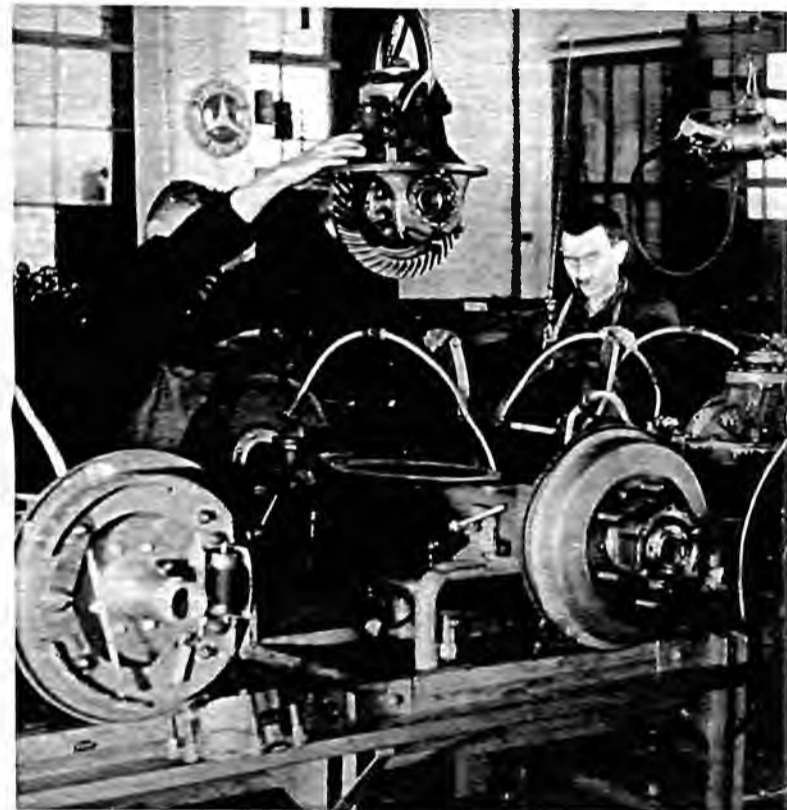
Zugleich wurden die ohnehin schon komplizierten Eigentumsregelungen zur Klärung offener Vermögensfragen eine weitere schwer zu klärende Seite bekommen. Unterlagen über diese Maßnahmen 1945 bis 1949 sind vielfach nicht vollständig beziehungsweise gar nicht vorhanden. In Klärung befindliche oder geklärte Eigentumsfragen müßten

erneut aufgerollt werden.

Der Brief des damaligen Bundesministers des Auswärtigen, Genscher, und des Ministerpräsidenten de Maizière an die Vier Mächte ist Bestandteil des Zwei-plus-Vier-Vertrages. In ihm ist nachzulesen: „Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen ... Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis ... Gemäß Artikel 41 Absatz 3 des Einigungsvertrages wird die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsvorschriften erlassen, die dem oben zitierten Teil der Gemeinsamen Erklärung widersprechen.“

Gegen dringend notwendige wirtschaftliche Hilfe kann man möglicherweise von der einen oder anderen Seite aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion jetzt etwas von den für sie scheinbar wertlosen Prinzipien eintauschen.

Die gegebene Rechtslage würde das strikte Einhalten der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen erfordern. Allein die Vermögensgegenstände gehen in eine neue Runde zur Umverteilung von Vermögen zu Lasten der Allgemeinheit.



Hinterachsenmontage bei Daimler-Benz, 1942

Dokumentiert: Junkerhetze gegen das „Entschädigungsgesetz“

An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, 5300 Bonn
Hamburg, 07. Juni 1993

Das Entschädigungsgesetz in seiner rechtsmoralischen Bedeutung, mit seinen Verfassungsrechtsimplikationen und seiner innen- wie außenpolitischen Bedeutung.

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie uns einen Satz, um uns vorzustellen: AGO ist ein Zusammenschluß aus über 10000 Mitgliedern, der sich für wirtschaftliche Belange im Osten einsetzt und unter sich eine Reihe von Investoren hat, die sich bei geklärten Eigentumsverhältnissen und vernünftigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen engagieren.

AGO verfolgt daher die rechtliche Handhabung des Eigentums in der Bundesrepublik Deutschland sehr genau.

Wenn in Zusammenhang mit der Entschädigung der Enteignungen zwischen den Jahren 1945-1949 nun davon die Rede ist, daß altes Unrecht nicht mit neuem beantwortet werden dürfe, so ist dieser Satz zwar einleuchtend, er trifft aber die wahre Lage nicht.

Warum?

Wenn Eigentümern ihr Eigentum

durch rechtswidrige Enteignungen genommen wird, ist klar, daß den Eigentümern ihr Eigentum wieder zurückgegeben werden muß. Dabei kann es grundsätzlich, weil das Recht abstrakt ist und absolut gilt, keinen Unterschied machen, ob das Eigentum aus Großgrundbesitz oder aus kleinster Parzelle bestand, ob es Kulturgut oder Gegenstand einfacher Bürger war, ob es für den einzelnen Bedeutung hatte oder nicht.

Dementsprechend entschied sich der Einigungsvertrag zutreffend für das Prinzip der Rückgabe vor Entschädigung, wie dies übrigens die Generation vor uns auch tat, als es um die Wiedergutmachung des Unrechts an den Juden ging.

Anders und kürzer ausgedrückt. Wenn global durch rechtswidrige Enteignungen auf breiter Front in toto Unrecht gesetzt wurde, kann dieses Unrecht nur wieder zu Recht werden, wenn das Unrecht im Wege realer Rücksetzung zum Ausgang zurückgeführt wird.

Wer im Zusammenhang davon ausgeht, daß das Zurück-In-Recht-Setzen, der „zweite Zwang“, wie Hegel das nannte, Unrecht darstelle, der verwechselt Recht mit Unrecht. Hier wird gerade nicht Gewalt mit neuer Gewalt beantwortet. Das Recht steht und fällt mit fe-

stem Glauben, daß der „zweite Zwang“, nämlich die Gewalt, die das Recht wieder herstellt, nicht verwechselt werden kann mit der, die es herausgefordert hat.

Dies bedeutet, daß die Wiedergutmachung jedweder Enteignung, gleich, ob durch Besatzung veranlaßt oder von uns Deutschen selbst, wegen der Wahrheit und in der gesamten freien Welt geltenden Absolutheit des Eigentums nur in einer Entschädigung durch Rückgabe liegen kann.

Justitia hat verbundene Augen und symbolisiert damit die Gewähr, daß einseitig politische Aspekte bei dem Herausstellen der Wahrheit außer Acht bleiben müssen. Wirkliche Aussöhnung zwischen den Menschen auf der Erde hängt auch von der Achtung des Eigentums ab, und dies hängt weiter damit zusammen, daß es sich bei dem Eigentum gerade nicht um irdisches gesetztes Recht handelt, sondern um natürliches oder ewiges Recht, das bei allen freien Völkern selbst dann gilt, wenn es nicht in Verfassungen oder sonst aufgeschrieben steht.

Aus gemeinsamer Verantwortung vor der Achtung unser aller Eigentumsrechte, geboren aus der Würde aller, die durch das natürliche Eigentumsrecht ge-

schützt waren, sind und bleiben, rufen wir Sie auf, sich dringend dieser höchsten Verpflichtung bei der Verabschiedung des Entschädigungsgesetzes (Eigentumsgesetzes) einzustellen. Die Achtung des Naturrechtes, zu dem selbstverständlich gleichrangig das Recht auf Leben gehört, entspringt dem Respekt vor sich selbst, vor seinem Volk und weiter insbesondere vor den Nachbarvölkern im Osten, für deren Misere auch wir verantwortlich sind.

Dort im Osten wird besonders darauf geachtet, wie wir in Deutschland das Eigentum im Zusammenhang mit den kommunistischen Enteignungsakten behandeln.

Aus vielfältigen Gesprächen über Warschau hinaus bis ins Baltikum weiß AGO, daß deutsche Gesetzesvorhaben dort Modellcharakter haben.

Daraus ergibt sich bei der Achtung des Naturrechtes Eigentum für das deutsche Parlament zusätzlich eine extrem hohe Verantwortung auch für unsere Nachbarstaaten, die ebenfalls nur über ein sicheres und gesichertes Eigentum inneren Frieden und — damit verbunden — wirtschaftlichen Aufschwung erreichen können.

Dort wie hier muß auf die Frage: „Was hält stand?“ (Dietrich Bonhoeffer) klar geantwortet werden können: DAS EIGENTUM!

gez. Graf von Hochberg
Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsförderung Ost — AGO —, Geschäftsstelle
Waitzstraße 27, 2000 Hamburg 52.

Das folgende Schreiben ging den Abgeordneten des Deutschen Bundestages am 7. Juni dieses Jahres zu. Verfasser ist eine der „Arbeitsgemeinschaften“, in denen sich Nachfahren der nach 1945 im Osten enteigneten Junker, Kriegsverbrecher und andere Großgrundbesitzer sammeln, um ihre alten Güter im Osten erneut in Besitz zu nehmen. Auch die letzten Reste der Niederlage des deutschen Faschismus, der Potsdamer Beschlüsse, der Nürnberger Kriegsverbrecherurteile usw. sollen getilgt werden, als hätte es die Verbrechen des deutschen Faschismus und Imperialismus — und damit der deutschen Junker, Konzernherren, ihrer Beamten und Offiziere — im zweiten Weltkrieg nie gegeben. Das Schreiben dokumentiert, daß diese Kreise dabei ihre Ansprüche auf Wiederherstellung ihres alten Eigentums keineswegs auf das Territorium der früheren DDR begrenzen, sondern viel weiter nach Osten reichen: „über Warschau bis hinauf ins Baltikum“. In diesen Fällen solle eben die Bundesregierung sie entschädigen und die Entschädigungszahlungen den neuen Staaten im Osten staatlicherseits in Rechnung stellen. Entlarvend auch die „Rechtsradikation“, auf die sich diese Leute berufen: Ihr Eigentumstitel sei nicht „irdisches gesetztes Recht“, sondern „natürliches oder ewiges Recht“ — eben von Gottes Gnaden. Mit diesem „Argument“ haben noch alle Sklavenhalter, Feudalen und sonstigen Nichtstuer ihre zusammengekauften Besitztümer zu rechtfertigen gesucht. — (rü)

Wer soll die Vorgänge in Bad Kleinen aufklären, wenn nicht einmal der Deutsche Bundestag sich unterrichten kann? Bald wird es verboten sein, mit deutlichen Worten über den Vorgang zu sprechen. Schon meldet die *Bildzeitung*, es könne doch bewiesen werden, daß Wolfgang Grams sich selbst getötet habe. Schon läßt Kanzler Kohl verbreiten, er werde der GSG-9 demnächst eine Art Solidaritätsbesuch abstatten. Es hängt nur noch an einem staatsanwaltlichen Untersuchungsbericht, dann wird gerichtlich verfolgt, wer die Anklage in der Öffentlichkeit wachhalten will.

Ist der Bundestag wirklich hilflos? Haben sich die zentralen Geheimdienst-, Ermittlungs-, Fahndungs- und Kampfeinheiten des Justiz- und Innenministeriums verselbstständigt? Tanzen sie, wie es in der bürgerlichen Presse heißt, dem Parlament auf der Nase herum? Das ist nicht der Fall, denn im politischen System der BRD kontrolliert das Parlament die Exekutive vor allem durch Gesetzgebung. Konkret geht es um die Gesetze, die Bestand und Tätigkeit von Geheimdiensten, der Generalbundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamtes und der Grenzschutzgruppe 9 regeln.

Mit der GSG-9 ist eine Vermischung militärischer und polizeilicher Einsatzkriterien eingerichtet worden. Die GSG-9 ist trainiert, bezeichnete Gegner mit militärischen Mitteln unschädlich zu machen. In den Augen ihrer Schöpfer liegt der Skandal von Bad Kleinen nicht darin, daß ein Verdächtiger bei der Festnahme umkam, sondern daß eine Eliteeinheit bei militärisch drückendster Überlegenheit dennoch Verluste hatte. Der Mythos von der bis zur Unverwundbarkeit gesteigerten Unbesiegbarekeit der GSG-9 ist dadurch gefährdet. Nur der Tod von Wolfgang Grams war geeignet, diesen Mythos auf mittlere Frist zu retten, die schließliche Botschaft lautet: wer vor dieser Truppe versucht zu flüchten, wer sich irgendwie wehrt (es ist keineswegs sicher, daß der GSG-9-Beamte von Wolfgang Grams erschossen wurde), wer eine Waffe zieht, kommt um.

Repressalien zur Wiederherstellung des Rufs von Elitetruppen sind aus der *Militärgeschichte* ein bekanntes und bis zu einem gewissen Grade auch wirksames Mittel. In der Logik privilegierter Elitetruppen war der Tod von Wolfgang Grams sinnvoll.

Für den Deutschen Bundestag besteht, wenn er die Sache aufklären will, ausschließlich die Möglichkeit, die GSG-9 aufzulösen. Dann wird allerdings die Wahrheit ans Licht kommen.

Anders nie.

Wir dokumentieren im folgenden aus den Redebeiträgen auf der Wiesbadener Demonstration. Eine Sammlung aller Beiträge ist im *Angehörigen-Info* Nr. 123 enthalten. — (maf)

Begrüßungsbeitrag

Die Wiesbadener Linke begrüßt alle, die zu dieser Demonstration hier in die Stadt gekommen sind.

Besonders begrüßen wir die Eltern und den Bruder von Wolfgang Grams. Nicht jeder Schmerz drängt auf die Straße, kann auf die Straße drängen. Aber daß ihr heute hier seid, daß ihr euch nicht verkriecht, heißt auch: Ihr seid euch über den menschlichen Ausgangspunkt und Kern des politischen Wegs von Wolfgang sicher. Und wir begrüßen die Mutter von Birgit Hogefeld, die in Bad Kleinen noch mit Wolfgang Grams zusammen war. Frau Hogefeld hat Wolfgang ebenfalls gut gekannt, und sie wollte unbedingt an dieser öffentlichen Demonstration teilnehmen.

Diese Demonstration kann nur richtig werden, wenn wir auch innehalten und des Toten gedenken. Wir bitten euch deswegen jetzt um Stille.

Hier auf dem Platz ist vieles nah, was zu Wolfgang und Birgits Leben in Wiesbaden gehörte. Die Wohnungen, in denen sie lebten, sind in der Nähe. Die Oberschule, in die Wolfgang ging, ist 10 Minuten von hier entfernt. Der Ausgang der Orgelschule, in der Birgit Unterricht gab, mündet auf diesem Platz.

Hier in Wiesbaden nahm auch die Verfolgung ihren Ausgang: In Birgits Unterricht hatte sich ein verdeckter Ermittler an die Übungsorgel gesetzt. In der Friedrichstraße, die hinter der Kirche verläuft, zischte der Leiter der politischen Polizei Wiesbaden, Nesse, Wolfgang im Vorbeigehen zu: „Einer wie du gehört abgeknallt.“

Hier in der Stadt sind die Repressions-

Bad Kleinen: Wie die Wahrheit ans Licht kommen kann

organe, in denen die Haltung gegenüber dem linken Widerstand seit Weimar fest verankert sind, ganz besonders massiert: BKA, LKA, Polizeischule, Bereitschaftspolizei, Landesamt für Verfassungsschutz, Innenministerium vereinen jeweils die Schreibtischtäter und die Handanleger. Vom BKA wird der Krieg gegen den linken Widerstand westeuropaweit koordiniert und die Überwachung ganzer Bevölkerungsteile organisiert. Die Kameraüberwachung von zentralen Plätzen und Verkehrsknoten wird hier entwickelt, die Fahndungsplakate, die bis in die Züge aufgehängt werden, werden hier entworfen, und die Observationstrupps starten von hier, die den Menschen in den linken Bewegungen das Leben schwer machen und ihnen nachstellen.

Indem wir hier auch der Toten gedenken, die vor Wolfgang von den Staatsorganen in der Bundesrepublik umgebracht worden sind, verstärkt sich der Schmerz und die Einsicht in die gnadenlose Entschlossenheit, die herrschende Ordnung zu sichern. Von Philipp Müller, der 1952 bei einer Demonstration gegen die Wiederaufrüstung — nur wenige Jahre nach dem Ende des Faschismus — in Essen erschossen wurde, über die Toten in Stammheim bis zu der ganzen Blutspur, die die staatliche Politik hinter sich gelassen hat.

Seit der Bildung von Großdeutschland löst ein Wendepunkt reaktionärer Eskalation den anderen ab.

Die reaktionäre Formierung trägt die faschistische Mobilisierung in breitere Teile der Gesellschaft.

Sie rüstet zum Krieg nach innen und nach außen.

Beitrag des Bruders von Wolfgang Grams

Liebe Teilnehmer dieser Demonstration, liebe Freunde meines Bruders Wolfgang,

wir versammeln uns heute hier, um auf die Ungeheuerlichkeiten um Bad Kleinen öffentlich aufmerksam zu machen und unser tiefsten Trauer Ausdruck zu verleihen.

Als Wolfgang Bruder möchte ich auch im Namen meiner Eltern alle, die dieser Demonstration beiwohnen, bitten, einen friedlichen und gewaltfreien Rahmen zu ermöglichen.

Liebe Demonstranten, lassen Sie sich nicht von den auch teilnehmenden Sicherheitskräften des Verfassungsschutzes, GSG-9 und mobilen Einsatzkommandos provozieren. Dies würde den Charakter dieser Veranstaltung in das Gegenteil umkehren.

Und nun zu dem persönlichen Anliegen unserer Familie.

Wolfgang war nicht nur der mutmaßliche Terrorist, sondern er war vielmehr der Sohn meiner Eltern, der Lebensgefährtin von Birgit Hogefeld, mein Bruder und der Freund vieler, auch hier Anwesender.

Diese unnötige Tötung meines Bruders ist zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise zu rechtfertigen. Wir sind erschüttert über die Gleichgültigkeit, die uns von Seiten der staatlichen Stellen entgegengebracht wurde. Hier ein paar Beispiele:

Unsere Familie erfuhr über den tragischen Tod aus den Medien. Keine staatliche Stelle sah es für notwendig an, uns zu informieren. Keiner wollte uns den Tod meines Bruders bestätigen. Selbst vom BKA erhielten wir noch nicht einmal Auskunft über den Aufenthaltsort des Leichnams meines Bruders. Wir erhielten lediglich seitens der Ermittlungsrichter eine Aufstellung der sichergestellten und beschlagnahmten Gegenstände. Inzwischen sind zwei Wochen vergangen. Wolfgang's Leiche wurde schon zum zweiten Mal beschlagnahmt, jedoch der GSG-9-Beamte konnte von seiner Familie bereits beerdigt werden. Auch wir würden Wolfgang gerne beerdigen, aber der Staat macht es uns nicht möglich. Der erschossene GSG-9-Mann trug beim Einsatz wegen angeblicher Tarnung keine Weste. Uns wird bis heute der Obduktionsbefund vorenthalten, der vom GSG-9-Mann. „Der mutmaßliche Terrorist Wolfgang Grams eröffnete das Feuer zuerst und erschoss den GSG-9-Mann.“ heißt es lapidar. Das ist

auch eine Vorverurteilung. Der Staat will also genau wissen, wer den GSG-9-Mann erschossen haben will. Wer allerdings unseren Wolfgang erschossen hat, steht nach zwei Wochen noch in den Sternen. Unvermögen, Verschweigen, Vertuschen von Staatsseite her, könnte man sagen, aber eines steht immer in den Schlagzeilen oben: „Terrorist Grams“.

Unser Wolfgang hat einmal gesagt: „Ich möchte diese Welt zum besseren verändern, also muß man damit irgendwo anfangen. Erleben werde ich es wohl nicht mehr.“

Zum Schluß möchten wir allen Freunden unseren Dank für den herzlichen Beistand in diesen schweren Tagen aussprechen. Natürlich auch allen, die diese Demonstration ermöglicht haben.

Vielen Dank.

entweder tot — oder lebendig begraben

wolfgang grams ist tot, und dieses mal hat die wahrheit, wie es aussieht, einfach ein bißchen mehr glück gehabt.



Demonstration in Wiesbaden, 10. Juli

anders als bei Elisabeth van Dyck im Mai 79.

sie starb „aus notwehr“ durch einen schuß in den rücken. anders als bei tolf heißer nur einen moment später, er überlebte einen kopfschuß. beides waren auch „sorgfältig vorher geplante festnahmeaktionen“, tage war gelauert worden für den „erfolgreichen schlag gegen den terrorismus“, wie es jetzt auch wieder aus der regierung sofort verlautbart.

der rest ist unklar, diese liste lang. diesmal gibt es zeugen, die der staatschutz nicht sofort „im vitalen interesse der brd“ und „im rahmen des gesamt-konzepts der terrorismusbekämpfung“ unter kontrolle hat, und offensichtlich einen staatschutzbeamten, der nicht schweigt. eine ausnahmehaltung, für die ich großen respekt habe, angesichts der persönlichen konsequenzen, die diese — aus staatlicher sicht — „falsche wahrheit“ für ihn haben wird.

wolfgang ist tot, weil das noch immer die wirkliche politische und operative linie aller staats-tragenden parteien ist: entweder tot oder lebendig begraben, deshalb weiß ein bundesanwalt schon im ersten verhör und sagt es auch zu birgit hogefeld: „sie werden nie wieder ein leben in freiheit führen“ — natürlich nicht, ohne weiter zu sagen: „wenn sie nicht mit uns zusammenarbeiten“.

auch hier gelten marktgesetze, „frei“ ist, wer dealt. wer nicht will oder nichts hat, ist erledigt.

so drehen sie die welt. der iwf funktioniert auch nicht anders.

wolfgang ist tot, und doch ist noch offen, ob er ein weiteres mal sterben wird, durch eine haltung, die seit zwanzig jahren so tut, als habe die raf den hochsicherheitstrakt und den prozeßbunker von stammheim gebaut, als habe sie den krieg erfunden von vietnam bis schuldenkrise, vom atomprogramm bis biometrischen kontrollen an weiß-europas grenzen und einen „solidarpakt“, der sich an den untersten mäset. . . und das läuft in stammheim.

— im moment gegen ingrid jakobsmeier —

nach neun jahren gefangenschaft soll es noch ein urteil geben wie gegen christian klar zum vierten mal exekutiert schon: noch ein lebenslänglich — eben: entweder tot oder lebendig begraben.

und weitere sind in arbeit . . . wolfgang ist tot und ist nichts weniger als ein märtyrer. keiner und keine ist das von den vielen toten und auch niemand von uns in den knästen.

entweder tot — oder lebendig begraben.

wolfgang hatte nur entschieden, sich sein herz zu nehmen.

— wir gehören dieser welt nur insofern an, als daß wir uns gegen sie auflehnen —

rico praus, brackwede 4. 7. 93

Rede der Autonomen Antifa (M)

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen!

... Die Erschießung von Wolfgang

vom April letzten Jahres, die Eskalation im Verhältnis zum Staat zurückzunehmen, wurden die vernichtenden Haftbedingungen weiter angewendet, werden die Haftstrafen mit immer neuen Prozessen noch weiter hochgetrieben, um die Gefangenen im Knast lebendig zu begraben. Die RAF hatte eine Antwort des Staates erwartet. Die Hinrichtung von Wolfgang Grams gab eine unmißverständliche Antwort.

Für uns, die Autonome Antifa (M), ist es eine wichtige Aufgabe, die Freiheit der politischen Gefangenen zu erkämpfen und weitere Inhaftierungen zu verhindern. Dies kann nur durch eine teilbereichsübergreifende, gemeinsame Anstrengung aller Linken erreicht werden. Es gilt zu begreifen, daß es keinen Sinn macht, wenn sich jeder Teilbereich nur um seine eigenen Gefangenen kümmert. Wenn wir hier was erreichen wollen, muß die Forderung nach Freiheit aller revolutionären Gefangenen mit der Politik aller Teilbereiche verbunden werden. Denn — die juristischen und polizeilichen Instrumentarien, die sich die BRD im Laufe ihrer Geschichte geschaffen hat, können jederzeit zur Bekämpfung jeglicher politischer Opposition eingesetzt werden.

Auch der autonome Antifaschismus ist von Kriminalisierung betroffen. Vom 6. Januar 1993 bis 28. Mai 1993 war Gunther, ein Wiesbadener Antifaschist, in Untersuchungshaft. Zur Begründung hieß es unter anderem, daß Gunther einer „antinationalen und sozialistischen Gruppe“ angehöre. Im Herbst diesen Jahres erwartet ihn der Prozeß

Für die Politik der Autonomen Antifa (M) war und ist deshalb die Debatte um eine bundesweite Organisation ein wesentlicher Punkt. Zusammen mit anderen Gruppen aus der BRD mündete diese Diskussion mittlerweile in die Organisation namens „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“. Eine Organisation, die nach außen hin wahrnehmbar ist, die kontinuierlich und verbindlich arbeitet, ermöglicht vielen Menschen, sich in den politischen Kampf wirkungsvoll einzubringen und dem Staatsapparat effektiv entgegenzutreten.

Was den Organisationsprozeß angeht, plädieren wir nicht für die Auflösung der Teilbereiche zugunsten einer politischen Praxis, die von allen in Zukunft verfolgt werden soll. Die, die weiterhin Widerstand leisten, sind aufgerufen, sich untereinander solidarisch zu verhalten, auch wenn unterschiedliche Wege beschritten werden. Das schließt aber keineswegs eine linke Einheit aus, ohne die wir unserem gemeinsamen Ziel, das System zu kippen, nicht näher kommen werden.

Antifaschismus heißt für uns, sich als Teil eines Ganzen zu begreifen und in einen Zusammenhang zu stellen, heißt Kampf dem imperialistischen System,

heißt, auf dem Boden einer Organisation zu kämpfen, die mehr ist als nur Antifa.

Gemeinsam den Kampf um Befreiung organisieren!

Sofortige Auflösung der GSG-9 und Abschaffung aller Sondereinheiten der Polizei!

Freiheit für alle Gefangenen aus RAF, Widerstand und Antifa!

Wir grüßen die politischen Gefangenen.

Termine

28. 8. Mitgliederversammlung der AG für Antifaschistische Bildungspolitik in Hannover. Auf der Tagesordnung steht u.a. Beschlussfassung über die künftige Arbeit und Publikationen der AG.

25. 9. Bundes-Mitgliederversammlung der AG Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus.

26. 9. Herausgeberkreis des Nachrichtenhefts Kritik und Widerstand, a.a.O.

16. / 17. 10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

6. 11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7. 11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27. / 28. 11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

G. Schröder: Politischer Diskurs und Modernisierungspakt

Gerade noch rechtzeitig vor dem SPD-Kandidatenkarussell zur Kanzler- und Vorsitzendenkür hat Gerhard Schröder, niedersächsischer Ministerpräsident einer SPD/GRÜNEN-Koalition, sein Buch „Reifeprüfung“ auf den Markt gebracht. Obwohl als Praxisbericht verfaßt, stützt sich Schröder unausgesprochen auf einen theoretischen Hintergrund. Die industriesoziologischen Forschungen der Göttinger Universität („Ende der Arbeitsteilung?“) und die Tradition der „Kritischen Theorie“ sind unverkennbar.

Schröder sieht heute demokratische Politik nur möglich als „Politik des Diskurses“. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind ebenbürtig in diesen Diskurs einzubeziehen, ein Interessenabgleich hat darin stattzufinden. Der Politikstil dazu hat kommu-

nikativ zu sein, braucht offene Strukturen, muß auf Herrschaftswissen, Mausehelei und Übervorteilung verzichten. Freilich ersetzt Diskurs nicht die soziale Integration. Soziale Ungerechtigkeit schließt sogar vom Diskurs aus.

Die Koalition mit den GRÜNEN betrachtet Schröder als (auch bundespolitisches) strategisches Reformprojekt zur Modernisierung der Gesellschaft. Innerhalb beider Parteien sei SPD/Grün allerdings eine Minderheitenposition. Die gesellschaftlichen Mehrheiten jedoch für einen sozialen und ökologischen Kurswechsel seien solide: „die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung; die ‚alten‘, im traditionellen Politikraster sozialisierten Mittelschichten und die ‚neuen‘, stärker kulturell geprägten Schichten“.

Gegen anfängliche Vorurteile sei die Bereitschaft der „aufgeklärten Unternehmer“ zur Zusammenarbeit mit SPD/GRÜN gewachsen. Die Unternehmen erkennen in ihrem Verhältnis zur Umwelt zunehmend die Grenzen der Machbarkeit. Teamwork, kollegiale Verantwortung, Nachdenken von Managern über industrielle Ethik greife Raum. Der Traum aus alten Juso-Tagen von einem Reformbündnis zwischen „der Partei der Arbeiterschaft und einem aufgeklärten Unternehmertum“ scheint verwirklicht. Klassenkampf, zur Abwehr größter Ungerechtigkeiten manchmal nötig, dünkt Schröder auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft eher hinderlich, vor allem weil sich die Klassen selbst auflösen.

Die demokratischen Parteien spiegeln den Wählerwillen nicht

mehr umfassend, stellt Schröder fest. Nicht einzelne Verfehlungen, das System der Parteiendemokratie selbst stehe zur Diskussion. Die Parteien müßten einen Rückzug aus ihren vorherrschenden Positionen antreten und anderen Organisationsformen der Bürger gleiche Rechte einräumen. Gewerkschaften und SPD haben nicht mehr deckungsgleiche Interessen. Die SPD als Partei gesellschaftlicher Modernisierung bleibe zwar noch dem Kampf um soziale Gerechtigkeit verpflichtet, aber insbesondere auch der ökologischen und rechtsstaatlichen Zukunftsgestaltung. SPD und Gewerkschaften entfremden sich nicht notwendig einander, müssen jedoch beide für sich selbst um neue gesellschaftliche Mehrheiten ringen.

Schröder spricht sich gegen eine „Amerikanisierung“ der Politik aus. Die SPD solle sich nicht, wie von Lafontaine anvisiert, an den US-Demokraten orientieren: Gestützt auf die Entwicklung der Mediengesellschaft, programmatisch locker,

ohne die Strukturen einer Mitgliederpartei und mit straffen Polit-Management mit der anderen großen Partei den nationalen Konsens suchen. Den innovativen gesellschaftlichen Kräften, ohne die politischer Fortschritt nicht machbar sei, blieben einer derartigen Medienpartei fern, weil sie darin bloß dem Management von Politik und Karriere unterworfen seien. Für diese kritischen Schichten müßte die SPD Prinzipien wahren, so z.B. das Bekenntnis zur Aufklärung als Richtschnur für eine Ethik des gesellschaftlichen Diskurses, das Festhalten der Solidarität als Leitmotiv, die Verteidigung des Verfassungsstaates, die Betonung einer ökologischen Entwicklung und das Prinzip internationaler Gerechtigkeit und friedlicher Konfliktlösung. In ihrer Heterogenität, Fragmentierung und ihrem dezentralen Zuschnitt sieht Schröder die SPD als von allen bereits modernste, auf die Dienstleistungsgesellschaft mit ihrer hohen Ausdifferenzierung angemessene Partei. Richtig unangenehm wird

Schröder, wenn er seinen Willen zur „Macht“ zelebriert. Nicht als Tyrann, sondern, erleichtert von ihm registriert, demokratisch begrenzt: „Ich wollte nach oben“, nicht mehr hinter dem Ladentisch stehen, lenken, nicht gelenkt werden. Welch Pech für die Verkäuferin, die in der Hierarchie der Berufswelt dann der Entfremdung nie entkommen wird. In seiner Diskursvorstellung, quasi in der Sphäre des politischen Tausches, stehen gleiche Partner gegenüber. In Kernaggregaten der Gesellschaft, Arbeitswelt, Familie, Bundeswehr, verschwindet diese Gleichheit zugunsten von Herrschaft. Wie dies auflösen, wenn nicht z.B. das Direktionsverhältnis im Betrieb antasten? Für Schröder ist aber „die eigentliche Unternehmensführung klassische Aufgabe des Kapitals“. Die aufgeworfenen Fragen jedenfalls bilden reichlich Stoff auch für die sozialistische Programmdiskussion.

Gerhard Schröder, REIFEPRÜFUNG. Reformpolitik am Ende des Jahrhunderts, Köln 1993 — (gka)

Fortschritt durch Renate?

Ein Buch wirkt in vielerlei Hinsicht, zumindest der Möglichkeit nach. Es hebt den Autorennamen aus der Vergänglichkeit des Tages in die Vorhölle der Dauerhaftigkeit. Es beinhaltet etwas Spekulationes, sowohl wirtschaftlich (Honorar, Druckkosten, Buchhandel) wie auch in Hinsicht auf die zu erzielende gedanklich-emotionale Wirkung.

In der politischen Landschaft der BRD gehört es sich für eine Figur der gehobenen Führungsebene, daß unter eigenem Namen ein Buch vorgelegt wird: Gedanken zur politischen Situation über den Tag hinaus. Das verschafft, zumal wenn der Verlag angesehen ist, eine gewisse Seriosität; man geht allerdings das Risiko ein, daß ein politischer Gegner heute oder gar in fünf Jahren nachliest.

Mit präzisiertem Zeitgefühl hat Renate Schmidt, Landesvorsitzende der SPD in Bayern, im Mai dieses Jahres ihr entsprechendes Debüt vorgelegt; nächstes Jahr sind Wahlen. Ihr Titel: „Mut zur Menschlichkeit“, 252 Seiten, 34 DM, edition ferenczy bei Bruckmann, in einem bunten, halb-feuilletonistischen Programm.

„Mut zur Menschlichkeit“ ist ein Slogan, der in zwei Richtungen deutet. Einmal „Mut“, eine moralische Kategorie, die auf Bereinigungen im angespannten Verhältnis zwischen dem Individuum und seiner Umgebung zielt. Und erforderlich ist „Mut“ dann, wenn eine Auseinandersetzung ansteht: der Kampf mit dem Gegner, Streit mit Partner oder Vorgesetztem, Überzeugung einer kämpferischen Bürgerinitiative. Das Gegenüber, das einem den „Mut“ abverlangt, ist zumindest nicht schwächer als man selbst.

Die zweite Zielrichtung wird durch „Menschlichkeit“ angegeben. Das ist ein ethischer Begriff, er beschreibt die Haltung anderen Menschen gegenüber. Der Begriff ist teilweise als deutsche Entsprechung für „Humanität“ zu verstehen, aber ohne deren philosophische Dimension.

Die Verbindung „Mut zur Menschlichkeit“ unterstellt also, daß es einen Konflikt mit sich bringt, will man der Würde des Menschen entsprechend denken und handeln. Dieser Konflikt wird einem offenbar durch andere aufgezwungen, die nicht von Menschlichkeit geleitet werden. Wer sind diese anderen, ist es die Regierung, sind es Mängel im staatlichen System auf Bundes- und/oder Landesebene, oder sind es ethische Mängel bestimmter Personen oder größerer Personengruppen?

Die Erwartung des Lesers im Sommer '93 in der BRD richtet sich vor allem auf Ausländer und Asylbewerber. Hier wäre in der Tat ein gewisser Mut gefordert, Zivilcourage, entgegen den Plänen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien Menschen ohne deutschen Paß zu ermöglichen, sich in Deutschland wohlfühlen.

Jedoch Renate Schmidt nutzt die Gelegenheit, ihre Abkehr vom Grundrecht auf Asyl darzulegen. Es sei nötig, das allgemeine Grundrecht abzuschaffen, damit denen, die wirklich Asyl nötig hätten, noch überhaupt geholfen werden könne, so ihre Argumentation. Wie diese angeblich wenigen wirklich Bedürftigen dann in den Genuß des Asyls kommen sollen, darauf bleibt sie die Antwort schuldig. Ihre Hauptbegründung für die Aufkündigung des Asylrechts

ist: Es sei der Bevölkerung nicht zu vermitteln. In diesem Fall steht also „Bürgernähe“ im Gegensatz zu Menschlichkeit.

Das muß durchaus als ernsthaftes Argument gelten. Jede politische Organisation überprüft ihre Programmatik daraufhin, ob sie der Situation noch angemessen ist und ob sie in passender Beziehung zu den Interessen ihrer Mitgliedschaft und Wähler steht. Nur folgt eben daraus, daß Renate Schmidt und die von ihr repräsentierte Mehrheits-SPD keine Aussicht sehen, mit Asylrecht die nächste Wahl zu gewinnen. Die SPD geht damit den fatalen Weg ein weiteres Mal, ihre Politik der Regierungspolitik anzupassen, weil sie dort den Wählerwillen wähnt. Sie wird dann wiederum bei der nächsten Wahl überrascht und enttäuscht sein, daß die Wähler wenig Reiz darin sehen, Opposition zu wählen, wenn diese die Kontinuität der Regierungspolitik verspricht.

Auch sonst erfährt man nicht genauer, wer oder was den „Mut zur Menschlichkeit“ erfordert. Mit Menschlichkeit geht einfach alles besser. Der wichtigste Eindruck nach der Lektüre (der autobiographische Anfang des Buches ist eindrucksvoll, danach folgen die Politikfelder) ist der: Es gibt für die Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt keine widerstreitenden Kollektivinteressen. Was sie vorzeichnet, ist ein freundlicher Pragmatismus, nicht sehr weit entfernt von „Seid nett zueinander“.

Es gibt hier keinen benennbaren politischen oder personellen Gegner (auch nicht auf der bayerischen Ebene, zu der sie sich fast nicht äußert), es gibt vor allem ein unscharfes „Wir“. Textprobe: „Seit Jahrzehnten schon schieben wir die Aufgabe einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung vor uns her, ohne bei der Lösung entscheidend voranzukommen“ (S. 98). Anknüpfungspunkte für Oppositionspolitik sind auf diese Weise kaum erkennbar. — (mif)

Schmidt: Anstiftung zur Identität

Im April des Jahres veröffentlichte Helmut Schmidt bei Rohwolt, Berlin, das Buch „Handeln für Deutschland“, 226 Seiten, 32 DM. Durch eine starke Gliederung nach sieben Kapiteln und insgesamt dreißig Unterteilungen ist es gut zugänglich. Flüchtig geschrieben ist es auch.

Bei der Suche nach Anhängern für seine Vorschläge geht der frühere Kanzler wie schon immer nicht zimperlich vor. Wüste Vorurteile, kluge Einsichten, schlaue ausgedachte Pläne, unabweisbare Behauptungen — wer für seine Vorurteile eine Autorität aufbieten will, wird fündig werden. Die auf diesem demagogischen Weg hergestellte Vertrauensbasis nutzt Schmidt, um seine Hauptsachen an den Mann zu bringen. Eine davon:

„Wir müssen bis tief ins nächste Jahrhundert warten, ehe in Rostock die gleiche Produktivität erreicht ist wie in Stuttgart oder in Hannover. Ebenso lang wird es dauern, bis die Ostdeutschen im Durchschnitt das gleiche reale Nettoeinkommen erwarten können. Noch viel länger wird es dauern, bis in Halle der gleiche Wohnungsstandard erreicht sein wird wie in Dortmund. Damit dies aber erreicht werden kann, muß jeder im Westen wissen: Auf lange Jahre sind keine realen Steigerungen des Einkommens zu erwarten, selbst dann nicht, wenn die Regierenden keine zusätzlichen Fehler mehr machen sollten. Die Westdeutschen müssen sich darauf einstellen, auf den realen Einkommensstand von 1990 zurückzufallen und dort für längere Zeit zu verharren — aber der Lebensstandard des Jahres 1990 war ja doch wohl nicht schlecht!“

Schmidt kann das Einfrieren eines Lebensstandards in einer

Marktwirtschaft nicht für denkbar halten. Der Lebensstandard der lohnabhängigen Bevölkerung ergibt sich aus einer ganzen Reihe von Größen, die nicht stillhalten. Eine solche Größe ist der Aufwand, der durch extreme Arbeitsbelastung für die Gesundheit entsteht, eine andere der Aufwand, der für die Mobilität entstehen, eine weitere der Aufwand, der für Kinder und Heranwachsende zu treiben ist, noch ein anderer Fall sind die Mietkosten und der Fall auf die Straße, der für Niedrigverdiener mit dem Verlust der Mietwohnung verbunden sein kann. Praktisch alle Faktoren, die letztlich den Lebensstandard ausmachen, sind gegenwärtig in Bewegung. Ein Wertverfall der Ware Arbeitskraft hat eingesetzt. Die Staatspolitik vollzieht diesen Wertverfall, wo es durch Änderung von Gesetzen möglich ist. Da sich die Politik im parlamentarischen System am finanziellen Gängelband des Kapital befindet, und da in der BRD der Streik aus politischen Gründen verboten ist, kann ein Wertverfall der Arbeitskraft auf dem gesetzlichen und Verordnungswege weit vorangetrieben werden. Übrig bleibt der Lohnkampf als wirksame und zulässige Aktion. Der tarifliche Arbeitslohn ist eine Rechengröße, die für den ersten Anschein mit einiger Glaubwürdigkeit mit dem Lebensstandard gleichgesetzt werden kann. Schmidt meint auch die Lohn- und Gehaltstarife, wenn er vom Lebensstandard des Jahres 1990 spricht. Was würde geschehen, wenn die Lohn- und Gehaltsabkommen „auf lange Jahre“ oder gar „bis tief ins nächste Jahrhundert“ bestenfalls auf einen Inflationsausgleich hinausläufen?

Der Lebensstandard würde

sinken. Erstens schon wegen der Minderung der verschiedenen Sozialleistungen, zweitens weil die Preise für unabwiesbar notwendige Mittel zum Leben, v.a. für die Wohnung, überproportional steigen würden. Alles in allem entstünde in den Haushalten ein Geldbedarf, der nur durch irgendeine Art von Aufstieg im Tarifgefüge gedeckt werden könnte. Der Konkurrenzdruck unter den Lohnabhängigen würde zunehmen. Auch bei den sog. „Besserverdienenden“ würde sich dieser Druck von unten her spürbar machen. Die gewaltigen Kräfte, die der Kampf um ein wirtschaftlich auskömmliches Leben freisetzt, kämen in einer scharfen Konkurrenz um Posten und um Aufstieg zum Vorschein. Da über die Beförderungschancen letztlich der Arbeitgeber entscheidet, müßten die Lohnabhängigen aus wirtschaftlichen Gründen nach Identität mit den Zielvorstellungen der Arbeitgeber streben. Wer hochkommt weiß, wem er zu danken hat, und fühlt staats-tragend. In einem Sumpf von Unzufriedenheit und Renitenz wüchsen Inseln sozialer Stabilität ... eine Strategie auch für die neuen Länder.

Es käme zur weiteren moralischen und dann auch tatsächlichen Abwertung der bereits schlechtbezahlten Arbeiten. Der gegenwärtige Zustand, in dem man entweder arm ist oder feste Arbeit hat, würde einem neuen Zustand weichen, in dem bittere Armut und schwere Arbeit gleichzeitig werden. Dem Problem der Armut widmet sich Schmidt vielleicht deswegen konsequent nicht. In der Tradition sozialdemokratischer Politik kommt es zu einer Werteverbindung von Sozialpolitik und Humanismus, weil und solange sie darauf besteht, daß jeder Mensch ein Recht auf ein Leben frei von materieller Not hat. An dieser traditionellen festen Verbindung macht sich Schmidt zu schaffen. Für Deutschland. — (maf)

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halbjahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheil (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schleuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czerninski-Str. 5, 10829 Berlin).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheil; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 50674 Köln, Zulpicher Straße 7
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski-Str. 5, 10829 Berlin
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 60043 Frankfurt
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schleuditz